

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

177/178 · Juli/August 2005

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

aus dem Inhalt

VorSatz 579

Gesellschaft – Analyse & Alternativen

ULRICH BUSCH
15 Jahre Währungsunion.
Ein kritischer Rückblick 594

MAGNUS MARSDAL
Sozialistischer Individualismus.
Vielleicht ist die neoliberale Gesellschaft
einfach nicht individualistisch genug? 619

HANS-GERT GRÄBE
Die Macht des Wissens in der modernen Gesellschaft 629

BRIGITTE STOLZ-WILLIG
Geschlechterdemokratie und Arbeitsmarktreform.
Eine neues Leitbild 644

Standorte

MARIO CANDEIAS
Von Hegemonie bis Justiz. Zum Erscheinen
des Bandes 6 des Historisch-Kritischen Wörterbuches
des Marxismus 745

VorSatz

Die rechtlich-politischen Voraussetzungen für vorgezogene Neuwahlen des Bundestages sind noch nicht einmal eingeleitet, geschweige denn geschaffen, da hat der Wahlkampf bereits begonnen. Wenn dieses Heft erscheint, wird er sich vermutlich seinem Höhepunkt annähern – im Sommerloch. So gesehen ist das Ganze ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für phantasielose Meinungsmacher. Das Ungeheuer von Loch Ness kann sich diesmal getrost der Brutpflege widmen, Scharen von Meteoriten können ihren Angriff auf die Erde um ein Jahr verschieben, selbst Prinzen können pinkeln, wohin sie wollen, als Nachricht werden sie – wenigstens in Deutschland – in diesem Sommer wohl nicht gebraucht. So könnte man das sehen, muss man aber nicht.

Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen Ende Mai hatte die CDU einen deutlichen Wahlsieg eingefahren, wie es eigentlich von allen erwartet worden war. Die SPD als primus inter pares in der letzten rosa-grünen Regierungskoalition in einem Bundesland hatte – wieder einmal – eine heftige Niederlage hinzunehmen. Nach 39 Jahren SPD-Regierung war der Regierungswechsel am Rhein das Medienthema. Angela Merkel und die anderen Großkopfeten von CDU und CSU strahlten um die Wette. Da trat in Berlin Franz Müntefering vor die Kameras, gestand in dürren Worten die Niederlage ein, um dann zu großer Form auflaufend mitzuteilen, der Bundeskanzler Gerhard Schröder und er hätten sich darauf verständigt, das Verfahren für vorgezogene Neuwahlen einzuleiten. Tata! Damit war dem Wahlsieger des Abends die Show geklaut, der Regierungswechsel in NRW geriet zur Nebensache, die Neuwahlen wurden zum Medienthema. Das hatten noch gar nicht alle geschnallt, da meldete sich Oskar Lafontaine von der fernen Saar und teilte seinen Austritt aus der SPD mit, dies wohl vor allem, um nachzuschieben, dass er bei vorgezogenen Neuwahlen für die WASG (Wahlalternative für Arbeit & soziale Gerechtigkeit) zur Verfügung stünde, aber nur, wenn diese ein Bündnis mit der PDS einginge. Damit war nun wiederum Schröder und Müntefering die sorgsam platzierte Show abhanden gekommen. Der Zeitgeist, für den doch als ausgemacht gilt, dass er fest in der Hand der Neoliberalen ist, schlägt Purzelbäume: Die Linken, eine neue gemeinsame und gesamtdeutsche Linkspartei oder ein gesamtdeutsches Linksbündnis mit Lafontaine und Gysi als Frontmänner sind Thema des Tages.

Deutschland steckt in einer politischen Krise. Seit den letzten Bundestagswahlen mit dem knappen, letztlich den Grünen zu verdankenden Wahlerfolg für Rosa-Grün, hat die SPD nahezu alle Landtagswahlen verloren, mindestens aber erhebliche Verluste hinnehmen

müssen. Der leichten Mehrheit der Regierungskoalition im Bundestag steht nunmehr eine satte schwarz-gelbe Mehrheit im Bundesrat gegenüber, die alles blockieren kann und in der Tat fast alles blockiert (außer z. B. den Verfassungsvertrag der EU). Auf der anderen Seite können CDU/CSU und FDP kaum bundespolitisch gestalten. Zugleich haben sich aber in der SPD auch innerparteiliche Blockaden aufgebaut. Um die spezifische sozialdemokratische Variante neoliberaler Gesellschaftspolitik durchziehen zu können, waren deren Gegner in den eigenen Reihen faktisch immer wieder zur Akzeptanz genötigt oder erpresst worden. Diese Art, Kompromisse zu organisieren, hat offenbar ihre Grenze erreicht. Im regierenden Ausschuss der SPD mit Schröder und Müntefering an der Spitze hat sich die Schreckensvision durchgesetzt, sich im letzten Jahr der Wahlperiode in einem Zweifrontenkrieg zu verschleißen, ohne selbst Punkte sammeln zu können. Die Haushaltslage und deren voraussichtliche Entwicklungstendenzen lassen kaum gesellschaftspolitische Gestaltungsspielräume außer unpopulären Spar- und Streichprogrammen zu, es sei denn, man mache Ernst mit der grundgesetzlichen Sozialverpflichtung von Eigentum. Deshalb haben sie sich zu der Meinung durchgerungen, dann könne die CDU auch ein Jahr früher beginnen, sich ihrerseits zu verschleißen.

Diese Sackgasse neoliberaler Gestaltungspolitik signalisiert aber zugleich, dass es sich um mehr handelt als um eine politische Krise, und es geht auch nicht nur um die Lage in Deutschland. Nahezu zeitgleich wurde der Verfassungsvertrag der Europäischen Union, der in Deutschland nur der Zustimmung durch Bundestag und Bundesrat bedurfte und der die EU auf neoliberale Gesellschaftspolitik festlegen soll und ihr eine imperiale Rolle in der Weltpolitik zuschreibt, in Plebisziten in Frankreich und den Niederlanden mehrheitlich abgelehnt.

Wachsende Arbeitslosenzahlen, Beschneidungen im sozialen Bereich, in der Gesundheitsfürsorge und in den Rentensystemen, um sich greifende Armut bei gleichzeitig wachsendem Reichtum, defizitäre Staatsfinanzen usw. gibt es in vielen Ländern der Europäischen Union und darüber hinaus. Bei den Linken gibt es auch einen Hang zur Krisenrhetorik, deshalb ist Vorsicht geboten. Aber mein Eindruck ist, wir haben es mit der Krise einer Regulationsweise zu tun, die durch die Dominanz eines wirtschaftspolitischen, des neoliberalen Paradigmas geprägt worden ist. Hier liegen die Herausforderung und die Chance für linke Politik. Wie sich die Kräfteverhältnisse demnächst gestalten werden, ist unklar. Die Stärke der Konservativen liegt nicht in ihren überzeugenden Konzepten und nicht im Charisma ihres politischen Personals. Sie resultiert aus dem Negativbild, das die Sozialdemokratie gegenwärtig bietet. Linke Politik wird gebraucht, vor allem, um die wirklichen Probleme öffentlich zur Sprache zu bringen, um den Diskurs um Alternativen in der Gesellschaftspolitik wieder neu zu öffnen und um wirkliche alternative Lösungen auf den Weg zu bringen. Natürlich bedeuten diese Herausforderungen für die Linken eine Gratwanderung. Sie können scheitern an ihren ideologischen Streitereien, an ihren Eifersüchteleien und Eitelkeiten. Sie können aber auch, indem sie die Probleme zwischen ihnen einfach unter den Teppich kehren, zugleich die Zünder in die Sprengladungen stecken, die ein neues linkes Projekt gleich nach dem möglichen Erfolg wieder in die Luft jagen.

DIETMAR WITTICH

ULRICH BUSCH

15 Jahre Währungsunion. Ein kritischer Rückblick

Der 1. Juli 1990 als »Tag X«

Am Anfang der deutschen Vereinigung stand die Einführung der D-Mark in der DDR. Als entscheidender Schritt beim Übergang von der staatssozialistischen Planwirtschaft zur kapitalistischen Marktwirtschaft bedeutete diese Maßnahme die Vorwegnahme der deutschen Einheit auf wirtschaftlichem Gebiet. Und zugleich deren Unumkehrbarkeit, denn mit der Währungsunion am 1. Juli 1990 wurden Tatsachen geschaffen, welche die staatliche Vereinigung unabdingbar machten. Bezeichnenderweise sah die *Bild*-Zeitung in diesem Datum bereits den »Tag X«, das mysteriöse Datum der Wiedervereinigung aus der Zeit des Kalten Krieges, verwirklicht.¹

Dem währungspolitischen Anschluß der DDR folgte mit dem Beitritt der neuen Länder zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 der staatliche Anschluß. Damit war die Einheit vollzogen. Deutschland existiert von nun an als wiedervereinigter europäischer Staat mit einer einheitlichen Eigentums- und Rechtsordnung, *einer* Wirtschaftsordnung, *einer* Sozialordnung und *einer* Währung, aber gespalten in *zwei* Teilgesellschaften mit unterschiedlich entwickelter Wirtschaftskraft, ungleichen Lebensbedingungen und einer verschiedenartigen Tradition.² Unerreicht blieb bis heute auch die *innere* Einheit, die Angleichung der Lebensverhältnisse, der Wertvorstellungen und der Kultur.³

Die D-Mark gehörte zu den Gründungsmythen der westdeutschen Wohlstandsgesellschaft. Für die Ostdeutschen verkörperte sie in den Jahren der Teilung die unerfüllte Sehnsucht nach westlichem Wohlstand, nach Freiheit, Reichtum und Glück. Ihre Vorreiterrolle im Vereinigungsprozeß verlieh ihr daher gleich in mehrfacher Hinsicht eine besondere Bedeutung:

Erstens wurde die D-Mark zum herausragenden Symbol der deutschen Einheit. Die gleiche Währung wie die Westdeutschen in den Händen zu haben, erzeugte bei den Menschen im Osten die *Illusion* wirtschaftlicher und sozialer Gleichheit. Der »große Ostwestgeldtransfer«, schrieb Regina Mönch, »egalisierte eine bis dahin geteilte Gesellschaft«.⁴ In Wahrheit jedoch traten die Unterschiede erst jetzt richtig hervor, wurden quantifizierbar und daher in ihrer distinktiven Wirkung vollends begriffen: »Die Wessis waren schlauer, das Geld ist jetzt die Mauer!«, so brachte man die neue Sachlage auf den Punkt.

Zweitens unterschied sich die ostdeutsche Transformation durch die Währungsunion erheblich vom Transformationsprozeß anderer

Ulrich Busch – Jg. 1951, Doz. Dr. oec. habil., Bankkaufmann, Finanzwissenschaftler, Veröffentlichungen zur Wirtschaftstheorie und -politik, zuletzt in UTOPIE kreativ: Ostdeutschland: Wirtschaftspolitische Optionen für 2005 bis 2019, Heft 172 (Februar 2005).

1 Der Sonntag, an dem die D-Mark kommt, in: *Bild*, 29. März 1990, S. 4.

2 Michael Brie: Die ostdeutsche Teilgesellschaft, in: Max Kaase, Günther Schmid (Hrsg.): Eine lernende Demokratie. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1999, S. 201-236.

3 Vgl. Werner Weidenfeld, Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Handbuch Deutsche Einheit 1949-1989-1999, Bonn 1999, S. 454 ff.

postsozialistischer Länder, was ihr den Status eines »privilegierten Sonderfalls« zu verleihen schien.⁵ In Wirklichkeit handelte es sich hierbei lediglich um ein anderes Verlaufsmuster der Transformation, bei welchem die Wohlfahrtsgewinne größtenteils am Anfang standen, die Verluste an sozialer Sicherheit, Arbeitsplätzen, Lebensqualität usw. jedoch zeitverzögert auftreten. Dafür dann zumeist aber dauerhaft. Im Unterschied hierzu hatten es die anderen Länder in den ersten Jahren nach dem Systemwechsel außerordentlich schwer, erleben jetzt aber, unterstützt durch die Europäische Union, eine Periode steigender Wohlfahrtsgewinne und rascher Aufholerfolge. Wohingegen in Ostdeutschland der wirtschaftliche Aufbau stockt und der Aufholprozeß seit Jahren stagniert.

Drittens erschien die Währungsunion vielen als ein rein monetärer Akt ohne große Bedeutung für die reale Ökonomie. Dies erwies sich jedoch als ein Trugschluß, denn mit der Währungsumstellung erfolgten die entscheidenden Weichenstellungen für den gesamten Vereinigungsprozeß und den *Aufbau Ost*, für dessen Verlauf und Resultate.

Obwohl die Debatten um die Währungsunion, ihr Zustandekommen und ihre Ergebnisse, umfassend dokumentiert, wissenschaftlich aufbereitet und ausgewertet sind, gibt es über kaum einen anderen Aspekt der deutschen Vereinigung so viele Mythen, Irrtümer, Mißverständnisse und Fehlinterpretationen wie hierüber. Dies betrifft die politischen und ökonomischen Voraussetzungen ebenso wie die Umstellungsmodalitäten und macht selbst vor den wirtschaftlichen und sozialen Folgen nicht halt, die, von einigen als »Erfolg«, von anderen aber als »Katastrophe« ausgelegt, unterschiedlicher kaum beurteilt werden könnten. Indes, vieles, was hier diskutiert wird, geht an den Fakten vorbei und gehört ins Reich der Legende. So zum Beispiel die These von der »Alternativlosigkeit« der getroffenen Entscheidung,⁶ der »Mythos des Kontrafaktischen« als Quelle unrealistischer Legenden⁷ und die Behauptung, die »Ostmark« sei kaum etwas wert gewesen, ein wertloser »Alu-Chip«, aber auch die Mär vom »Umtauschkurs 1:1« als einem vermeintlich »exzellenten Geschäft« für die Ostdeutschen⁸ und von der D-Mark als einem »Geschenk des Westens« an den Osten,⁹ einem »solidarischen Opfer« für die Einheit¹⁰ usw.

Bei Lichte besehen handelt es sich hierbei um Versuche, eine unter Zeitdruck und als politischer Kompromiß zustande gekommene höchst problematische Entscheidung mit dramatischen wirtschaftlichen Folgen im nachhinein als unvermeidlich und als für die DDR-Bürger vorteilhaft hinzustellen. Um die einer Neutronenbombe vergleichbare Wirkung der Währungsunion für die ostdeutsche Wirtschaft zu entschuldigen und die im Gefolge dieses Desasters für den Westen entstandenen finanziellen Kosten zu rechtfertigen, wird dem Ganzen nachträglich der Nimbus einer »guten Tat« und solidarischen Geste angedichtet. Aber nichts davon ist wahr! Die Entscheidung der Bundesregierung Anfang 1990, das bislang favorisierte Stufenkonzept der Vereinigung aufzugeben und die Inkorporation der DDR über eine Ausdehnung des Währungsgebietes in Angriff zu nehmen, folgte – neben wahltaktischen Motiven – einem wohlgedachten Kalkül, wozu es im Bonner Kanzleramt, im Forschungsbeirat sowie in der For-

4 Regina Mönch: Geldlos glücklich? Ein Nachruf auf die Ostmark, in: Kursbuch 130, Berlin 1997, S. 21.

5 Vgl. Helmut Wiesenthal: Die neuen Bundesländer als Sonderfall der Transformation in den Ländern Ostmitteleuropas, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 40/96, S. 46-54; Ders.: Die Transformation der DDR. Verfahren und Resultate, Gütersloh 1999.

6 Vgl. Lutz Hoffmann: Warten auf den Aufschwung. Eine ostdeutsche Bilanz, Regensburg 1993, S. 21 ff.; Jürgen Gros: Entscheidung ohne Alternativen? Die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik im deutschen Vereinigungsprozeß 1989/90, Mainz 1994; Hans-Werner Sinn: Ist Deutschland noch zu retten?, München 2005, S. 234.

7 Walter Heering: Acht Jahre deutsche Währungsunion, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 24/98, S. 20-34.

8 Vgl. Uwe Müller: Super-gau Deutsche Einheit, Berlin 2005, S. 40.

9 So behauptet zum Beispiel der ehemalige Treuhand-Manager Scherpenberg: »Wenn ich mir die Bilanz der Staatsbank der DDR anschau, hat der Umtauschkurs dazu geführt, daß wir den Sparern der DDR ... etwa 100 Mrd. DM geschenkt haben, weil ihre Sparguthaben nicht werthaltig waren.« – Norman van Scherpenberg: Das Instrumentarium der Treuhand zur Privatisierung, in: Birgit Breuel, Michael C. Burda (Hrsg.): Die Treuhandanstalt

1990 bis 1994. Eine kritische Würdigung, Berlin 2005, S. 45.

10 So spricht Wiesenthal in bezug auf die Umstellung der Sparguthaben und die paritätische Einkommensumstellung von »an die DDR-Bevölkerung ausgereichten Gratifikationen«, durch welche »eine signifikante Verbesserung der Einkommens- und Vermögenssituation« eingetreten sei. Helmut Wiesenthal: Die neuen Bundesländer als Sonderfall, a. a. O., S. 47.

11 Vgl. Karl Heinz Roth: Anschließen, angleichen, abwickeln. Die westdeutschen Planungen zur Übernahme der DDR 1952-1990, Hamburg 2000, S. 81 ff. Besonders sei hier auf einige im Anhang abgedruckte Dokumente hingewiesen. So zum Beispiel auf das Modell einer »sofortigen Währungsvereinheitlichung mit Quotenverfahren und differenzierten Kursen« vom 28. April 1953 (a. a. O., S. 130 ff.).

12 Während DDR-Wirtschaftsexperten vor einer übereilten Währungsunion warnten (vgl. Neues Deutschland, 9. Februar 1990), drängten »Vertreter der bundesdeutschen Finanzwelt« auf die rasche Einführung der D-Mark in der DDR – möglichst noch vor den Volkskammerwahlen am 18. März 1990. Auch bei der EG-Kommission bestanden gegen eine Ausweitung des Währungsgebietes »keinerlei Bedenken« (Berliner Zeitung, 13. Februar 1990).

13 Vgl. Ulrich Busch: Am Tropf. Die ostdeutsche Transfergesellschaft, Berlin 2002.

schungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen entsprechende Vorarbeiten und umfangreiche strategische Planungen gab.¹¹ Auch hatten die Interessen der deutschen Industrie, Banken, Versicherungs- und Handelskonzerne in dem Konzept der Währungsunion angemessen Berücksichtigung gefunden, so daß von einem Alleingang der Politik, vertreten durch Helmut Kohl und Theo Waigel, überhaupt keine Rede sein kann.¹²

Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, ihr Zustandekommen wie ihre konkrete Ausgestaltung, ist Indiz dafür, daß bei der Wiedervereinigung die institutionelle Integration und ordnungspolitische Gleichschaltung des Ostens mit dem Westen gegenüber der wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands Vorrang hatten. Der Kollaps der DDR-Produktion infolge der Einführung der D-Mark, der Zusammenbruch des Binnenmarktes und nachfolgend auch der Exportmärkte in Mittel- und Osteuropa und deren Übernahme durch westdeutsche Firmen: All das wurde von den verantwortlichen Politikern nicht nur vorhergesehen, sondern auch billigend in Kauf genommen. Ebenso die Deindustrialisierung der neuen Länder, die Verödung und Entvölkerung ganzer Landstriche, die Massenarbeitslosigkeit und das Angewiesensein großer Teile der ostdeutschen Bevölkerung auf eine externe Alimentation, die West-Ost-Transfers.¹³ Auf eine den wirtschaftlichen Umbruch und gesellschaftlichen Wandel aktiv gestaltende Struktur- und Industriepolitik wurde bewußt verzichtet. Allein der Markt und die von ihm ausgehenden Kräfte sollten es richten. Die Politik beschränkte sich darauf, die schlimmsten sozialen Folgen finanziell aufzufangen und zu mildern. Dieser Weg war teuer und schmerzvoll. Er versprach der westdeutschen Wirtschaft jedoch maximale Umsatzsteigerungen, stabile Marktanteile und schnelle Gewinne. Im Osten sollte er die Voraussetzung für umfangreiche Investitionen, einen Technologietransfer und moderne Strukturen schaffen. – Deshalb wurde er gewählt.

Aber diese Rechnung ging in vielem nicht auf: Die Investoren blieben aus und die ostdeutschen Märkte auf Dauer von westdeutschen Firmen »besetzt«. Der *Aufbau Ost* hat sein Ziel, in den neuen Ländern einen selbsttragenden Aufschwung zu generieren und Ostdeutschland zur dynamischsten Wirtschaftsregion Europas zu machen, auch fünfzehn Jahre nach der Vereinigung *nicht* erreicht.¹⁴ Statt gegenüber dem Westen kräftig aufzuholen, fällt Ostdeutschland wirtschaftlich mehr und mehr zurück. Anderthalb Jahrzehnte nach dem Beginn der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion ist von einer Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West kaum mehr die Rede. Ebenso wenig von »blühenden Landschaften«, einem Leben in Wohlstand und Würde und einer gesicherten Zukunft. Ostdeutschland ist heute ökonomisch unterentwickelt, in weiten Teilen ohne Chance und Perspektive, hängt finanziell »am Tropf« des Westens und droht zum deutschen Mezzogiorno zu werden – ein Befund, der erschrecken mag, aber kaum überrascht, denn im Rückblick wird deutlich, daß die entscheidenden Weichenstellungen hierfür bereits mit der Währungsunion erfolgt sind.

Sachstand und Ausgangsbedingungen

Als Helmut Kohl am 6. Februar 1990 der Regierung der DDR überraschend das Angebot einer Währungs- und Wirtschaftsunion unterbreitete, befand sich die DDR politisch und ökonomisch in einer tie-

fen Krise. Die Wirtschaft verlor dramatisch an Dynamik und zehrte in vielen Bereichen von der Substanz. Hinzu kam der Exodus Hunderttausender, die ihrer Heimat nach dem Fall der Mauer den Rücken kehrten. Mit der Eskalation der wirtschaftlichen Probleme wuchs die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit. Die Exporterlöse ließen sich kaum mehr steigern, ohne Importe aber war das Land nicht lebensfähig und neue Kredite waren nur noch schwer zu bekommen. Die Lage schien aussichtslos.¹⁵ Gleichwohl kann von einem wirtschaftlichen Kollaps oder Staatsbankrott, von einer »Pleite«, wie mancher meint, im strengen Sinne des Wortes nicht gesprochen werden.¹⁶ Noch arbeiteten die Betriebe und öffentlichen Institutionen, funktionierte die Versorgung und war die allgemeine Sicherheit gegeben. Auch wurden die Verbindlichkeiten des Staates im Inland wie im Ausland pünktlich bedient. Siegfried Wenzel vermerkte im Rückblick hierzu: »Die DDR konnte bis zum letzten Tag ihrer ökonomischen Existenz, bis zur Währungsunion und der Umstellung auf die DM am 1. 7. 1990 selbst unter den seit einem dreiviertel Jahr andauernden Umbruchsbedingungen sowohl im Handel mit den ausländischen Partnern in Ost und West jede fällige Rechnung bezahlen als auch die Versorgung der Bevölkerung stabil gewährleisten ...«.¹⁷ Die Fragen, die die Menschen bewegten, waren jedoch: Wie lange geht das noch? Und was wird dann werden? Und die Aussichten für die Zukunft waren düster. Das wußte man in Berlin wie in Bonn. Deshalb war Eile geboten. Die Verhandlungen über die Herstellung der deutschen Einheit standen – auch international – unter Zeitdruck.

Die wichtigste Frage, die es im Vorfeld der Währungsunion zu klären galt, war die Frage nach dem »Wert« der Mark der DDR, nach dem Kurs zwischen DDR-Mark und D-Mark. Diese Frage war völlig offen, da es zwischen den beiden deutschen Währungen keinen offiziellen Wechselkurs gab, sondern lediglich ein in bilateralen Abkommen – dem Frankfurter Abkommen vom 8. Oktober 1949 und dem Berliner Abkommen vom 20. September 1951 – vereinbartes Verrechnungsverhältnis von 1:1, das dem innerdeutschen Handel und Zahlungsverkehr von 1948 bis 1990 zugrunde lag.¹⁸ Dieses Verrechnungsverhältnis sagte über den »Wert« der DDR-Mark aber genauso wenig aus wie die illegalen Sortenkurse, die in privaten Westberliner Wechselstuben notiert wurden und die zwischen Oktober 1989 und Juni 1990 im Mittel zwischen 10,9 und 35,0 (DM je 100 DDR-Mark) schwankten.¹⁹ Für eine verlässliche Kursbestimmung war dieser »Nebenmarkt«, der »die Vorstellungen eines wirklich freien Marktes in keiner Weise« erfüllte, entschieden zu eng und »nicht hinreichend repräsentativ«. Zudem führte das absolute Verbot der Aus- und Einfuhr der DDR-Währung beim Tausch von vornherein zu »hohen Abschlägen«, wodurch die DDR-Mark im Verhältnis zu ihrer Binnenkaufkraft stark unterbewertet wurde.²⁰

Einen funktionierenden Devisenmarkt mit aussagefähigen Wechselkursen hat es für die DDR-Mark aber nie gegeben. Der Außenhandel vollzog sich überwiegend im Rahmen bilateraler Vereinbarungen auf der Basis von Verrechnungseinheiten bzw. spezieller Verrechnungswährungen wie dem *Transferablen Rubel*. Für den internen Ausweis der in konvertierbarer Währung getätigten Außenhandelsumsätze bediente man sich einer synthetischen Währungs-

14 Ulrich Busch: Aufbau Ost – Bilanz und Perspektiven, in: Berliner Debatte Initial, 16 (2005)1, S. 79-90.

15 So stellten Gerhard Schürer u. a. am 28. September 1989 fest, daß bei dem »jetzt erreichten Niveau ... der Verschuldung eine Unterschreitung der Exportziele unweigerlich die Zahlungsunfähigkeit bedeuten« würde (Geheime Kommandosache b 5-111/89, S. 4). Eine ähnliche Einschätzung der Lage findet sich in der *Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen* vom 30. Oktober 1989, abgedruckt in: Siegfried Wenzel: Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben? Versuch einer Abschlußbilanz, Berlin 2000, S. 287 ff.

16 Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Anatomie einer Pleite. Der Niedergang der DDR-Wirtschaft seit 1971, Berlin 2000.

17 Siegfried Wenzel: Was war die DDR wert? a. a. O., S. 12.

18 Vgl. Jochen Plassmann: Die Rolle der Deutschen Bundesbank im innerdeutschen Zahlungsverkehr, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, München 1998, S. 655-674.

19 Deutsche Bundesbank: Die Währungsunion mit der DDR, in: Monatsberichte 42 (1990)7, S. 24.

20 Ebenda, S. 24 f.

21 Die *Valutamark* war die dem Währungskurs entsprechende einheitliche Ausdrucksform ausländischer Währungen in Mark der DDR. Für die Umrechnung galt 1 VM = 1 D-Mark. Vgl. Armin Volze: Die gesplattene Valutamark, in: Deutschland Archiv, 2/1999, S. 232-241.

22 Gerlinde Sinn, Hans-Werner Sinn: Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, 2. Auflage, Tübingen 1992, S. 61.

23 Vgl. dazu die Übersicht in: Gerlinde Sinn, Hans-Werner Sinn: Kaltstart, a. a. O., S. 55.

24 Theoretisch läßt sich die qualitative Verschiedenheit bis zur Leugnung jeglicher Geldqualität der Münzen und Banknoten im Staatssozialismus treiben, so nachzulesen bei Gunnar Heinsohn, Otto Steiger: Eigentum, Zins und Geld. Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft, Marburg 2002, S. 296 f.

einheit, der *Valutamark* (VM),²¹ sowie spezieller Devisenertragskennziffern und Richtungskoeffizienten, um den Valutagegenwert in DDR-Mark zu berechnen. Der Umrechnungsfaktor für eine D-Mark betrug zuletzt 4,40. Dem entsprach eine Devisenertragskennziffer von 0,23. 1971 hatte diese Kennziffer noch 0,5 betragen, 1980 0,42, 1985 0,35 und 1986 0,28.²²

Hieraus lassen sich zwar bestimmte Rückschlüsse auf die Außenhandels- und Devisenrentabilität der DDR ziehen sowie Schlußfolgerungen für die Entwicklung des »Außenwerts« der DDR-Mark ableiten. Um ein Kursverhältnis handelte es sich bei diesen Größen jedoch nicht. Auch gilt es zu beachten, daß sich diese Kennziffern ausschließlich auf den Handel mit dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet (NSW) bezogen, nicht aber auf den für die DDR mindestens ebenso wichtigen, aber weitaus effizienteren Handel im Rahmen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Ferner gilt, daß in der DDR, wie in jedem anderen Land auch, der größte Teil des Bruttoinlandsprodukts nicht für den Export, sondern für den Binnenmarkt produziert wurde. Zudem bezog sich ein Großteil der Preise auf »nicht handelbare Güter«, insbesondere Dienstleistungen, so daß aus dem Währungsverhältnis im Außenhandel mit dem NSW keinesfalls direkt auf den »Wert« der DDR-Mark geschlossen werden kann. Viel mehr als durch den Außenwert wurde dieser »Wert« durch die Binnenkaufkraft des Geldes bestimmt. Und diese lag – nach übereinstimmender Auffassung voneinander unabhängiger Experten – bis zuletzt signifikant *über* derjenigen der D-Mark.²³

Gerlinde und Hans-Werner Sinn erklärten das Paradoxon, wonach die Kaufkraft der DDR-Mark deutlich *über* und der Außenwert deutlich *unter* dem der D-Mark lag, mit einer Unterbewertung der DDR-Mark im Außenhandel. Diese resultierte aus der relativ niedrigen Arbeitsproduktivität der DDR bei »handelbaren Gütern«, aber einer durchaus mit Westdeutschland vergleichbaren Produktivität bei »nicht handelbaren Gütern«. Infolge einer derartigen Konstellation kommt es zwangsläufig zu einer Diskrepanz zwischen Kaufkraftparität und Wechselkurs (Außenwert). Dies läßt sich auch in anderen Volkswirtschaften beobachten. In unserem Fall schlug sich der Produktivitätsrückstand der DDR gegenüber der Bundesrepublik in einem Devisenertragskoeffizienten von unter 1,0 nieder. Zuletzt lag er bei 0,23. Dieser Tatbestand wurde binnenwirtschaftlich durch Subventionen und ein verhältnismäßig niedriges Preisniveau kompensiert, so daß die Binnenkaufkraft der DDR-Mark vergleichsweise hoch war. Auch dann noch, als der Außenwert rapide fiel.

Hinzu kam, daß man es bei den beiden deutschen Währungen mit *qualitativ* verschiedenen Größen zu tun hatte, also mit in ordnungspolitischer Hinsicht nicht gleichwertigem Geld.²⁴ Dies geht auf die Verschiedenheit der beiden Wirtschaftsordnungen zurück und schließt jeden direkten quantifizierenden Vergleich, wie ihn ein marktbestimmter Wechselkurs voraussetzt, prinzipiell aus. Darüber hinaus implizierte die Verschiedenartigkeit beider Währungen nicht nur voneinander abweichende Bestimmungen hinsichtlich Funktionalität, Stabilität, sozialem Stellenwert usw., sondern auch spezifische Eigenschaften, die für die Bewertung des Geldes in der Öffentlichkeit von ausschlaggebender Bedeutung waren. Hierzu zählten die freie

Konvertibilität (der D-Mark), im Unterschied zur Inkonvertibilität der DDR-Mark als einer reinen Binnenwährung, der jeweilige Außenwert der Währung, ablesbar im Umtauschkurs, und deren Reputation im Ausland. Ferner die im Austausch dafür erhältliche Produktpalette, die im Falle der D-Mark faktisch das Güterangebot der gesamten Welt umfaßte, im Falle der DDR-Mark aber auf den Binnenmarkt der DDR bzw. die Märkte bestimmter RGW-Länder beschränkt war.²⁵

Schließlich waren für die Wertbestimmung des Geldes auch die Kaufkraftunterschiede und, daraus abgeleitet, die Kaufkraftrelationen zwischen beiden Währungen zu beachten. Entsprechende komparative Berechnungen zeigten, daß die DDR-Mark hier, bezogen auf den Standardverbrauch ostdeutscher privater Haushalte, besser abschnitt als die D-Mark. Dies galt insbesondere für Haushalte mit Kindern und von Rentnern, wo die DDR-Mark eine bis zu 50 % höhere Kaufkraft aufwies als die D-Mark. Übrigens über den gesamten Zeitraum hinweg auch eine größere Stabilität. Bezogen auf die Verbrauchsstrukturen westdeutscher Haushalte war die Differenz jedoch deutlich geringer bzw. sogar negativ, so daß der Kaufkraftvorteil der DDR-Mark stark *verbrauchsabhängig* war. Mithin war klar: Bei einer Änderung des Verbrauchsverhaltens, wovon im Ergebnis der Währungsunion und der Anpassung der Preisstruktur auszugehen war, würde sich der Kaufkraftvorteil rasch verlieren.²⁶

Zum Zwecke der Begründung eines »nutzenadäquaten Umtauschverhältnisses« ermittelte das *Statistische Bundesamt* im Vorfeld der Währungsunion auf der Grundlage eines gekreuzten Warenkorb für die DDR-Mark einen Wert von 1,08 DM.²⁷ Hätte man bei der Festlegung der Umstellungssätze im Zuge der Währungsunion dieses Verhältnis zum Maßstab gemacht, so wären die Einkommen und die Geldvermögen der DDR-Bürger im Verhältnis 1:1,08 umgestellt worden. Dies hätte zweifellos den realen Kaufkraftrelationen besser entsprochen als die tatsächlich praktizierte Regelung. Eine derartige Sicht läßt jedoch die anderen Aspekte der Währungsunion unberücksichtigt: Neben den Geldbeständen waren auch die Kredite umzustellen, und hier war durchaus eine Abwertung wünschenswert, eine Reduktion der Verbindlichkeiten, um den ohnehin kaum wettbewerbsfähigen Unternehmen den Start in die Marktwirtschaft zu erleichtern. Diskutiert wurde daher eine asymmetrische Umstellung von Forderungen (1:1) und Verbindlichkeiten (2:1 bzw. 4:1), bei welcher der Staat den Ausgleich zu finanzieren gehabt hätte. Um ein solches Modell durchzusetzen, fehlte es jedoch bei den Politikern an der notwendigen Einsicht und solidarischen Bereitschaft. Auch verweigerte die *Bundesbank* einem derartigen Konzept ihre Zustimmung. Praktiziert wurde daher ein Kompromiß, bei dem letztlich fast alle verloren. Vor allem die ostdeutschen Unternehmen, im Gefolge dessen aber auch die ostdeutsche Bevölkerung. Und schließlich auch die Bevölkerung im Westen und der Staat. Einziger Gewinner dieser Regelung war die westdeutsche Wirtschaft, und das bis heute.²⁸

Das Procedere der Währungsunion

Die Modalitäten der Währungsunion wurden im *Staatsvertrag* über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR am 18. Mai

25 Hinzu kamen alle möglichen Aus- und Einfuhrbeschränkungen, Kontingentierungen und Limitierungen im Reisezahlungsverkehr, welche die ohnehin stark eingeschränkte »Konvertibilität« der DDR-Mark zusätzlich begrenzt haben.

26 Vgl. Ulrich Busch: Verbraucherpreisentwicklung in Ostdeutschland seit 1990 – Statistische Erfassung und Folgen für die Realeinkommen, Berlin 2005 (unveröffentl. Man.)

27 Statistisches Bundesamt: Zahlen, Fakten, Trends: Extra 9/1990-2.

28 Rüdiger Pohl, damals Mitglied des Sachverständigenrates, sah diese Wirkung vorher und hat sie beschrieben: »Mit dem Tag X wird nicht nur die D-Mark in der DDR in Umlauf gebracht. Währungsunion heißt vor allem, daß sämtliche Beschränkungen für den grenzüberschreitenden Handel wegfallen. Die DDR-Unternehmen werden schlagartig der internationalen Konkurrenz ausgesetzt. Hochproduktive westliche Unternehmen, die schon viele Märkte erobert haben, drängen dann auf den DDR-Markt. Unter dem Druck des Wettbewerbs werden nicht wenige DDR-Unternehmen ihre Pforten schließen.« Berliner Zeitung, 20. April 1990.

29 Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 18. Mai 1990, in BGBl. II S. 537.

30 Vgl. Deutsche Bundesbank: Technische und organisatorische Aspekte der Währungsunion mit der Deutschen Demokratischen Republik, in: Monatsberichte 42(1990)10, S. 25-32.

31 Deutsche Bundesbank: Modalitäten der Währungsumstellung in der DDR zum 1. Juli 1990, in: Monatsberichte 42(1990)6, S. 42 ff.

32 Deutsche Bundesbank: Die Währungsunion, a. a. O., S. 26.

33 Vertrag über die Schaffung, a. a. O., Art. 10.6.

34 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 31. August 1990, BGBl. II, S. 889, Art. 25,6.

35 Vgl. Ulrich Busch: Argumente für einen fast vergessenen Passus des Einigungsvertrages, in: UTOPIE kreativ, Heft 43/44 (Mai/Juni 1994), S. 122-138; Ders.: Am Tropf, a. a. O., S. 298 ff.

1990 einvernehmlich geregelt.²⁹ Danach bildeten die beiden deutschen Staaten vom 1. Juli 1990 an eine Währungsunion mit einem einheitlichen Währungsgebiet und der D-Mark als gemeinsamer Währung. Als Notenbank für den gesamten Währungsraum fungierte nunmehr die *Deutsche Bundesbank*. Dieser oblag es auch, die organisatorischen und technischen Aufgaben der Währungsumstellung vorzunehmen. Da die Einführung der D-Mark in der DDR ausschließlich über Konten abgewickelt wurde, mußten innerhalb kürzester Zeit 24,7 Millionen Konten umgestellt und den Inhabern entsprechende Verfügungsmöglichkeiten über Bargeld eingeräumt werden. Dazu war es erforderlich, mehrere Tonnen Banknoten und Münzen im Gesamtwert von 28 Mrd. DM in die neuen Bundesländer zu transportieren und in den Geldinstituten bereitzustellen. Für die Durchführung des unbaren Zahlungs- und Verrechnungsverkehrs waren aufwendige technische Veränderungen im Bankensystem notwendig. Diese konnten im wesentlichen bis Ende 1990 abgeschlossen werden.³⁰

Die Währungsumstellung erfolgte differenziert nach Strom- und Bestandsgrößen. Während alle laufenden Transaktionen, also Löhne, Gehälter, Stipendien, Renten, Mieten und Pachten sowie weitere wiederkehrende Zahlungen im Verhältnis 1:1 umgestellt wurden, erfolgte die Umstellung der Vermögens- und Schuldverhältnisse grundsätzlich im Verhältnis 2:1. Davon ausgenommen waren lediglich Bankeinlagen natürlicher Personen von bis zu 2000, 4000 bzw. 6000 Mark, welche, altersmäßig gestaffelt, 1:1 umgestellt wurden, sowie Guthaben von Ausländern, für welche ein Umstellungssatz von 3:1 galt.³¹

Dies bedeutete, daß die Verbindlichkeiten des Staates, der Betriebe, der Wohnungsbaugesellschaften usw., aber auch private Kredite durch die Währungsumstellung nominell halbiert wurden. Ebenso Forderungen von Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen. Die Guthaben der Bevölkerung dagegen wurden im Durchschnitt zu einem Satz von 1,5:1 umgestellt. Die sich durch die asymmetrische Bilanzumstellung ergebende Lücke auf der Aktivseite wurde mittels eines bilanziellen Ausgleichspostens in Höhe von 26,4 Mrd. DM geschlossen. Insgesamt erfolgte durch die Währungsumstellung eine Verkürzung der Geld- und Kreditbilanz der DDR von 446,6 Mrd. Mark auf 246,0 Mrd. DM.³² Die Geldvermögen der privaten Haushalte reduzierten sich von 193,4 Mrd. Mark auf 129,1 Mrd. DM. Zum Ausgleich für den der Bevölkerung hierdurch entstandenen Umtauschverlust in Höhe von 64,3 Mrd. Mark sollte den Sparern laut Staatsvertrag »ein verbrieftes Anteilsrecht am volkseigenen Vermögen« eingeräumt werden.³³ Eine Klausel, die sich auch im Einigungsvertrag vom 31. August 1990 findet,³⁴ die aber unter Verweis auf die Bilanz der *Treuhandanstalt*, welche ihr aktives Geschäft 1994 mit einem Defizit von 270 Mrd. DM beendete, letztlich nicht umgesetzt worden ist³⁵.

Die Festlegung der Umstellungssätze basierte auf einer politischen Entscheidung. Dabei hatte sich die DDR bei den Löhnen, Renten und anderen Stromgrößen mit ihrer Forderung nach einem Kurs von 1:1 durchgesetzt. Bei der Umstellung der Bestandsgrößen folgte die Regelung weitestgehend den Vorstellungen der *Deutschen Bundes-*

bank, welche auf einem Umstellungssatz von 2:1 bestanden hatte.³⁶ Bei der Begründung ihrer Position hatte die *Bundesbank* vor allem die Stabilität der Währung im Auge, weshalb sie eine am Wirtschaftspotential der DDR orientierte Begrenzung der Geldmenge anstrebte. Dabei saß sie jedoch einem Trugschluß auf, indem sie die Geldbestände auf den Spargirokonten der DDR als täglich verfügbares Geld *in summa* der Geldmenge M1 zurechnete. De facto handelte es sich hierbei aber überwiegend um *langfristig* angelegte Spargelder im Sinne von M3 bzw. um Geldkapital, welches nicht zur Geldmenge zählt, da es nicht sofort kaufkraftwirksam werden würde.³⁷ Die Inflationsängste der *Bundesbank* erwiesen sich mithin als unreal. Es kam weder zu dem befürchteten »Kaufrausch« noch zu einem dramatischen inflationären Preisanstieg. Vielmehr wandelten die ostdeutschen Haushalte ihre Spareinlagen sukzessive in längerfristige Geld- und Kapitalanlagen um, so daß sich die Geldmenge schon bald auf ein vertretbares Maß reduzierte. Der zu Lasten der ostdeutschen Sparer vorgenommene »Währungsschnitt« erwies sich damit im Rückblick als unbegründet.

Durch die Währungsunion mit der DDR hatte sich der DM-Geldumlauf um 180 Mrd. DM erhöht, was 14,7 % der westdeutschen Geldmenge entsprach. Zwölf Monate später waren dies bloß noch 11,5 % und damit nur noch geringfügig mehr, als das ostdeutsche Produktionspotential 1990 ausgemacht hatte.³⁸ Die *Bundesbank* stellte hierzu später fest, daß sich aus der Währungsunion für die Sicherung der Geldwertstabilität zu keinem Zeitpunkt »ernsthafte Probleme« ergeben hätten.³⁹ Was aber geblieben ist, ist der Umtauschverlust der ostdeutschen Bevölkerung und das daraus resultierende Mißverhältnis bei der gesamtdeutschen Vermögensverteilung. Ein Fakt, der die deutsche Einheit bis heute schwer belastet und der mitverantwortlich dafür ist, daß es den ostdeutschen Gründern, Selbständigen und Kleinunternehmern chronisch an Eigenkapital mangelt.

Zielstellungen und Wirkungen

Mit der Währungsunion wurden mehrere, untereinander konkurrierende Ziele verfolgt. Das übergreifende Ziel bestand darin, über die Ausdehnung des Währungsgebietes der D-Mark den Markt der DDR zu »erobern« und dadurch die Wiedervereinigung Deutschlands unwiderruflich einzuleiten. Durch den Verzicht der DDR auf die Währungshoheit und die bedingungslose Preisgabe ihres Binnenmarktes wurde ihr Anschluß an die Bundesrepublik unabdingbar. Nach dem 1. Juli 1990 gab es zum Beitritt nach Artikel 23 GG (alte Fassung) in der Tat keine Alternative mehr. Zugleich aber war die Währungsunion Kernstück der »monetären Transformation« und als solche »Teil der Schocktherapie«, welcher die Wirtschaft zwischen Rügen und Erzgebirge in den Folgejahren vorsätzlich unterzogen wurde.⁴⁰ Die marktwirtschaftliche Transformation der ostdeutschen Wirtschaft, aber auch ihre Integration und Subordination unter die Bedingungen und Strukturen der Bundesrepublik, nahm hier ihren Anfang. Die *Treuhand* vollendete schließlich nur auf ihre Weise den mit der Währungsunion eingeschlagenen Weg.

Daneben aber wurden noch andere Ziele verfolgt:

Erstens die Ausstattung der Bevölkerung mit Liquidität, um den Ab-

36 Die DDR hatte auch für Spareinlagen der Bevölkerung einen Umstellungssatz von 1:1 gefordert. Sie fand hierin Unterstützung bei Wirtschaftsforschern und der Staatsbank der DDR, vgl. taz vom 5. April 1990; IW Köln, iwD 11/1990, S. 4 f.

37 In der Abgrenzung der Bundesbank umfaßte M1 Bargeld und Sichteinlagen, M2 zudem Termineinlagen mit einer Befristung bis unter vier Jahren und M3 zusätzlich Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist. Geldkapital in Form von Anleihen, Obligationen, Sparbriefen usw. wurde dagegen nicht zur Geldmenge gerechnet.

38 Die Rechnung fällt allerdings etwas anders aus, wenn man das durch den Crash 1990/91 um mehr als ein Drittel reduzierte Produktionspotential Ostdeutschlands als Referenzgröße zugrunde legt. Danach hätte die Geldmengenerweiterung nur noch etwa 7 % betragen dürfen, um inflationsneutral zu sein. Vgl. Hans-Jörg Thieme: Währungsunion in Deutschland. Konsequenzen für die Geldpolitik, in: Gernot Gutmann, Ulrich Wagner (Hrsg.): Ökonomische Erfolge und Mißerfolge der deutschen Vereinigung. Eine Zwischenbilanz, Stuttgart/Jena 1994, S. 149.

39 Deutsche Bundesbank: Fünfzig Jahre, a. a. O., S. 701.

40 Deutsche Bundesbank: Fünfzig Jahre, a. a. O., S. 690 f.

satz der für den Osten bestimmten Güter sicher zu stellen und den Menschen in Eisenach, Dresden, Prenzlau und Schwerin einen angemessenen Konsum- und Lebensstandard zu ermöglichen.

Zweitens die zumindest teilweise Entschuldung des Staates und der Wirtschaft, um den ostdeutschen Ländern und Kommunen, vor allem aber den Unternehmen, den Start in die Marktwirtschaft zu erleichtern.

Und *drittens* sollte der Geldüberhang an DDR-Mark beseitigt werden, um die Stabilität der D-Mark durch die Währungsunion nicht zu gefährden.

Die beiden zuerst genannten Ziele wurden durch die asymmetrische Umstellung der Forderungen und Verbindlichkeiten im Prinzip erreicht. Das Ergebnis war aber alles andere als optimal: Die Bevölkerung verlor bei dieser Transaktion ein Drittel ihres Geldvermögens, und die Betriebe und Wohnungsbaugesellschaften wurden mit einem Schuldenberg von insgesamt 167,1 Mrd. DM belastet. Dabei war es mehr als strittig, ob es sich bei den Krediten der *Staatsbank der DDR* an die volkseigene Wirtschaft überhaupt um Schulden im marktwirtschaftlichen Sinne gehandelt hat. Nicht wenige Experten bestritten dies vehement.⁴¹ Auf jeden Fall trug die praktizierte Regelung dazu bei, ostdeutsche Unternehmen in großer Zahl in den Ruin zu treiben, da sie nicht in der Lage waren, die nunmehr marktlich verzinnten Altkredite zu bedienen.

Das dritte Ziel beruhte auf einer Fiktion, da der Geldüberhang in der DDR im Unterschied zu anderen postsocialistischen Ländern nur von verhältnismäßig geringem Umfang war. Nach Berechnungen des Finanzministeriums und der Staatsbank der DDR betrug er etwa 15 % der Geldbestände.⁴² Andere Schätzungen gingen von einer ähnlichen Größenordnung aus,⁴³ die auch von westdeutschen Experten geteilt wurde⁴⁴. Allein durch die nichtparitätische Umstellung der Spargirokonten wurden aber bereits 33 % der privaten Geldbestände liquidiert. Insgesamt belief sich die Kürzung der Geld- und Kreditbilanz durch die Währungsumstellung auf 45 % des Geld- und Kreditvolumens. Die Fehlinterpretation und Überzeichnung des inflationären Potentials der DDR hatte bei den Hütern der Geldwertstabilität in Frankfurt am Main offensichtlich eine Überreaktion ausgelöst. Möglicherweise war diese Aktion für die Stabilität der D-Mark von Nutzen. Bezahlt haben dafür aber die DDR-Bürger mit ihren Ersparnissen.⁴⁵

Die ökonomischen Wirkungen der Währungsunion waren zwiespältig: Für die Bevölkerung sind sie differenziert zu beurteilen, für die ostdeutsche Wirtschaft waren sie verheerend. Die Wirtschaftsleistung, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, ging innerhalb weniger Monate um mehr als ein Drittel zurück, die Industrieproduktion sank um zwei Drittel. Noch nie ist in Friedenszeiten ein solches Ausmaß an wirtschaftlicher Zerstörung registriert worden wie 1990/91 in Ostdeutschland. Die Auswirkungen sind bis in die Gegenwart zu spüren und werden noch lange auf der wirtschaftlichen Landkarte Deutschlands zu sehen sein. Sie lassen sich jedoch kaum mehr isoliert behandeln, da sie inzwischen durch andere Prozesse überlagert worden sind. Erst im Kontext mit der Lohnpolitik der Tarifparteien, der Tabula-rasa-Politik der *Treuhandanstalt* und der Sozialpolitik

41 Vgl. dazu die einschlägigen Arbeiten von Karl-Albrecht Schachtschneider, Harry Nick, Rupert Scholz, Klaus Leciejewski, Reinhard Pohl u. a. sowie die Recherche von Ilona Wiesejahn: Der doppelte Skandal: Das Milliardengeschäft mit erfundenen DDR-Schulden und einkassierten Banken, Berlin 2001.

42 Zit. bei: Deutsche Bundesbank: Fünfzig Jahre, a. a. O., S. 679.

43 Vgl. Karlheinz Tannert u. a.: Geld, Kredit, Finanzen aus neuer Sicht, Berlin 1990. Dort wird von einem Geldüberhang von 30 bis 60 Mrd. Mark gesprochen (S. 11).

44 So stellte das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft in einem Gutachten fest, daß das von der DDR gezeichnete »vergleichsweise harmlose Bild« eines Geldüberhangs von »15 bis 20 Prozent der gesamten Geldbestände«, das »von westlichen Experten nicht in Zweifel gezogen« werde, »keinen Währungsschnitt« rechtfertige. IW: Sozialverträgliche Ausgestaltung der deutschen Währungsunion – Gutachten, Köln 1990, Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik 179, S. 19.

45 Vgl. »Der Sparer bezahlt die Währungsunion mit 3500 Mark«, in: Berliner Allgemeine, 10. Mai 1990, S. 3.

des Staates wird der Charakter der Währungsunion als Auftakt für die Wiedervereinigung und als Signal für eine falsche ökonomische Weichenstellung erkennbar.

Für die Bevölkerung zählte zunächst vor allem die paritätische Umstellung der Löhne, Renten, Stipendien usw. Obwohl selbst hier, gemessen am ostdeutschen Warenkorb, ein Kaufkraftverlust zu verzeichnen war und durch den Abbau der Subventionen mit weiteren Kaufkrafteinbußen gerechnet werden mußte, sahen sich die DDR-Bürger angesichts der ungewohnten Angebotsfülle und neuen Konsumfreiheit überwiegend als Gewinner der Währungsunion. Zudem besaß die D-Mark in den neuen Bundesländern in den ersten Monaten nach dem 1. Juli 1990 eine höhere Kaufkraft als im Westen, da Mieten, Pachten, Tarife und Gebühren nicht sofort an das Westniveau angeglichen wurden und die Subventionen noch eine Zeitlang erhalten blieben. Dies änderte sich dann aber sehr rasch: 1991 stiegen die Lebenshaltungskosten in Ostdeutschland um 26,5%.⁴⁶ Besonders drastisch stiegen die zuvor hoch subventionierten Preise und Tarife für Energie, Verkehrsleistungen und Wohnen. 1992 erhöhten sich die administrierten Preise um 66,1%, 1993 um 35,7%.⁴⁷ Damit war der Subventionsabbau im wesentlichen vollzogen. Der Angleichungsprozeß bei den Preisen zog sich jedoch noch bis Ende der 90er Jahre hin, so daß die Konsumgüterpreise in Ostdeutschland während der gesamten Periode vom 2. Halbjahr 1990 bis 2001 sehr viel schneller anstiegen als in Westdeutschland, nämlich um 70,2% gegenüber 27,7%.⁴⁸ Der anfängliche Kaufkraftvorteil »Ost« schmolz unter diesen Bedingungen dahin, und die Einkommenserhöhungen wurden durch die Preisentwicklung zu einem Gutteil wett gemacht. 1995 stellte Hans Tietmeyer fest, daß die *realen* Einkommen im Ergebnis der Währungsunion »in den meisten Fällen erhalten oder sogar angehoben werden konnten«.⁴⁹ Ihr Anstieg war also eher die Ausnahme und schloß für bestimmte Personengruppen (Alleinerziehende, Arbeitslose u. a.) durchaus auch Realeinkommensverluste ein.

Seit Mitte der 90er Jahre hielten die Einkommenserhöhungen mit der Preisentwicklung kaum mehr Schritt, so daß die Realeinkommen im Osten – im Gegensatz zu weit verbreiteten Vorstellungen im Westen – insgesamt nur noch sehr moderat, in vielen Fällen überhaupt nicht mehr stiegen. Die Angleichung der effektiven Arbeitseinkommen an das Westniveau stagniert in fast allen Branchen bei einem Stand von 70 bis 75%. Nicht selten unterschreiten die aktuellen Werte inzwischen bereits wieder die in der zweiten Hälfte der 90er Jahre erreichten maximalen Relationen.⁵⁰

Ungünstiger als auf die Einkommen wirkte sich die Währungsunion auf die Vermögen der privaten Haushalte aus.⁵¹ Dies betraf zuvörderst die *Geldvermögen*, wo es durch den Währungsschnitt zu einem direkten Verlust von 64,3 Milliarden Mark und durch den nachfolgenden Anstieg des Preisniveaus zu einem weiteren Abwertungsverlust gekommen ist.⁵² Betroffen war hiervon vor allem der Mittelstand, da bei den Handwerkern, Geschäftsinhabern, Ärzten, Architekten, Rechtsanwälten und sonstigen Selbständigen der größte Teil der Geldvermögen konzentriert war.⁵³

Neben den Geldvermögen waren aber auch *Sachvermögen* in Form von Gebrauchsgütern einer spürbaren Entwertung unterwor-

46 November 1991, bei Zugrundelegung der Verbrauchsstruktur von 1989 (Deutsche Bundesbank: Monatsberichte 44(1992)2, S. 37.

47 Johann Szenzenstein: Entwicklung der Verbraucherpreise in den neuen Ländern und Berlin-Ost, in: Wirtschaft und Statistik, 3/1998, S. 210 f.

48 Berechnet nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, Fachserie 17, Reihe 7, Wiesbaden 2002, S. 136 ff.

49 Hans Tietmeyer: Es gab zur Währungsunion keine realistische Alternative, in: Pressemitteilungen der Deutschen Bundesbank, 48/1995, S. 1.

50 Vgl. hierzu die Berechnungen des WSI. – WSI-Mitteilungen 10/1997; 10/1998; 11/2000; 11/2001; 11/2002; 11/2003; 11/2003; 11/2004 sowie Ulrich Busch: Aufbau Ost, a. a. O., S. 85 f.

51 Vgl. Ulrich Busch: Der reiche Westen und der arme Osten – Vermögensdifferenzierung in Deutschland, in: Jürgen G. Backhaus, Günter Krause (Hrsg.): Zur politischen Ökonomie der Transformation, Marburg 1997, S. 9-50.

52 Diverse Gutachter, wie zum Beispiel der Leiter des IW Köln, Gerhard Fels, sahen hierin »eine unzumutbare Entwertung« der ohnehin nicht hohen Ersparnisse der DDR-Bevölkerung. Handelsblatt, 12. März 1990. Ähnlich urteilte der Kronberger Kreis renommierter Wirtschaftswissenschaftler. Frankfurter Institut, Argumente zur Wirtschaftspolitik, Nr. 30/Februar 1990.

53 Analysen zufolge wiesen die Konten von Einzelhandwerkern und anderen Selbständigen im Durchschnitt den mehr als dreifachen Bestand gegenüber Konten von Arbeitern und Angestellten auf. Insgesamt befanden sich 1989 etwa 60 % des gesamten Einlagenbestandes auf 10 % der Sparkonten. – Jürgen Faik: Die Verteilung und Bildung der Geldvermögen in Ostdeutschland seit 1990, in: Wolfgang Glatzer, Gerhard Kleinhenz (Hrsg.): Wohlstand für alle?, Opladen 1997, S. 208 f.

fen. Diese betraf zuerst Güter, die den westlichen Importen *absolut*, im technischen Niveau und in der Leistung, unterlegen waren wie zum Beispiel Computer, Unterhaltungselektronik und Pkws. Diese Güter verkörperten infolge ihrer überhöhten Preise in der DDR wertmäßig einen hohen Anteil am Gesamtvermögen der privaten Haushalte. Durch die Währungsunion aber fielen sie dramatisch im Preis, was ihre Entwertung bedeutete. Nicht selten blieb kaum ein Erinnerungswert übrig. Der zweite Devaluationschub erfaßte Güter, die sich von vergleichbaren westlichen Produkten nicht groß unterschieden, dort aber erheblich kostengünstiger produziert oder importiert wurden, zum Beispiel Möbel, Schuhe, Textilien, Teppiche, Kühlschränke u. a. m. Ihr Schicksal wurde auf dem Markt besiegelt, indem die Käufer westlichen Erzeugnissen den Vorzug gaben. Drittens wurden solche Güter der Entwertung unterworfen, die als Gebrauchswerte westlichen Erzeugnissen durchaus ebenbürtig und zudem häufig auch noch billiger als im Westen waren, denen aber das Stigma *made in GDR* anhaftete. Hierunter fielen Bücher, Bilder, Tonträger, Spielwaren, Medikamente u. ä. Zuletzt erfaßte der Entwertungsprozeß auch jene Güter, für die es auf Grund des Zusammenbruchs der Produktions- und Lieferketten in Ostdeutschland plötzlich keine Ersatzteile oder Komplementärgüter mehr gab.

Binnen weniger Monate verkörperte auf diese Weise das gesamte, über Jahrzehnte akkumulierte Gebrauchsvermögen der privaten Haushalte nur noch einen Bruchteil seines einstigen Wertes. Ganze Wohnungseinrichtungen besaßen von heute auf morgen keinen positiven Marktwert mehr, waren bloß noch Sperrmüll.

Die einzige Vermögensposition, welche von der allgemeinen Entwertung verschont blieb, war das *Immobilienvermögen*. Hier vollzog sich im Regelfall sogar eine beträchtliche Aufwertung, so daß die Eigentümer von Grund und Boden sowie privater Ein- und Mehrfamilienhäuser ihre Vermögensposition im Ergebnis der Währungsunion verbessert sahen. Im Unterschied zu den anderen Vermögensformen, wo die Verteilung infolge der Währungsunion egalitärer wurde, nahm hier die Differenzierung zu. Dieser Effekt wurde dadurch noch verstärkt, daß die auf den Immobilien lastenden Schulden im Verhältnis 2:1 umgestellt, also halbiert wurden, was die Eigentümer entsprechender Objekte gegenüber den Sparern quasi zu Doppelgewinnern der Währungsunion machte. Dies war ganz offensichtlich auch beabsichtigt, da auf diese Weise eine neue Eigentümerklasse entstand.

Viel massiver als die privaten Vermögen wurde durch die Währungsunion jedoch das Volksvermögen der DDR, insbesondere das Produktivvermögen, in Mitleidenschaft gezogen. Dieser Prozeß begann unmittelbar mit der Währungsumstellung am 1. Juli 1990 und war eine direkte Folge der unvorbereiteten und ungeschützten Konfrontation der zum großen Teil veralteten und kaum wettbewerbsfähigen DDR-Betriebe mit der weit besser gestellten Konkurrenz auf den nunmehr offenen Märkten. Dabei zeigte sich die ökonomische Logik der Währungsunion und des Geldes mit aller Konsequenz: Denn so plausibel und begründet wie es unter Kaufkraftgesichtspunkten war, die Stromgrößen im Verhältnis 1:1 umzustellen, so verhängnisvoll erwies sich dies für die ostdeutschen

Unternehmen, da diese dadurch ein kaum zu bewältigendes Kosten- und Absatzproblem bekamen.

Im Kern handelte es sich hierbei um ein *monetäres* Problem, um die Diskrepanz zwischen Binnenkaufkraft und Außenwert der DDR-Währung. Die Mark der DDR wies zwar eine hohe Binnenkaufkraft auf, im Außenhandel auf westlichen Märkten wurde aber, wie oben ausgeführt, nur knapp ein Viertel der im Inland getätigten Aufwendungen realisiert. Letzteres spiegelte sich in der geringen Devisenrentabilität wider. Diese Tatsache war ökonomisch problematisch, volkswirtschaftlich aber verkraftbar, solange sie nicht alle Märkte betraf und über den Staatshaushalt ausgeglichen werden konnte. Mit der Währungsunion aber wurden schlagartig sämtliche Märkte zu NSW-Märkten, auch der Binnenmarkt und die Märkte in Mittel- und Osteuropa. Für die Unternehmen bedeutete dies eine faktische Aufwertung der Währung um 300 bis 400%! Es liegt auf der Hand, daß die meisten Betriebe einer derart drastischen Veränderung der Rahmenbedingungen ihrer wirtschaftlichen Existenz nicht gewachsen waren. Der Zusammenbruch des RGW-Marktes 1991 und das Zerreißen der Netze langjähriger Kooperations- und Lieferbeziehungen beschleunigten zweifelsohne den Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft. Vor allem waren es aber der mit dem 1. Juli 1990 einsetzende ungleiche Wettbewerb auf dem *Binnenmarkt* und der sprunghafte Rückgang der Nachfrage nach Erzeugnissen ostdeutscher Produktion, die den Crash herbeiführten. Rückläufige Umsätze und fehlende Gewinne im Kontext mit steigenden Lohnkosten und wegbrechenden Absatzmärkten, hervorgerufen durch die Währungsumstellung – dies führte für die meisten Betriebe schon bald nach dem Start in die Marktwirtschaft zum Kollaps und damit zur Entwertung ihres Anlagekapitals. Parallel dazu vollzog sich eine Entwertung der fachlichen Qualifikation. Mehr als die Hälfte aller Arbeitsplätze wurden obsolet und damit die mit diesen Tätigkeiten verbundenen Fähigkeiten, Fertigkeiten, Berufsinhalte usw. In kürzester Zeit wurden so die in der arbeitszentrierten Gesellschaft der DDR an der beruflichen Entwicklung ausgerichteten Biographien von Generationen entwertet und dadurch ein beachtlicher Teil des ostdeutschen Humankapitals faktisch liquidiert.

Fazit

Als Kern der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und Vorausprozeß des Jahrhundertprojekts der Wiedervereinigung bildete die Währungsunion zum 1. Juli 1990 das Fanal der marktwirtschaftlichen Transformation und der Überwindung der Teilung Deutschlands. Die Währungsunion war das eigentliche »Wagnis« in dem gesamten Prozeß,⁵⁴ ein politisches Abenteuer und wirtschaftliches Hasardspiel. Aber mit ihr wurden Fakten geschaffen und Weichen für die Zukunft gestellt. Als der *point of no return* für die Herstellung der deutschen Einheit war die Währungsunion deren wirtschaftlich bestimmendes Ereignis. Alles, was danach kam, knüpfte hieran an und besaß in den Folgen der Währungsunion seine Voraussetzungen. Dies galt für die Privatisierungspolitik der *Treuhandanstalt* gleichermaßen wie für den *Aufbau Ost*, für die Lohnpolitik ebenso wie für die Kosten der West-Ost-Transfers.

54 Dieter Grosser: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, Geschichte der Deutschen Einheit, Bd. 2, Stuttgart 1998.

55 Birgit Breuel: Die Treuhandanstalt – Zielvorgaben, Rahmenbedingungen und Ergebnisse, in: Birgit Breuel, Michael C. Burda (Hrsg.): Ohne historisches Vorbild, a. a. O., S. 16.

56 Uwe Müller: Supergau, a. a. O., S. 163.

Heute stellen die Politiker die Währungsunion gerne als alternativlos hin und als einen spektakulären Erfolg. Sie war beides nicht, aber sie war ein großer Coup, zumindest politisch. Ökonomisch dagegen glich sie eher einem Desaster. Insbesondere waren die Wirkungen für die ostdeutsche Industrie katastrophal. Kein postsozialistisches Land war im Prozeß der Systemtransformation so privilegiert gewesen wie die DDR. Aber auch in keinem anderen Land wurde so viel an wirtschaftlicher Substanz zerstört und vernichtet wie in Ostdeutschland. Für die Betriebe bedeutete die Währungsunion die Einführung der »Marktwirtschaft ohne Markt«⁵⁵: Dies konnten sie wirtschaftlich nicht überleben, ihr Ruin war deshalb von Anfang an beschlossene Sache. Die Folge war eine Entwertung ihres Anlagevermögens und der Verlust eines Drittels der Arbeitsplätze. Auch dies war keine Überraschung. Eher schon, daß es dabei blieb und der *Aufbau Ost* sein Ziel kläglich verfehlte.

Die ostdeutsche Bevölkerung gelangte durch die Währungsunion in den Besitz einer attraktiven Währung. Ihre Einkommen stiegen und das Lebensniveau erhöhte sich. Dieser positive Aspekt wurde jedoch konterkariert durch den Verlust an öffentlichem und privatem Vermögen. Wenn Ost und West heute »nichts so sehr trennt wie die Vermögensverteilung«⁵⁶, so ist dies nicht zuletzt auf die Währungsunion zurückzuführen, durch welche die Vermögensdiskrepanz verstärkt und verfestigt wurde. Dies gilt für die private Vermögenslage, mehr aber noch für die volkswirtschaftliche Situation. Die Währungsunion hat daher nicht nur maßgeblich zur wirtschaftlichen Vereinigung der Deutschen beigetragen, sondern auch nicht wenig zu deren Trennung.

Fünfzehn Jahre später lassen die Ergebnisse keinen Zweifel daran, daß die Kritiker seinerzeit recht hatten: Die Strategie der Wiedervereinigung, deren erster und wichtigster Schritt die Währungsunion war, war ökonomisch falsch und zudem extrem teuer. Die vorgenommene Weichenstellung erwies sich jedoch als ziemlich stabil. Der Zug der Einheit ist losgefahren und nicht entgleist. Daß er inzwischen aber fast zum Stillstand gekommen ist, ist die andere Wahrheit. Und auch dies läßt sich, wenn auch nicht ausschließlich, auf die falsche Weichenstellung durch die Währungsunion zurückführen.

MAGNUS MARSDAL

Sozialistischer Individualismus.

Vielleicht ist die neoliberale Gesellschaft einfach nicht individualistisch genug?

30. November 1999. An diesem Morgen habe ich gewagt zu träumen. »In Seattle haben die Behörden den Ausnahmezustand erklärt. Die Polizei hat Tränengas gegen Tausende von Menschen angewandt, die gegen das Ministertreffen der Welthandelsorganisation demonstrierten.« Das waren die 7-Uhr-Nachrichten. Aber es war wie ein Funke, der den ganzen Weg über den Atlantik geflogen kam und meinen Radiowecker durchdrang. Ich war angesprochen. Ich war sofort wach. Und ich hatte diesen Traum von einer Welt, die aus dem amerikanischen Traum erwacht.

Der amerikanische Traum ist der des Individuums. Die Vereinigten Staaten hatten nie eine starke Aristokratie, kein mächtiges Papsttum, es bestand nie ein »ancien régime« mit strikten Unterscheidungen von Klasse und Stand. Die Verdikte »des Marktes« machen keinen Unterschied zwischen den vornehmsten Familiennamen und dem gewöhnlichsten der John Smiths. Der Markt erkennt nur Plus oder Minus. Überschuss oder Mangel.

Unter dem Neoliberalismus ist der amerikanische Traum großzügig hergefallen über Männer und Frauen, und dies in Ländern auf der ganzen Welt. In ihm sind wir alle Individuen und nichts als Individuen. Er sagt nichts über Gruppen. Er weiß nichts von im Kampf geeinten Klassen. Jede Person ist nur eine Person, weder mehr, noch weniger – das ist die symbolische Quelle dieses sozialen Idylls des Universalismus.

So zauberhaft es auch sein mag, dieses Bild amerikanischer Freiheit und Gleichheit deckt doch nicht alles ab. Es gibt andere Visionen. So wie die, die am 11. Februar 1956 im *Montgomery Advertiser* gedruckt war: »Wir halten diese Wahrheiten für selbstverständlich, dass alle Weißen gleich geschaffen sind mit gewissen Menschenrechten; darunter sind Leben, Freiheit und das Recht zur Verfolgung von Schwarzen.« Einige Monate vorher war etwas geschehen. Lasst uns zurückgehen zu dem Tag im Dezember 1955, als es Rosa Parks endgültig reichte.

Sie war 43 Jahre alt, und sie arbeitete als Näherin. Sie nahm ihren Platz im Bus der Cleveland Avenue Linie in Montgomery ein. Wie immer war die Busfahrt erniedrigend. Wenn Weiße rein kamen, befahl der Busfahrer den schwarzen Passagieren, nach hinten zu gehen. Alle gehorchten. Außer Rosa Parks. Sie fing nicht an zu streiten, sie sprach kein Wort, aber sie bewegte sich auch nicht. Einige Minuten später erschien die Polizei am Tatort des fürchterlichen Vergehens. Parks wurde in Gewahrsam genommen und musste Strafe zahlen.

Magnus Marsdal – Jg. 1974; Journalist, seit April 2005 Sprecher von Attac Norwegen; gemeinsam mit Bendik Wold Verfasser des im Verlag Oktober 2004 in Oslo erschienenen Buches »Tredje venstre – for en radikal individualisme« (Dritte Linke – für einen radikalen Individualismus).

Das überfüllte Gemeinschaftstreffen, das von schwarzen Gemeindeführern für den Tag nach Rosas Festnahme einberufen wurde, rief alle farbigen Menschen dazu auf, die Busse der Stadt Montgomery zu boykottieren. Viele waren für ihre tägliche Fahrt zur Arbeit auf den Bus angewiesen, aber vom Tag Eins an war der Boykott nahezu vollständig. Die Schwarzen schafften es zu Fuß, in Taxis, in Privatautos und sogar auf Eseln zur Arbeit. Während des einjährigen Kampfes, der sich hieraus entwickelte, fuhren Farbige in Montgomery einfach nicht Bus. Die Behörden und die weißen Rassisten waren außer sich. Sie versuchten alles Mögliche. Von der Durchsetzung einer gesetzlichen vierfachen Erhöhung der Taxipreise hin zur Festnahme von Schwarzen wegen »illegalen Autostopps«. Sie legten sogar eine Bombe am Haus des örtlichen Kirchenvorstehers Martin Luther King Jr. Aber die schwarze Gemeinde hielt zusammen.

Am 20. Dezember 1956 wurde der Stadt Montgomery das Urteil des Obersten Gerichtshofes zugestellt. Die Rassentrennung wurde als Bruch der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika anerkannt. Es war Martin Luther King Jr., der am folgenden Tag als erster Schwarzer einen Bus in Montgomery bestieg. Er nahm einen vorderen Sitzplatz ein.

Rosa Parks löste den Beginn der Bürgerrechtsbewegung aus, einer Massenmobilisierung, die es in zehn Jahren schaffte, Rassendiskriminierung aus den US-Gesetzen zu verbannen. Rosa Parks war ein mutiges Individuum. Wofür stand sie, als sie an jenem Morgen auf ihrem Platz sitzen blieb, in jenem Bus in Montgomery, Alabama? Parks selbst drückte es so aus: »Es war sehr erniedrigend, die Gemeinheit ertragen zu müssen, zwei Mal pro Tag in nach Rassen getrennten Bussen fahren zu müssen, und zwar fünf Mal die Woche, um in die Innenstadt zu gelangen und dort für weiße Leute zu arbeiten.«¹ Parks hatte aufgebeht für die Würde des Individuums. Sie verlangte das Recht, mit Respekt behandelt zu werden, leben zu können in der Gesellschaft als ein Individuum, gleich mit anderen Individuen. Rosa Parks war für den Individualismus aufgestanden. Und die gesamte afrikanisch-amerikanische Gemeinschaft stand mit ihr auf.

Gegenwärtig gehört der Individualismus der politischen Rechten. Man sieht ihn als untrennbar verbunden mit Kapitalismus, Selbstsucht und liberalistischen Wirtschaftspolitiken. Der Individualismus scheint die Antithese zu jedwedem Begriff der Solidarität, gemeinsamer Interessen und des kollektiven Kampfes zu bilden. Er sieht wie das Gegenteil dessen aus, woran – glaubt man gängigen Stereotypen – sich die politische Linke halten müsse: Kollektivismus.

Die vorherrschende politische Denkweise des 20. Jahrhunderts operierte mit einem bipolaren ideologischen Schema. Entsprechend diesem Schema bildete individualistische Freiheit den rechten Pol der Achse und kollektivistische Gleichheit weit außen den linken Pol.

SOZIALISMUS

KAPITALISMUS

+ GLEICHHEIT
- FREIHEIT

- GLEICHHEIT
+ FREIHEIT

1 Freddie Parker:
Malcolm X and Martin
Luther King, Jr.
[http://www.dlt.ncssm.edu/
lmtm/docs/MXnMLK/
Script.pdf](http://www.dlt.ncssm.edu/lmtm/docs/MXnMLK/Script.pdf), S. 3.

Kollektivismus zur Linken, Individualismus zur Rechten. Sie kennen die Achsen. Aber können Sie sich selbst darauf platzieren? Wo bringen wir den *gemeinsamen* Kampf für *individuelle* Freiheit durch Rosa Parks und die ihren unter? Und was ist Individualismus überhaupt?

In unserem kürzlich auf Norwegisch erschienenen Buch »Die Dritte Linke – Für einen Radikalen Individualismus«², verwenden Bendik Wold und ich »Individualismus« als ein Etikett für einige wertegelitete Bestrebungen, die über die letzten Jahrhunderte in den westlichen Kulturen hinweg weitreichende Durchbrüche erzielt haben. Wir betonen drei davon.

Individualismus strebt nach:

1. dem Respekt für die *Würde* des Individuums;
2. der *Unabhängigkeit* des Individuums;
3. der *Selbstentfaltung* des Individuums.

Wenn das Individualismus ist, gehört er dann wirklich ausschließlich der politischen Rechten? Wenn dem so wäre, wie hätte dann der amerikanische Sozialistenführer Daniel De Leon in einer heftigen öffentlichen Debatte im April 1912 auf seinen Opponenten, den Generalstaatsanwalt von New York, Thomas F. Carmody, weisen und kühn behaupten können: »Wir klagen den Kapitalismus der Zerstörung des Individualismus an!«³

Wir denken, dass De Leons Anklage sich ganz in jene geistige Tradition einfügt, die durch den radikalsten unter den Philosophen der Aufklärung – Jean-Jacques Rousseau – entwickelt wurde. Rousseau hielt die individuelle Freiheit für das größte Gut von allen und für das angemessene Ziel eines jeden Rechtssystems. Aber an die Seite der Freiheit und mit ihr gleich stellte Rousseau die Gleichheit, »weil die Freiheit ohne sie nicht bestehen kann«⁴.

Die anbrechende bürgerliche Gesellschaft des großstädtischen Paris, die Rousseau um sich beobachtete, wies schreiendere Ungerechtigkeiten auf als alle anderen Orte der Welt. Die bürgerliche *juristische* Gleichheit (vor dem Gesetz) sei tatsächlich eine gute Sache, meinte Rousseau, aber sie sei, gemessen an den Erfordernissen einer moralischen Gesellschaft, keineswegs hinreichend. Nicht so lange, wie die großen *wirtschaftlichen* Ungleichheiten weiter anhielten, argumentierte Rousseau. Dieser Stand der Dinge sei ein »Gesellschaftsvertrag«, den der reiche Mann zu seinem eigenen Nutzen konzipiert habe. Er legt »das Eigentum und die Ungleichheit für immer als Gesetz fest«, macht »aus einer listigen Usurpation ein unaufhebbares Recht«.⁵ Der bürgerliche Gesellschaftsvertrag schuf »für die Schwachen neue Fesseln, für die Reichen aber neue Macht«⁶.

Rousseaus Ansicht nach waren große wirtschaftliche Ungleichheiten unvereinbar mit individueller Freiheit. Ungleichheit schafft wirtschaftliche Abhängigkeit. Wenn Ungleichheit besteht, muss ein Mensch sich dem anderen verkaufen, um überleben zu können. Die Reichen können die Armen für ihre eigenen Zwecke ausbeuten. Die Freiheit der Armen ist dahin. Die ungleiche Gesellschaft wird eine der Unfreiheit, gegründet auf Abhängigkeit und Ausbeutung, eine Gesellschaft starker Antagonismen.

Daher: Damit die Freiheit gedeihen kann, ist es »eine der wichtigsten Aufgaben« des Staates, »die extreme Ungleichheit des Besitzes

2 Magnus Marsdal und Bendik Wold: Tredje venstre, for en radikal individualisme. Forlaget Oktober, 2004.

3 Daniel De Leon und Thomas F. Carmody: De Leon-Carmody Debate: Individualism vs. Socialism: Delivered at Proctor's Theatre, Troy, NY, April 14, 1912. New York Labor News, 1955.

4 Jean-Jacques Rousseau: Der Gesellschaftsvertrag, Leipzig: Philipp Reclam jun. 1978, S. 83.

5 Ders.: Abhandlung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen, in: Ders.: Frühe Schriften, Leipzig: Philipp Reclam. jun. 1970, S. 178.

6 Ebenda.

7 Ders.: Von der Ökonomie des Staates, in: Ebenda, S. 271.

8 Ders.: Der Gesellschaftsvertrag, a. a. O., S. 169.

9 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 789.

10 Karl Marx: Die Deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, S. 77.

11 Jon Elster: Making Sense of Marx, Cambridge University Press 1990. Norwegian edition (Hva er igjen av Marx?, Universitetsforlaget, 1988) p. 36.

12 Oscar Wilde: Complete Works of Oscar Wilde, Collins 1969, p. 1080.

13 Jean Jaurès: Socialisme et liberté, quoted in Stephen Lukes: Individualism, Blackwell 1973, p. 12.

14 Daniel De Leon und Thomas F. Carmody: De Leon-Carmody Debate: Individualism vs. Socialism: Delivered at Proctor's Theatre, Troy, NY, April 14, 1912. New York Labor News, 1955.

zu verhindern«, »aber nicht dadurch, dass man das Vermögen einzieht, sondern dass man allen die Möglichkeiten nimmt, Vermögen zu erwerben, nicht dadurch, dass man Armenhäuser baut, sondern dass man die Bürger vor der Armut schützt«⁷, sagt Rousseau. Die individuelle Freiheit erfordert, dass es in der Gesellschaft »weder Reiche noch Bettler«⁸ gibt. Für Rousseau gehören Freiheit und Gleichheit zusammen. Nicht als Gegensätze, sondern weil sie einander gegenseitig schaffen.

Dieser radikal-demokratische Individualismus wurde von Marx weiterverfolgt. Im Gegensatz zum weit verbreiteten Bild von Marx als dem Erfinder einer kommunistischen Religion, die jeder und allen Formen von Individualismus feindlich gegenüber stehe, betraf Marx' Kritik am Kapitalismus *nicht* die bürgerlichen Ideale von Freiheit, Demokratie und Individualität als solche. Er klagte den Kapitalismus an, dass seine nach Klassen geteilte soziale Ordnung zum *Haupthindernis* für die tatsächliche, realistische Verwirklichung dieser Ideale geworden sei. Marx' Ziel war nichts weniger als individualistisch, er strebte die Entwicklung der »freien Individualität des Arbeiters«⁹ an. Der Fokus seiner Kritik lag auf dem »Widerspruch zwischen der *Persönlichkeit* des einzelnen Proletariers und seiner ihm aufgedrängten Lebensbedingung, der Arbeit«¹⁰ (Hervorhebung hinzugefügt – d. Verf.). Und der Weg vorwärts, den Marx sich zur Realisierung seines Ziels vorstellte, war die politische Mobilisierung der Arbeiter selbst für eine umfassende Demokratisierung der Verwaltung der lebenswichtigen Ressourcen der Gesellschaft – »der Produktionsmittel«.

Kann man, unserer Definition des Individualismus folgend, sagen, dass Marx ein begeisterter Individualist war? Ja. »Die Anziehungskraft des Kommunismus für ihn war, dass dieser die Möglichkeiten schaffen würde, damit sich alle und jedes menschliche Individuum, und nicht nur eine kleine Elite, selbstverwirklichen können. [...] In diesem normativen Sinne war Marx ein Individualist«¹¹, schreibt Jon Elster, Professor an der Columbia Universität.

Heutzutage ist dieser revolutionäre Individualismus ein wohl gehütetes ideologisches Geheimnis. Aber wir finden die gleichen Gefühle auch bei Oscar Wilde. Dieser Dandysozialist argumentierte, dass der Sozialismus »schon darum wertvoll sei, weil er zu Individualismus führen würde.«¹² Ungefähr zur gleichen Zeit propagierte der französische Sozialistenführer Jean Jaurès, dass der »Sozialismus die logische Vollendung des Individualismus«¹³ sei. Und am Abend jener hitzigen Debatte in New York City im Jahr 1912 erklärte Daniel De Leon: »Wir Anhänger der sozialistischen Bewegung sind der Überzeugung, dass wir die wirklichen Förderer des Individualismus oder der Individualität in diesem Land sind. [...] Wir klagen die moderne Gesellschaft, d. h. den Kapitalismus, an, die Individualität vernichten zu wollen.«¹⁴

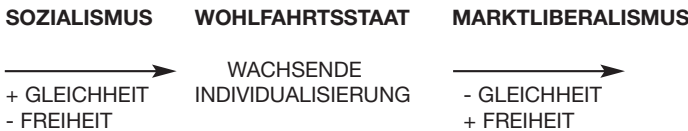
De Leons Worte fielen in die Mitte einer tobenden ideologischen Schlacht: Wer würde sich als der wahre Verteidiger des Individualismus erweisen? Würden die rechten oder die linken Kräfte das Vorrrecht erringen, das Banner des Individualismus durch das 20. Jahrhundert zu tragen? Im rechten Lager wurde der Individualismus als eine Ideologie gesehen, die einen durch und durch amerikanischen

Kapitalismus und die Feuerwerke der Freiheit, die seine bürgerliche Demokratie uns bringe, feiert. Im linken Lager brüteten die Bestrebungen nach Individualismus eine beißende moralische und soziale Kritik des kapitalistischen Systems aus und stärkten ihre Argumentation für revolutionäre Veränderung. Dann kam die Revolution von 1917. Vieles würde sich nun ändern.

Mit der Konsolidierung der Sowjetunion in den 1930er Jahren als einer monopolistisch-bürokratischen Diktatur etablierte sich der Kreml als die globale Autorität des »Marxismus-Leninismus«. Dem vom Stalinismus wiedererfundenen Karl Marx wurde die undankbare Aufgabe übertragen, einen Staat ohne wirkliche Rede- und Versammlungsfreiheit, ohne unabhängige Gewerkschaften und ohne individuelle Rechtssicherheit zu verteidigen. Dem Kreml zufolge war ein solcher Staat Sozialismus.

Was diese besondere Frage anging, wurde Joseph Stalin (aus dem einen oder anderen Grund) in den westlichen Politikwissenschaften zu einer Quelle der Autorität erklärt. In der Folge entwickelte sich ein das kritische Nachdenken erstickender ideologischer Konsens, der den Sozialismus als die »kollektivistische Unterordnung der Individuen unter den Staat« definierte. Auf diese Definition konnten sich sowohl kommunistische als auch bürgerliche und sozialdemokratische Regime einigen. Es war im Interesse aller drei, dass der Sozialismus so definiert wurde.

Es entstand auf dem ideologischen Schlachtfeld eine bürgerlich-stalinistische Koalition. Auf ihrer Grundlage war man in der Lage, jenes bipolare Schema zu etablieren, das das politische Denken während des Großteils des 20. Jahrhunderts dominierte. Sehen Sie es sich an: das Schema des Liberalismus!



Diesem Schema nach wird Sozialismus als ein Machtmonopol des Staates in allen Bereichen der Gesellschaft angesehen, der Wohlfahrtsstaat als paternalistische Regulierung und Einmischung, während der Marktliberalismus zum Äquivalent für das Recht auf Leben, Freiheit und die uneingeschränkte Verfolgung des persönlichen Glücks wird. Es wird zugegeben, dass der Neoliberalismus einen Schritt weg von der Gleichheit bedeutet. Aber es gäbe eine wertvolle Kehrseite: Der Neoliberalismus wird auch als ein Schub in Richtung erhöhte individuelle Freiheit gesehen.

Dieses Schema hat viel mit dem Aufkommen des Neoliberalismus (und des »Dritten Weges«) zu tun. Das Schema des Liberalismus war ein günstiges ideologisches Klima für die darauf folgende Durchsetzung dessen, was Pierre Bourdieu die »elementaren Formen des neoliberalen Denkens«¹⁵ nannte. Die folgenden Dichotomien sind feste Bestandteile der großen ideologischen und wirtschaftlichen Restauration, die in Folge der fallenden amerikanischen Profitraten um 1968 begann.

15 Pierre Bourdieu und Loïc Wacquant: Neoliberal newspeak, notes on the new planetary vulgate, in: Radical Philosophy 105, January 2001.

Elementare Formen des neoliberalen Denkens

STAAT	Globalisierung	MARKT
beschränkt	→	frei
geschlossen		offen
starr		flexibel
unbeweglich, erstarrt	→	dynamisch, selbsttransformierend
Vergangenheit, überholt		Zukunft, Neuheit
Stasis		Wachstum
Gruppe, Holismus,		Individuum
Kollektivismus		Individualismus
Uniformität, Künstlichkeit		Vielfalt, Authentizität
autokratisch (»totalitär«)		demokratisch

Auf der Grundlage dieser Interpretation der Geschichte des 20. Jahrhunderts waren die Neoliberalen in der Lage, ihren globalen Sturmangriff auf Wohlfahrt und Gewerkschaften als »Fortschritt« und »Befreiung« darzustellen. Diese Erzählung hat sich als sehr machtvoll erwiesen. Aber der Neoliberalismus ist nicht das einzige Element der ideologischen Hegemonie dieser Tage.

»Was ist die Matrix«, fragen wir in unserem Buch. In anderen Worten: Welche Weltanschauungen haben es geschafft, die Matrix, die die wachsende Arbeiterbewegung prägte, das Bewusstsein von der »Klasse«, zu ersetzen? Eine Antwort könnte damit beginnen, die Dreieinigkeit des bürgerlichen Individualismus zu rekonstruieren:

1. Neoliberalismus – wirksam in der ökonomischen und politischen Elite.
2. »Postmodernismus« – wirksam in der intellektuellen Elite.
3. Die Unterhaltungsindustrie – mit Einfluss auf die ganze Bevölkerung.

Zusammen genommen sind dies Diskurse mit der Fähigkeit, Anschauungen der Welt und des Ichs von der Spitze herab bis zur untersten Schicht der Gesellschaft zu formieren. Diese Dreieinigkeit trägt zur Konsolidierung des bürgerlichen Individualismus mittels dreier verschiedener und unabhängiger Konstruktionen des sich selbst genügenden Individuums bei:

1. Die Wirtschaftstheorie konstruiert den Menschen als *homo oeconomicus*, als Nutzen maximierendes vereinzelt Individuum, wie es den theoretischen Modellen der neoklassischen Wirtschaftstheorie innewohnt.

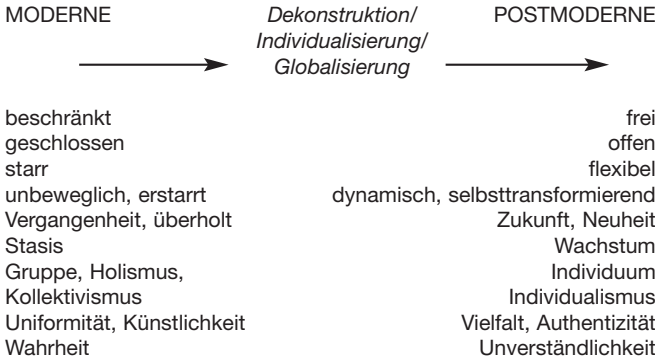
2. Vieles in der so genannten postmodernen Kulturtheorie (de)konstruiert ein menschliches Wesen, das von Klassenzugehörigkeit, Nationalität und anderen sozialen Identitäten befreit ist. Dazu mengt es oft eine jugendliche Zelebrierung der mit Güterkonsumtion verbundenen befreienden Effekte. Dieses Individuum des Postmodernismus ist der verspielte und triebhafte Cousin des *homo oeconomicus*.

3. Die Werbemanager und die Unterhaltungsindustrie konstruieren ihre Anspruchsgruppe nicht als BürgerInnen, sondern als konsumierende Individuen. Derartige Individuen finden ihr Glück, Unglück und den Sinn ihres Lebens innerhalb des Horizontes der Güter, Dienstleistungen und der Unterhaltung auf dem kapitalistischen Markt.

Die ideologischen Effekte dieser Dreifaltigkeit geben dem bürgerlichen Individualismus eine Definitionsmacht, die außerordentlich

stark ist. Dies kann man zum Beispiel an den elementaren Formen des (amerikanisierten) »postmodernen« Denkens sehen:

Elementare Formen des (amerikanisierten) »postmodernen« Denkens



Wir sehen, wie gut diese Weltanschauung des Postmodernismus zu den Dichotomien des Neoliberalismus passt... Zusammengekommen zeichnen die Diskurse der Dreifaltigkeit das folgende Bild des westlichen Kapitalismus:

»Alle Individuen sind frei. Wir sind frei als Konsumenten. Wir sind frei als Wählerinnen und Wähler. Wir sind frei, auf dem Arbeitsmarkt zu kaufen und zu verkaufen. Dank dieser Freiheiten haben wir Demokratie. Je mehr Güter, Dienstleistungen und Symbole produziert werden, desto größer das Maß an Glückseligkeit. Je mehr wir deregulieren, desto mehr Produktion – und daher desto größer das Glücksgefühl. Wir gestalten unsere eigenen Leben. Wir sind nicht länger an engstirnige Traditionen und eingleisige Ideologien gebunden. Wir sind alle Individuen und nichts als Individuen.«

Man trifft diese Weltanschauung überall an. Die Haltungen unter Wirtschaftsmanagern, Politikern, Werbefachleuten, Kulturkommentatoren und den Leuten auf der Straße bestärken sich alle gegenseitig. Sie sind geprägt durch die *amerikanische Ideologie*, die gegen Ende des 20. Jahrhunderts durch Neoliberalismus, »Postmodernismus« und Unterhaltungsindustrien in so viele Ecken der Welt verbreitet wurde.

Klassentrennungen, Klasseninteressen und alles, was mit ihnen einhergeht, gehören nun der Vergangenheit an. Die Arbeiterklasse gibt es nicht mehr. Alles, von dem Du dachtest, dass es festen Bestand hätte, löst sich in Luft auf.

In dieser globalisierten Netzwerkgesellschaft ist es hoffnungslos altmodisch zu denken, dass man eine »Position einnehmen« könne. Es ist sinnlos zu denken, dass eine andere Welt möglich ist. Lang vergessen ist der radikale Individualismus von Jean-Jacques Rousseau. Karl Marx wird als irgendein verrückter, kollektivistischer Sozialingenieur dargestellt. Und niemand scheint sich an das Paradox zu erinnern, dass eine 43 Jahre alte Näherin in Montgomery, Alabama, sich für individuelle Freiheit nur durch den gemeinsamen Kampf einsetzen konnte.

Der Individualismus ist eine immense ideologische Herausforderung für die linken Kräfte des 21. Jahrhunderts. Er konfrontiert

sowohl die Gewerkschaftsbewegung als auch die globalisierungskritischen Kräfte. Dieser Herausforderung muss begegnet werden. Aber wie?

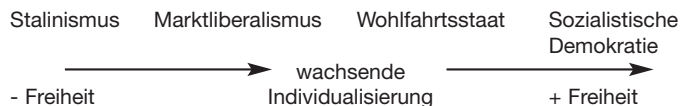
Ich dachte schon, Ihr würdet mich das nicht fragen! Hier sind vier frische rote Paprika, an denen Ihr kauen müsst:

1. Die linke Anklage gegen den Neoliberalismus sollte *nicht* sein, dass er zu exzessiv individualistisch sei. Im Gegenteil: Diese Marktgemeinschaft ist noch lange nicht individualistisch genug. Wir sollten fragen: Wie befreiend für Individuen ist eine Weltwirtschaft, die Millionen von Menschen in Arbeitslosigkeit und Armut stürzt? Ist es aus Fürsorge für Individuen, dass die in festen Arbeitsverhältnissen verbleibenden Lohnabhängigen immer höherem Druck ausgesetzt werden, Überstunden ohne Ende leisten müssen und schweren Belastungen für Körper und Geist unterworfen werden? Und was auf der Welt hat es mit *Individualismus* zu tun, wenn das Marketinggeschäft Milliarden Dollars in die zynischste Manipulierung und Ausbeutung der Gefühle und der sozialen Unsicherheit der Individuen steckt?

2. Wir müssen darauf hinweisen, dass für uns einfache Leute wachsende individuelle Freiheit bisher immer nur durch gemeinsamen Kampf erreicht worden ist. In dem frappierenden Beispiel des Busboykotts von Montgomery sehen wir, wie Individuen täglich Freiheiten *opferten*, indem sie den Bus nicht benutzten und Belästigungen von Weißen über sich ergehen ließen – und zwar für ein höheres Ziel. Aber was war das für ein Ziel? Es war keine kollektivistische Sehnsucht, die Individualität im schwarzen Körper der Gesellschaft aufzulösen. Opfer wurden gebracht für ein konkretes, erreichbares Ziel erhöhter Freiheit und Würde für alle Individuen der Gruppe. Das gleiche gilt für die Arbeiterbewegung: Der Arbeiter oder die Arbeiterin gibt einen Teil seiner oder ihrer individuellen Zeit und Ressourcen für die kollektive Bewegung auf, weil dies wiederum seine oder ihre Position *als einem Individuum* in einer vom Kapital dominierten Gesellschaft stärkt. Dies gilt für jegliches Beispiel dieser aufgeklärten Form des Eigeninteresses, die wir Solidarität nennen. Nichts war befreiender oder hat mehr zur Verbesserung der Position der britischen oder norwegischen Individuen im 20. Jahrhundert beigetragen als die Entwicklung des Wohlfahrtsstaats. Er schuf soziale Institutionen, die einfachen Leuten, auf individueller Basis, ein gewisses Maß an wirtschaftlicher Sicherheit anboten, und uns damit gegenüber den Reichen stärkte. Wie Ulrich Beck betont, ist die *Individualisierung* kein individueller Prozess, sondern ist von Institutionen und insbesondere denen den Wohlfahrtsstaates abhängig.

3. Die Linke muss danach trachten, das Schema des Liberalismus durch das Schema des Sozialismus zu ersetzen. Hier sehen Sie es in einer Version, wie man sie auf die Zeit des Kalten Krieges anwenden könnte:

Das Schema des Sozialismus (1)

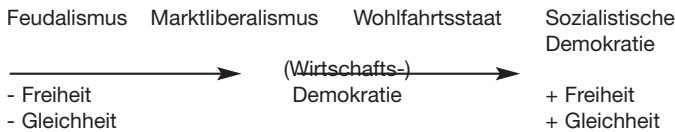


Hier wird Sozialismus als demokratische Verwaltung der lebenswichtigen Ressourcen der Gesellschaft («der Wirtschaft») definiert.

Unter dem Stalinismus war die Wirtschaft unleugbar ausgesprochener *politischer* Administration unterworfen, aber niemand würde diese politische Ökonomie je »demokratisch« nennen. Er gehört an das äußerste Ende unserer Achse, mit mageren individuellen Freiheiten. Beachtet, wie nahe der ungezügelter Kapitalismus in dieser Hinsicht dem »Imperium des Bösen« ist! Der Marktliberalismus schwächt die Position des arbeitenden Individuums auf dem Arbeitsmarkt soweit, wie er kann, und tut so ziemlich dasselbe mit den politischen Organen der Demokratie. Unter dem Wohlfahrtsstaat werden wesentliche »sozialistische Brechen« in das kapitalistische System geschlagen. Dieser partielle Schutz gegen die »Tyrannei der Reichen« stärkt die Position des Individuums.

Der Anstieg an individueller Freiheit, der entlang der Achse von links nach rechts angezeigt ist, entspricht dem Grad an Demokratie. Das wird durch das Schema des Sozialismus in seiner allgemeinen Form demonstriert.

Das Schema des Sozialismus (2)



Wenn der historische Fortschritt der Demokratie so gesehen wird, wirkt die augenblickliche Position der »neuen Bewegungen« – die argumentieren, dass »eine andere Welt möglich ist« und gleichzeitig die bestehenden wohlfahrtsstaatlichen Institutionen glühend verteidigen – weniger paradox. Der Neoliberalismus wird als reaktionär gesehen. Die Feinde des Wohlfahrtsstaats sind wirklich dabei, »die Uhr zurückzudrehen«. Daher kämpfen wir für die Verteidigung des schon Bestehenden. Aber über den instabilen Waffenstillstand der so genannten gemischten Wirtschaft der keynesianischen Zeiten hinaus *gibt* es etwas, für das es zu kämpfen lohnt. Darum kämpfen wir auch für das, was es noch nicht gibt.

4. Wenn wir kämpfen, um den Wohlfahrtsstaat zu verteidigen, tun wir dies im Namen des radikalen Individualismus. Die kollektiven Einrichtungen des Wohlfahrtssystems werden eingesetzt, um die Würde, die Unabhängigkeit und die Selbstentfaltung der Individuen zu erhöhen.

Nach Seattle haben wir die Konturen einer mächtigen Allianz zwischen der globalisierungskritischen Bewegung und der traditionellen Arbeiterbewegung gesehen. Die Mission dieser vereinten Kräfte ist es, die gemeinschaftliche Mobilisierung für individuelle Freiheit fortzusetzen, die im vergangenen Jahrhundert so viel erreicht hat.

Uns ist der Wohlfahrtsstaat nicht sakrosankt. Aber er sollte auch nicht abgebaut und privatisiert werden. Was jetzt vorgeht, ist wie eine Frühwarnung der neuen Gesellschaft. Für uns ist der Wohlfahrtsstaat eine lebende und sich aufbäumende Erinnerung daran, dass wir es immer wagen sollten zu träumen, er ist das hart erkämpfte Zeugnis, dass eine andere Welt tatsächlich möglich ist.

HANS-GERT GRÄBE

Die Macht des Wissens in der modernen Gesellschaft

Matthias Käther beschließt seinen Aufsatz¹ mit den Worten »Denn, um noch einmal den klugen Bacon zu zitieren: Wissen ist Macht.« Im folgenden Text versuche ich, die Spur dieser Macht des Wissens in den komplizierten, widersprüchlichen Umbruchprozessen der heutigen Zeit ein wenig zu verfolgen.

Die Widersprüche der heutigen Zeit sind mit Händen zu greifen. Sie haben ihre Wurzeln in tiefen technologischen Veränderungen, welche mit Computer und Internet auf das Engste verbunden sind. Vielleicht sollte man an dieser Stelle auch nicht verharmlosend von Widersprüchen sprechen, sondern von Rissen, welche durch die heutige Gesellschaft gehen. Schließlich sind es nicht Widersprüche in einer Beschreibung, sondern Widersprüche in der praktischen Realität selbst, welche das tägliche Sein unmittelbar tangieren.

Aber während über Hartz IV und ähnliche Risse mit unmittelbar sozialer Auswirkung medial und öffentlich ausführlich debattiert wird, bleibt es um einen der ganz großen Risse in der heutigen Gesellschaft, die Auseinandersetzung um den freizügigen Zugang zu den Wissensgütern, auffallend ruhig.

Dabei geht es hier um ein Schlachtfeld, auf dem das kapitalistische Establishment der Durchsetzung geistiger Eigentumsrechte und damit der Aufhebung dieses freizügigen Zugangs offensichtlich enorme Zukunftsbedeutung beimisst. Entsprechend still kommen die Regelungen daher, als GATS und WIPO aus einem imaginären Raum in naturrechtlichem Gewand – auf alienistische Weise, würde Christoph Spehr² wohl sagen. Regelungen, die es »nur noch gilt, in nationales Recht umzusetzen«, lautlos und unauffällig und ohne deren Sinnhaftigkeit ernsthaft auf den Prüfstand zu stellen.

Die Linke nimmt dieses Schlachtfeld nur sehr peripher zur Kenntnis. Selbst die Eigentumsdebatte dreht sich nur um Fragen der Rückgewinnung der Verfügungsgewalt über großes Privateigentum. Auf den Barrikaden, die insbesondere von Vertretern der Wissenschaft inzwischen aufgerichtet sind, um im freizügigen Zugang zu Wissensgütern die letzte Bastion von Gemeineigentum zu verteidigen, sind Linke, die hier eine klare, eindeutige und lautstarke Position beziehen, nur spärlich zu finden. Um diesen Riss wird es im folgenden Aufsatz gehen.

Das beginnende Post-Computerzeitalter

Während der Computer schon älteren Datums ist – Mitte der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts »erfunden« –, gehen die Anfänge des In-

Hans-Gert Gräbe – Jg. 1955; Prof. Dr. rer. nat. habil., Studium der Mathematik, danach Arbeiten zur Algebra, Geometrie und Computeralgebra, seit 1990 am Institut für Informatik der Universität Leipzig; zuletzt in UTOPIE kreativ: Virtuelle Macht und reale Gegenmächte, Heft 171 (Januar 2005).

1 Matthias Käther: Über Marxens Rezeptionsmethode, in: UTOPIE kreativ Heft 162 (April 2004), S. 293-300.

2 Christoph Spehr: Die Aliens sind unter uns!, Herrschaft und Befreiung im demokratischen Zeitalter, Siedler Taschenbücher 75548, Goldmann Verlag, München 1999.

ternets auf die Mitte der 80er Jahre zurück und beginnen erst jetzt, ihre volle gesellschaftsformierende Kraft zu entfalten.

Die zeitliche Dimension der von Kondratjew beschriebenen Verschränktheit von Wissenschaftsentwicklung und Produktionsorganisation lässt vermuten, dass es sich sogar um zwei verschiedene solcher Wellen handelt. Dies wird weiter genährt durch die Beobachtung, dass der Computer allein bereits eine Revolution der Produktionsorganisation ausgelöst hat, in deren Ergebnis repetitive Elemente im Produktionsprozess identifiziert und umgestaltet wurden hin zu flexiblen und automatisierten oder teilautomatisierten Produktionslinien.

Das veranlasste eine Reihe von Autoren, vom Postfordismus zu sprechen oder gar der Postmoderne. Fordismus dabei mit Moderne zu identifizieren, ist einem ahistorischen Blick geschuldet, der die Fortschritte dieser neuen Produktionsorganisation bereits für die volle Verwirklichung der von Kant und der Aufklärung beschriebenen »modernen Gesellschaft« ansieht. Dass eine Gesellschaft, in der Auschwitz geschehen konnte, weit von dieser Utopie entfernt ist, haben Adorno, Horkheimer und die Frankfurter Schule so deutlich herausgearbeitet, dass sich der Begriff »Postmoderne« von selbst verbietet. Im Folgenden werden wir diese Kondratjew-Welle deshalb als *Postfordismus* oder *Computerzeitalter* bezeichnen.

Diese neue Welle beginnt in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts die fordistische Fließbandgesellschaft zunehmend aufzulösen – in Ost wie West. In der 68er Krise wird erstmals deutlich, dass in Zukunft nicht »ein Kopf und tausend Hände« gefordert sind, sondern viele Köpfe, welche die ins fast Unermessliche gesteigerte »Macht der Agentien«³ zu je anderen Zwecken in Bewegung zu setzen vermögen. Auch dies in Ost wie West noch fast synchron.

Danach aber trennen sich die Wege. Die weiteren Veränderungen haben zu Beginn der neunziger Jahre des eben zu Ende gegangenen Jahrhunderts einen kompletten gesellschaftlichen Gegenentwurf zum Kapitalismus fast lautlos in sich zusammenfallen lassen und klopfen nun, am »Ende der Geschichte«, an die Pforten des »effektivsten aller Gesellschaftssysteme« und drängen vehement auf Lösung. Auch »die Gesetze des bürgerlichen Eigentums sind kein Amulett gegen die Konsequenzen bürgerlicher Technologie: Der Besen des Zauberlehrlings fegt weiter und weiter und das Wasser steigt und steigt.«⁴ Die Kondratjew-Wellen der Wissenschaftsentwicklung haben bisher noch jede Form der Produktionsorganisation als auf Sand gebaut entlarvt und beim Überschwemmen des je aktuellen Strandes mit sich fortgeschwemmt. Diese Dynamik gilt es, bei der Analyse des Beginns einer neuen Kondratjew-Welle, des *Post-Computerzeitalters*, zu bedenken.

Die Barrikaden sind errichtet

Es ist nicht das erste Mal in der Geschichte, dass eine kapitalistisch verfasste gesellschaftliche Ordnung mit technologischen Herausforderungen konfrontiert wird; noch immer fanden sich bisher Antworten und die Kraft, die gesellschaftliche Ordnung entsprechend den neuen Herausforderungen umzubauen, ohne dabei die grundlegenden, eine marktwirtschaftlich-kapitalistische Ordnung konstituieren-

3 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: Karl Marx, Friedrich Engels: Gesamtausgabe, Zweite Abteilung, Bd. 1, Berlin 1976, S. 581.

4 Ebene Moglen: The Communist Manifesto, <http://emoglen.law.columbia.edu/publications/dcm.html>, 2003, S. 7.

den Elemente in Frage zu stellen oder gar über Bord werfen zu müssen. Mit dieser historischen Kompetenz im Rücken macht sich das politische Establishment auch heute mit Schwung an die Arbeit und initiiert einen großflächigen Umbau der bisherigen gesellschaftlichen Ordnung, mit welchem den neuen Herausforderungen begegnet werden soll, abermals ohne die Grundlagen des kapitalistischen Gesellschaftssystems anzutasten.

Der neoliberale Mainstream folgt dabei bewährten Mustern, womit sich allerdings unter den gegenwärtigen Bedingungen Probleme eher zu verschärfen scheinen. Doch Umwälzungen greifen immer Besitzstände an – und wo gehobelt wird, da fallen Späne. Jeder muss in solchen Umbruchzeiten sein persönliches Opfer bringen – so etwa lautet die Replik auf entsprechende Klagen, worauf man Widerstände in der medialen Darstellung gern zu reduzieren sucht. Argumente werden laut, eindringlich und medial wirksam vorgetragen, obwohl – oder weil? – eine innere Logik oft nicht mehr zu erkennen ist. Oder gibt es eine Logik, auf dem Weg in die Wissensgesellschaft gerade an den öffentlichen Ausgaben für Bildung zu sparen?

Die zunehmende Schere zwischen öffentlicher strategischer Argumentation und der Realität praktischer politisch-administrativer Tagesarbeit beginnt bereits an den Grundfesten eines demokratisch verfassten Staatswesens zu rütteln, gerade auch im Bildungsbereich, wo blumig Lösungen für das Problem der sinkenden staatlichen Finanzierung durch Privatisierung und Markt versprochen werden. Die vielfältigen politischen Bemühungen, dafür »Bildungsprodukte« marktgängig zu machen, treffen auf den erbitterten Widerstand der Wissenschaftsgemeinde, die in einem solchen Ansinnen die Grundlagen des Wissenschaftsbetriebs in seiner bisherigen Form gefährdet sieht und dem dezidiert das altbewährte Prinzip des freizügigen Zugangs zu den Wissensgütern der Gesellschaft entgegenstellt. Wahrung alter Besitzstände einer ewig gestrigen Professorenschaft?

Wie dem auch sei, die Barrikaden sind aufgerichtet, und da mag es schon erstaunen, eine Meldung wie die folgende zu lesen:

»Unterstützung der Budapest Open Access Initiative durch das ›Information Program‹ des Open Society Institutes, 14. Februar 2002

Die Budapest Open Access Initiative (BOAI), die heute an die Öffentlichkeit getreten ist, möchte internationale Bemühungen um den weltweit freien Online-Zugang zu wissenschaftlichen Zeitschriftenveröffentlichungen in allen akademischen Feldern bündeln und beschleunigen. Die BOAI ist aus einem Treffen hervorgegangen, das in Budapest von dem Open Society Institute (OSI) veranstaltet wurde.

Das OSI Information Program verpflichtet sich, für die Dauer von drei Jahren jährlich 1 Million US Dollar zur Förderung von open-access-Projekten zu vergeben. Gefördert werden:

- die Entwicklung von Geschäfts- und Finanzierungsmodellen des Self-Archiving und für open-access-Fachzeitschriften;
- die Nutzung von Bibliotheksnetzwerken (wie das ›Electronic Information for Libraries consortium‹, dem derzeit 40 Länder angehören, siehe <http://www.eifl.net>) zur Mobilisierung weltweiter Unterstützung für die open-access-Bewegung;
- die Unterstützung von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerin-

nen aus einkommensschwachen Ländern und Regionen, damit sie in open access-Fachzeitschriften, die Gelder für die Veröffentlichung und Verbreitung von Beiträgen verlangen, publizieren können;

- die (Weiter-) Entwicklung von Software für open-access-Zeitschriften und für das Self-Archiving (Indexierung und Navigation);
- die Verbreitung der Philosophie des open access bei staatlichen und nichtstaatlichen Fördereinrichtungen und Stiftungen, bei Bibliotheken und Universitäten, bei Regierungsstellen und Politikern und Politikerinnen, und bei international operierenden Institutionen.«⁵

5 Quelle: <http://www.soros.org/openaccess/g/commitment.shtml>.

Was sind das für Akteure und Institutionen, die sich so dezidiert entgegen dem Mainstream für freizügigen Zugriff auf Informationsgüter einsetzen und dafür auch noch nicht unbeträchtliche Geldsummen zur Verfügung stellen? Der erste der beiden Akteure, die Budapest Open Access Initiative, wird weiter im Text wie folgt dargestellt: »Die Budapest Open Access Initiative wurde von den Teilnehmern und Teilnehmerinnen des Budapester Treffens und von Hunderten Einzelpersonen und Institutionen aus aller Welt unterzeichnet, von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, von Universitäten, Bibliotheken, Fördereinrichtungen, Zeitschriften, Verlagen und Learned Societies. Die Webseite enthält neben den Unterschriften derer, die bisher unterzeichnet haben, Vorschläge zur Unterstützung der BOAI und ein ausführliches FAQ. Wir ermutigen Einzelpersonen und Institutionen, die Initiative zu unterzeichnen und sich zu informieren, wie sie die open-access-Bewegung unterstützen können.«

Es handelt sich also um einen breiten Zusammenschluss von Wissenschaftlern, Bibliotheken und Wissenschaftsorganisationen, welche in den aktuellen Entwicklungen eine deutliche Gefahr für den freizügigen Austausch wissenschaftlicher Information und damit für den Wissenschaftsbetrieb in seiner heutigen Verfassung sehen und aus dieser Sorge heraus politisch aktiv werden. Wer aber ist das OSI, der Mäzen der Bewegung, der Geldgeber? Dazu heißt es weiter im Text: »Das OSI ist eine private Stiftung, die die Entwicklung und Implementation von Programmen in den Feldern Zivilgesellschaft, Erziehung und Bildung, Medien, Public Health, Frauen- und Menschenrechte fördert, ebenso Bemühungen um soziale, gesetzliche und wirtschaftliche Reformen. Das OSI operiert als Zentrum eines informellen Netzwerkes aus Stiftungen und Einrichtungen, die in mehr als 50 Ländern verschiedene Programme unterstützen. Es wurde 1993 von George Soros zur Vernetzung derartiger Programme, zur Förderung von Initiativen, usw. gegründet. ... Besuchen Sie <http://www.soros.org> für weitere Informationen.«

George Soros also, einer der ganz Großen aus der Welt des ganz großen Geldes. Wie hat sich dieser dezidierte Vertreter der Finanzwelt auf die »falsche Seite« der Barrikaden verirrt? Doch es kommt noch besser.

Ein wesentlicher Akteur im Kampf um den freizügigen Zugang zu den Wissensgütern der Gesellschaft ist die OpenSource-Bewegung, die mit GNU/Linux eine Alternative zu proprietären Betriebssystemen, allen voran Windows, geschaffen hat und in deren Schoß eine große Zahl erstklassiger Software-Werkzeuge entstanden sind, welche allen Interessenten zu sehr freizügigen Bedingungen zur Nach-

nutzung, Anpassung und Weiterentwicklung bereit gestellt werden und durch die Entwicklergemeinde selbst in einen ständigen Vervollkommnungsprozess eingebunden sind. Dass Bill Gates mit scheelen Augen auf diese Entwicklungen schaut, ist verständlich. Weniger verständlich mag da schon die folgende Mitteilung erscheinen: »IBM steckt eine Milliarde Dollar in Linux. Anlässlich der Bekanntgabe des Verkaufs eines großen Linux-Clusters an Shell auf der eBusiness Conference and Expo in New York hat IBM-Chef Louis Gerstner angekündigt, dass sein Unternehmen nächstes Jahr eine Milliarde Dollar in Linux investieren wolle. Dabei betonte er die wichtige Rolle von Linux innerhalb der zukünftigen E-Strategie seines Unternehmens: Schon jetzt seien 1500 IBM-Programmierer damit beschäftigt, Business-Software nach Linux zu portieren.«⁶

Darüber hinaus bezog Gerstner deutlich Position: »Es gibt Einschätzungen, dass Linux an Windows NT vorbeiziehen und eine höhere Verbreitung finden wird«. Die Bewegung hin zu offenen Standards sei unaufhaltsam. Firmen wie Sun oder Microsoft bezeichnete Gerstner als die »letzten großen proprietären Spieler, die man für lange Zeit in der IT-Branche sehen wird«.

Die beiden zitierten Meldungen halte ich im weiter oben ausgebreiteten Kontext für durchaus bemerkenswert: In einem Klima, das auf zunehmende Parzellierung und Privatisierung der Wissensressourcen drängt, investieren diese herausragenden Vertreter der großen Finanz- und Geschäftswelt nicht unerhebliche Summen in Projekte, welche gerade den *Zusammenhalt* der Wissensressourcen zum Gegenstand haben, deren Profilierung als *gemeinsame, freizügig zugängliche Infrastruktur*, eines gemeinschaftlich zu bewirtschaftenden Substrats, ohne welches die verschiedensten Blumen marktwirtschaftlich produktiver Aktivitäten gar nicht erst erblühen könnten, und die natürlich, durch ihre enge Verknüpfung mit diesem Substrat, erblühend einen eigenen dinglichen und oft auch monetären Beitrag zur Reproduktion dieses Substrats leisten können und leisten. Bemerkenswert an diesen finanziellen »Spenden« ist vor allem, dass sie sich allenfalls aus einem weitreichenden strategischen Kalkül heraus rechtfertigen lassen, keineswegs aber mit einer Return-on-Invest-Kalkulation, diese Entscheidungen also gerade *nicht* einer marktwirtschaftlichen Logik entspringen.

Das Korngrößendilemma

An dieser Stelle halte ich es für angezeigt, einen kleinen theoretischen Exkurs zur marktwirtschaftlichen Logik und deren gesellschaftlicher Bedeutung und Einbettung einzuschleusen. Ich halte mich dabei an *Marx* und beziehe mich insbesondere auf die von ihm thematisierte Verbindung dieser ökonomischen Mikroprozesse mit gesamtgesellschaftlichen Sozialisierungsprozessen, da die Aussagekraft *dieses* Teils seiner Theorie heute wohl auch unter (seriösen) Marxkritikern weitgehend unbestritten ist. *Marx* interpretiert dabei Geld und Warenaustausch als Elemente eines Prozesses der Sozialisierung individueller produktiver Arbeit, welche über den Tausch auf dem Markt zu einem durchschnittlich erforderlichen Aufwand ins Verhältnis gesetzt wird. Auf diese Weise, so *Marx*, etabliert sich (unabhängig vom Willen der Marktteilnehmer und hinter deren Rücken)

6 Quelle: heise online
12. 12. 2000, <http://www.heise.de/newsticker/meldung/13845>.

ein gesellschaftliches Maß für die Effizienz individueller produktiver Arbeit, das seiner Natur nach ein Zeitmaß ist und dessen Anwendung das Gelingen des Tauschs am Markt (das Vorhandensein einer Nachfrage) zur Voraussetzung hat. Dieses Gelingen des Tausches ist ein zweites sozialisierendes Moment, denn es wird nur in einem gesellschaftlichen Kontext »sinnvolle« Arbeit überhaupt erst bewertet. Mit diesem »Sinn« hat es eine besondere Bewandnis: Marx stellt dazu fest, dass es sich bei marktgängiger produktiver Arbeit um *zweckmäßige Arbeit* handelt, wobei der Zweck *individuell* und *vor* dem Produktionsprozess gesetzt sein muss, aber *gesellschaftlich* erst *nach* dem Produktionsprozess, eben auf dem Markt, abgefragt wird. Ein solcher Mechanismus funktioniert aber nur, wenn sich die Wirkung einer Zwecksetzung antizipieren, die produktive Arbeit also *planen* lässt. Dies, so Marx, ist eine dem Menschen eigene Fähigkeit: »Wir unterstellen die Arbeit in einer Form, worin sie dem Menschen ausschließlich angehört. Eine Spinne verrichtet Operationen, die denen des Webers ähneln, und eine Biene beschämt durch den Bau ihrer Wachszellen manchen menschlichen Baumeister. Was aber von vornherein den schlechtesten Baumeister vor der besten Biene auszeichnet, ist, daß er die Zelle in seinem Kopf gebaut hat, bevor er sie in Wachs baut. Am Ende des Arbeitsprozesses kommt ein Resultat heraus, das beim Beginn desselben schon in der Vorstellung des Arbeiters, also schon ideell vorhanden war.«⁷

7 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, Berlin 1972, S. 193.

Planen und »Raisonnieren« (Kant) als Zwecksetzen wird erst relevant im *Tun*, im gesellschaftlich-praktischen Tätigwerden, welches fortgesetztes Entscheiden erfordert, mit dem alte Möglichkeiten abgeschnitten werden, um neue Möglichkeiten zu eröffnen. Tätigsein als Verändern der realen Welt ist notwendig konkurrent und damit konflikthaft, so dass für den Menschen als gesellschaftliches Wesen *Freiräume* zur Entscheidung nur zusammen mit *Verantwortung* für die Entscheidungen zu denken sind und Mechanismen des Ausgleichs erfordern, um Konflikte in Bereichen sich überlappender Interessen zu lösen.

Marktmechanismen spielten in diesem Zusammenhang eine progressive Rolle in der Entwicklung derartiger Ausgleichsmechanismen als Formen menschlicher Vergesellschaftung. Während in vorkapitalistischen Zeiten Wirkmächtigkeit und Entscheidungsmächtigkeit privaten Tuns einander in ihren Dimensionen weitgehend entsprachen, Produktion vorrangig auf den eigenen oder gemeinsamen Verbrauch gerichtet war und letzteres durch Clangführer, Sklavenbesitzer, Feudalherren auf einer dinglichen Basis entscheiden und über personale Verfügbarkeit als Leibeigene, Fronarbeit etc. umgesetzt wurde, so rückt die Entscheidungsmächtigkeit solchen Tuns bei weiter steigender Wirkmächtigkeit nun in die unmittelbare Nähe der produktiv Tätigen. Das Ende des Feudalismus ist zugleich das Ende des landesfürstlichen Prinzips der Entscheidung über alle wichtigen lebensweltlichen Fragen entsprechender Dimension.

Wir befinden uns an einem Gabelungspunkt menschlicher Entwicklung: Während in der ganzen bisherigen Entwicklung die »Korngröße« der personalen Entscheidungsstrukturen der Korngröße der durch produktive Arbeit in Gang gesetzten Macht der Agentien *entsprach* und so, wenigstens notdürftig, der *dinglichen*

Logik der Planung produktiver Arbeit Genüge getan war, sind wir mit Beginn der kapitalistischen Marktwirtschaft mit dem Phänomen konfrontiert, dass ein weiteres *Wachstum* der Korngröße der Macht der Agentien mit einem *Rückgang* der Korngröße der personalen Entscheidungsvollmacht einher geht. Die Beachtung dinglicher Logiken durch weitere Zentralisierung der Entscheidungsvollmachten ist an ihre Grenzen geraten – auch wenn sie im realsozialistischen Entwicklungsmodell noch einmal eine Renaissance erfuhren – und wird durch deutlich dezentralisierte Strukturen abgelöst.

Dieser Schritt vom WIR zum ICH – zu inhaltlicher Selbstbestimmung, welche auf dem Markt als (noch blindem) Netzwerk und Kommunikationsmedium solcher personaler Entscheidungsvollmacht ihre verantwortungsbasierte Einbindung und damit Sozialisierung erfährt, zu einer solchen extrem zukunftssträchtigen Lösung des bisherigen Korngrößendilemmas – ist allerdings mit einem Pferdefuß behaftet: Das Sozialisierungsmedium Markt ist *aus sich heraus*, die radikale Konsequenz der immer unzulänglicheren Beachtung dinglicher Logiken in den bis dahin wirkenden Entscheidungsstrukturen ziehend, nun *gar nicht mehr* in der Lage, dingliche Logiken zu transportieren. Es wird der lokalen Intelligenz der Zweck setzenden Markteinheiten überlassen, dies *hinter dem Rücken des Marktes* zu verhandeln, wozu über die Jahrhunderte eine ausgefeilte Verhandlungsstruktur, der gesamte zivilgesellschaftliche Überbau, entstand.

Diese Medaille hat allerdings zwei Seiten, und Marx betrachtet zu Recht vor allem die andere: Die Wirkung der abstrakten Logik der Selbstverwertung des Werts als Entfremdung der Produzenten von ihren Produktionsbedingungen. Denn es ist in erster Linie nicht die Verhandlungsmacht dinglicher Logiken, welche die heutige gesellschaftliche Dynamik erzeugt, sondern die »blinde tautologische Selbstbewegungsstruktur des Geldes«,⁸ die entfremdete abstrakte Wertform, auf welche alle dingliche Logik durch *diesen* Markt reduziert wird. Lokal könnte alles gut aussehen, denn es ist die Passgenauigkeit *dinglicher* Logiken, welche der Markt im Austausch der Gebrauchswerte zusammenfügt. Wenn denn auch das große Koordinatensystem stimmen würde.

Und ein zweites zivilisatorisches Moment bringt dieser Markt mit sich: Er *zwingt* die am Markt agierenden Produzenten, sich – unter Androhung des Entzugs der eigenen Existenzgrundlage – für die Bedürfnisse anderer Produzenten zu interessieren, und legt so den Keim für ein neues WIR, das erst in einer *wirklich freien* Gesellschaft zur vollen Entfaltung kommen wird. Er zwingt damit in einer jahrtausendelangen Entwicklung auch psychologisch ganz anders konstituierte, obrigkeits- und kommandogewohnte Individuen auf den Weg der Selbstfindung, der später – reflektiert – in die bewusste politische Gestaltung von Gesellschaft münden kann, in die »Produktion der Verkehrsformen selbst«, die »alle naturwüchsigen Voraussetzungen zum ersten Mal mit Bewußtsein als Geschöpfe der bisherigen Menschen behandelt, ihrer Naturwüchsigkeit entkleidet und der Macht der vereinigten Individuen unterwirft« – mit einem Wort: zu Kommunismus im Verständnis des jungen Marx.⁹

Kapitalismus ist in diesem Sinne das pubertäre Stadium einer solchen *freien* Gesellschaft, denn er zwingt, wenigstens bis zum For-

8 Robert Kurz: Der Kollaps der Modernisierung, Reclam Verlag Leipzig 1994, S. 290.

9 Karl Marx und Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, Berlin 1958, S. 70.

dismus, nur die Unternehmer zu dieser Reflexionsleistung. Vom »dressierten Gorilla am Fließband« wird sie (noch) nicht abgefordert. Jener Mensch ist – auch psychisch – noch gefangen im Alten: der hohen Bedeutung von Autorität, monokausalem Zweckrationalismus als Reflex monozentraler Herrschaftsstrukturen, der Wahrnehmung komplexer sozialer Phänomene als äußerlicher und damit dem Hang zu deren naturrechtlicher Reflexion.

Kapitalismus bricht mit dieser Tradition, im freien Unternehmertum einerseits radikal, global andererseits halbherzig, denn es wird das alte (und wenigstens auf psychischer Ebene wohlfeile) Kommandoverhältnis auf der letzten der möglichen Stufen reproduziert, dem Verhältnis zwischen dem »freien« Unternehmer und den von ihm ausgebeuteten Arbeitskräften. Das mag auch Gründe im Stand der Produktivkräfte haben, zeigt aber, dass gegenüber vorkapitalistischen Verhältnissen nur noch ein kleiner Schritt zu einer wirklich freien Gesellschaft erforderlich ist: Diese letzte Bastion autoritativer Kommandostrukturen ist zu schleifen.

Mit dem Ende des Fordismus ist auch dieses klassische Lohnarbeitsverhältnis als Regelform abhängiger Beschäftigung am Ende. »Macht, was ihr wollt, aber seid profitabel!« lautet die neue Losung, »Arbeitskraftunternehmer« das neue Zauberwort. Der Zwang, dingliche Logiken bereits vor Ort und jenseits direkter Kommandogewalt aufzuspüren und zu befolgen, wird größer. Damit wird auch die Trennung von work flow und cash flow schärfer und die Profiterwirtschaftung wenigstens notdürftig begründende Abspaltung des »unternehmerischen Risikos« als »unternehmerische Verantwortung« – als Tauschwert – von dessen lebensweltlicher Realisierung als Gebrauchswert sachlich fragwürdiger.

Aus dieser Perspektive wird deutlich, warum Unternehmer (wenigstens aus dem KMU-Bereich) wichtige Subjekte einer progressiven Menschheitsentwicklung sind. Zusammen mit der stärkeren Verlagerung unternehmerischer Verantwortung in die Unternehmen hinein, die im Zentrum moderner Managementansätze steht, wird damit die »kommunistische Vergesellschaftung der Sachen« weiter vorangetrieben, wenn auch noch unter »der blinden tautologischen Selbstbewegung des Geldes«¹⁰. Diese Blindheit wird mit solchen Entwicklungen zunehmend abgelegt.

In diesem Sinne endet die »Vorgeschichte der Menschheit« (Engels) auch nicht mit der Überwindung des Kapitalismus, sondern mit dessen Aufstreben. Der Gabelungspunkt im Korngrößendilemma liegt am Beginn des Kapitalismus. Das zu berücksichtigen ist wichtig, um die verschiedenen Diskurse über essentiell globale Phänomene wie die Nachhaltigkeitsdebatte, Tofflers »Dritte Welle«, Poppers »offene Gesellschaft«, den Noosphären-Ansatz von Werzinski und Teilhard de Jardin oder noch weiter greifende Analysen wie die von Klix und Lanius¹¹ als Teil dieses Ringens um die Vollendung des Projekts der Moderne zu begreifen.

Sozialisierung von produktiver Arbeit und von Wissen im Vergleich
Die Beachtung dinglicher Logiken setzt das Wissen um dieselben voraus, so dass es an der Zeit ist, im hier vorgetragenen Argumentationsfaden auch Aspekte des Wissens und der Reproduktion der ge-

10 Robert Kurz, a. a. O.

11 Friedhart Klix, Karl Lanius: Wege und Irrwege der Menschenartigen, Wie wir wurden, wer wir sind, Stuttgart 1999.

sellschaftlichen Wissensbasis einzuflechten. Wissensproduktion erfolgt auch unter kapitalistischen Bedingungen bisher zum überwiegenden Teil »hinter dem Rücken des Marktes«, in einer speziell alimentierten und einem eigenen ausgefeilten Regelwerk folgenden Sphäre der Gesellschaft – der Wissenschaftssphäre. Die Ökonomisierung wissenschaftlicher Ergebnisse ist ein ganz eigenes Problem, denn wie schon Karl Marx feststellte: »Wie mit den Naturkräften verhält es sich mit der Wissenschaft. Einmal entdeckt, kostet das Gesetz über die Abweichung der Magnetnadel im Wirkungskreise eines elektrischen Stroms oder über Erzeugung von Magnetismus im Eisen, um das ein elektrischer Strom kreist, keinen Deut.« Und dazu ergänzend in der Fußnote: »Die Wissenschaft kostet dem Kapitalisten überhaupt ›nichts‹, was ihn durchaus nicht hindert, sie zu exploitierten. Die ›fremde‹ Wissenschaft wird dem Kapital einverleibt wie fremde Arbeit. ›Kapitalistische‹ Aneignung und ›persönliche‹ Aneignung, sei es von Wissenschaft, sei es von materiellem Reichtum, sind aber ganz und gar disparate Dinge.«¹²

An den wenigen Stellen, an denen sich ökonomische und Wissenschaftssphäre überlappten, waren spezielle Sicherungsvorkehrungen wie etwa das rechtliche Instrument der Patente einzubauen, um die notwendigen Interessenabwägungen zu operationalisieren, welche weder die Wissenschaft noch die Ökonomie je allein aus ihrem inneren Regelwerk heraus in der Lage waren zu behandeln.

Entgegen all dieser historischen Erfahrung, die eher zur Vorsicht mahnt, wird im Rahmen neoliberaler Politikansätze vehement versucht, marktwirtschaftliche Regulationsmechanismen in die Wissenschaftssphäre hineinzutragen. Der wesentliche Unterschied zwischen beiden Bereichen, dem »öffentlichen Gebrauch der Vernunft« zum Raisonieren und dem »privaten Gebrauch der Vernunft« im öffentlichen Handeln (Kant), besteht im Zugriffsmodus auf die Ressourcen. Während öffentliches *Handeln* den exklusiven, verantwortungsbeladenen »Schreib«-Zugriff auf Ressourcen erfordert, steht die Wissensbasis der Gesellschaft in einem konkurrenten »Lese«-Zugriff zur Verfügung und Eintrag neuen Wissens geschieht in einem AddOn-Modus.

Welche Auswirkungen hat nun die Übertragung fremder Regulationsmechanismen in eine ihnen scheinbar unangemessene Umgebung? Dazu ist es lehrreich, auf dem Hintergrund des eben beschriebenen substanziellen Unterschieds im Zugangsmodus die Reproduktionsanforderungen von produktiver Arbeit, für welche ja die Marktmechanismen »gemacht wurden«, und von Wissen gegenüberzustellen. Ich hatte bereits an anderer Stelle¹³ eine Gemeinsamkeit ausgeführt: Dass beide ihren aktiven Träger im individuellen Bereich haben, die volle Wirkung sich aber erst im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang entfaltet, so dass es Sozialisierungsprozesse sowohl von produktiver Arbeit als auch von Wissen gibt. Marktwirtschaftlich geprägte Vergesellschaftungsformen produktiver Arbeit und Formen der Vergesellschaftung von Wissen folgen unterschiedlichen inneren Logiken. Ihre normative und zugleich gesellschaftskonstituierende Wirkung geht von völlig unterschiedlichen Prämissen aus.

1. Der klassische Produktmarkt ist zwar gesellschaftlich vermittelt, reduziert sich aber letztlich auf ein – zudem sehr individuelles –

12 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, a. a. O., S. 407.

13 Hans-Gert Gräbe: Von der Waren- zur Wissensgesellschaft, <http://erste.oekonux-konferenz.de/dokumentation/texte/graebe.html>, 2001, Beitrag auf der 1. Oekonux-Konferenz »Die freie Gesellschaft erfinden«, 28. - 30. 4. 2001 Dortmund.

I-1-Verhältnis zwischen Käufer und Verkäufer, das zusätzlich von einem Wechsel dinglicher Eigentumsrechte im Rahmen des Verkaufsvorgangs begleitet wird.

Dagegen kann man am eigenen Wissen und an Informationen viele andere partizipieren lassen, ohne dass dieses sich auch nur im mindesten verbrauchen würde. Wissen ist damit in der Lage, sich zu verbreiten und (in einem gesellschaftsrelevanten Sinne) zu »vermehrten«.

2. In einem klassischen Verkaufsvorgang, wie Marx nicht müde wird zu betonen und wie oben noch einmal herausgearbeitet wurde, haben Verkäufer und Käufer klare Vorstellungen von der *Nützlichkeit* des auszutauschenden Produkts. Mehr noch, für das Funktionieren marktwirtschaftlicher Mechanismen ist es wesentlich, dass diese Vorstellung nicht erst zum Zeitpunkt des Austausches, sondern bereits *vor* der Produktion der Ware selbst im Kopf des Produzenten existiert. Produktive Arbeit ist in diesem Sinne zweckgerichtete Arbeit und als solche planbar.

Derartige A-priori-Vorstellungen gibt es für die meisten »geistigen« Produkte nicht. Im Gegenteil, es ist eher die Regel als die Ausnahme, dass der Nutzen wissenschaftlicher Arbeit erst im Nachhinein zu beurteilen ist und sich ein solcher Nutzen oft in kausal und auch zeitlich überraschender Form auf eine im Voraus nicht transparente Weise manifestiert und damit in dieser Form weder vorherseh-, geschweige denn planbar ist. Mehr noch, eine Beschränkung der Betrachtung auf in diesem Planbarkeitssinne »nützliches« Wissen blendet die für gesellschaftlichen Fortschritt entscheidenden, ja vielleicht alle »interessanten« Wissensformen aus.

3. Eng damit verbunden ist der Umstand, dass die *Vergesellschaftung und Reindividualisierung*, die beiden Phasen der Sozialisation, die bei einem auf dem klassischen Markt ausgetauschten materiellen Produkt unmittelbar und inhärent miteinander verzahnt sind und der Übergabe eines Staffeltabs gleichen, bei den meisten geistigen Produkten nicht nur zeitlich, sondern auch kausal weit auseinanderfallen können.

Während der Markt also mit den Kategorien Eigentum und Ware eine *gesellschaftlich vermittelte Individualität* erzeugt, ist Wissen in diesem Sinne eine *individuell vermittelte Gesellschaftlichkeit*. Als solche ist es, im Gegensatz zu Waren, auch in Teilen nicht vernünftig privatisierbar, ohne seine Reproduktionsfähigkeit existenziell in Frage zu stellen.

Wissen ist in diesem Sinne zugleich Teil einer *Infrastruktur*, in welche produktive Aktivitäten eingebettet sind. Ohne Existenz dieses Substrats würden die einzelnen produktiven Aktivitäten schlicht vertrocknen oder noch eine Weile vor sich hin laufen und dann zum Erliegen kommen. Es ist deshalb nur zu verständlich, dass infrastrukturelle Fragen heute eine deutliche Aufwertung als Fokus von Managementaktivitäten erfahren haben. Schlagworte aus dem betriebswirtschaftlichen Kontext wie Geschäftsprozessmodellierung, Qualitätsmanagement, CRM, B2B, SCM usw. belegen dies.

Zwei Vorteilsmodelle

Da wir festgestellt hatten, dass marktwirtschaftliche Regulationsmechanismen für diesen Bereich – vorsichtig gesagt – wenig geeignet

sind, also eine alleinige Orientierung an einem wie auch immer berechneten Return on Invest zu sehr zweifelhaften Ergebnissen führt, wollen wir uns in der weiteren Argumentation vom Geldmaß im engeren Sinne lösen und die allgemeinere Frage stellen, *wie man in einer solchen Umgebung in eine vielleicht primär nicht geldwerte, aber wenigstens vorteilhafte Position kommt.*

Hier sind zwei grundlegend verschiedene Herangehensweisen zu beobachten. Die eine gruppiert sich um den *Ansatz des Informationsvorteils*: Ich bin im Vorteil, wenn ich über möglichst viele Informationen anderer verfügen kann, selbst aber so wenig wie möglich Informationen preisgebe. In diesem Kontext hat Handel mit Informationen einen Sinn und Konzepte wie geistiges Eigentum, Copyright, DRM und so weiter ergeben sich auf natürliche Weise. Allerdings zeigt diese unvoreingenommene Formulierung des Prinzips schon dessen hochgradige Asymmetrie, so dass Unternehmen, welche einer solchen Vorteilsstrategie folgen, kaum Partner auf Augenhöhe finden werden, und mit jedem solchen Partner auf Augenhöhe sofort ein Ringen um Dominanz einsetzen wird.¹⁴ Unternehmen mit einem solchen Vorteilsbegriff sind gezwungen, »sich zu vernetzen, ohne sich zu vernetzen«, wie Wolf Göhring¹⁵ deren Dilemma treffend auf den Punkt gebracht hat. Subdominante Unternehmen befinden sich in einem ständigen Abwehrkampf, bis sie begriffen haben, dass es in einem infrastrukturell abgrenzbaren Marktsegment nur einen Marktführer geben kann, der dann aber auch einen entscheidenden Teil der Verantwortung für die Reproduktion der gemeinsamen Infrastruktur »am Hals« hat. Ein Prinzip, das zu Marktführerschaft, in der Softwarebranche zu monolithischen Systemen und zu einer Kathedralenstruktur im Sinne von Eric Raymonds berühmtem Aufsatz¹⁶ führt. Es ist die Wiedergeburt »realsozialistischer« Strukturen im Kleinen und eine für kapitalistische Verhältnisse auf den ersten Blick sehr attraktive Lösung. Sehr attraktiv allerdings nur in einem statischen Kontext: Einmal eine Erfindung machen und dann Geld scheffeln bis zum Abwinken. Den Traum haben schon viele geträumt, nicht zuletzt in der Boom-Welle der New Economy, aber noch kaum jemand realisiert; er liegt auch dem Verständnis von Software als Produkt zu Grunde. Dieser Traum ist allerdings wohl auch eine der zentralen Ursachen für den ungeheuren Druck, mit dem heute versucht wird, das Konzept mobilen geistigen Eigentums umfassend gesellschaftsfähig zu machen.

Dieses Vorteilsprinzip hat einen weiteren entscheidenden Haken: Es hilft nicht bei der Lösung des »Korngrößendilemmas«, denn es skaliert genauso schlecht wie das vorkapitalistische und das realsozialistische Gesellschaftsmodell, da die Größe des »dicksten Kornes« immer in der Nähe der Größe des Gesamtsystems bleibt.¹⁷

Das andere Vorteilsprinzip ist das des *Kompetenzvorteils*. In einer Infrastruktur von allgemein freizügig zur Verfügung stehenden Wissensbausteinen ist das Unternehmen im Vorteil, welches diese Bausteine besonders gut für spezielle Anforderungen zu praktisch relevanten Lösungen zu kombinieren vermag. Diesen Vorteil erreicht ein Unternehmen, wenn es besonders eng mit dieser Infrastruktur verbunden ist und eine Vielzahl von Wurzeln ausgeprägt hat, mit denen es dort verankert ist. Eine fette Frucht auf einem dünnen Stängel-

14 Eine detaillierte Beschreibung solcher Mechanismen auf dem Hintergrund wissensintensiver Produktion findet man für verschiedene Marktsegmente der Computerindustrie in: Werner Winzerling: Linux und freie Software – eine Entmystifizierung, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 126, 2002, S. 37-55. Es ist hier nicht der Platz, Winzerlings Argumentation ausführlich zu würdigen, insbesondere seine unpräzise Einordnung von Linux selbst. Schließlich stehen auf jenen Märkten nicht Windows und Linux gegenüber, sondern (auf beiden Seiten!) konkrete kommerzielle Versionen wie etwa Windows/XP und SuSe Linux 9.0. Die Migration von einer Windows-version auf eine andere ist – entgegen der in Winzerlings Aufsatz implizit vorhandenen Position – nur unerheblich weniger aufwändig als die von einem Windows- zu einem Linux-System.

15 Wolf Göhring: Mitten in einer Revolution? Die gesellschaftliche Bedeutung der IT als besonderer Produktivkraft, <http://www.ais.fraunhofer.de/~goehring/revolution.pdf>, 2004.

16 Eric S. Raymond: The Cathedral and the Bazaar, Musings on Linux and Open Source by an Accidental Revolutionary, O'Reilly 1999, Paperback Edition February 2001.

17 Genau diese Effekte werden durch die Wissensintensität sogar noch verstärkt, wie Winzerling (s. o.) detailreich beschreibt. Das, was dort als »Netzeffekte« beschrieben wird, ist aber Ausdruck des infrastruk-

turellen Charakters von Wissen, das ökonomisch in »FuE-Aufwendungen« erscheint. Die Klassifizierung in »direkte« und »indirekte« solche Effekte (ebenda) bezeichnet nur zwei Modi, in welchen die subtilen Sozialisierungsprozesse von Wissen hart auf den ökonomischen Bereich durchschlagen und diesen letztlich präformieren.

18 Insofern liegt Winzering falsch, wenn er die .NET-Entwicklungen im Open-Source-Lager einseitig als Reaktion auf Microsoft beschreibt. Schließlich ist .NET selbst Reaktion auf die Java-Entwicklungen besonders im Bereich der Unternehmenssoftware (des Enterprise Computing), die – ein weiterer Zweig der hier beschriebenen Entwicklungen – bereits weitgehend dem Open-Source-Modell folgen. Es geht um die Weiterentwicklung der technologischen Basis eines ganzen Marktsegments; und Microsoft kann auch nicht mehr daran vorbeigehen, dass das hier inzwischen nach anderen Regeln – eben denen des Kompetenzvorteilsmodells – abläuft.

19 Matthias Käther, a. a. O., S. 300.

20 Klaus Holzkamp: Individuum und Organisation, <http://www.kritische-psychologie.de/texte/kh1980a.html>, in: Probleme kritisch-psychologisch fundierter therapeutischer Arbeit, Forum Kritische Psychologie 7, Argument Sonderband 59, Hamburg 1980, S. 208-225.

chen wird sich da kaum nachhaltig ernten lassen. Mit Blick auf das Korngrößendilemma skaliert ein solches Vorteilssystem perfekt und erlaubt es auch, spezialisierte Teilkompetenzen in einem übergreifenden Netzwerk auszubilden, welche mit ähnlich großen, anders spezialisierten Teilkompetenzen auf Augenhöhe kooperieren können, ohne sich in dauernde Ringkämpfe begeben zu müssen.

Einzigste Bedingung für ein solches Vorteilsmodell ist die Existenz, Pflege und Reproduktion eines freizügig nutzbaren Pools von Wissensbausteinen¹⁸. Die Bedingungen hierfür sind gut. Mit dem Internet steht bereits in dessen heutiger Form eine leistungsfähige Infrastruktur zur Verfügung, auf deren Grundlage eine Revolutionierung der kulturell geprägten Kommunikationsformen in Schwung kommt, deren Gesellschaft formierende Kraft heute nur in Ansätzen abzusehen ist. Aber mehr noch: »Unsere Zeit bietet wie keine andere eine gewaltige Sammlung von Wissen in Textform dar. Die gesamte Geistesgeschichte der Menschheit wird auf CD-Roms, auf Internetseiten, in Antiquariaten und im Buchhandel dargeboten, alles ist gut vernetzt und so leicht zugänglich, daß es eine Schande wäre, dieses Material nicht wach und offenen Sinnes zu gebrauchen.«¹⁹ Diese Revolutionierung der Kommunikationsformen scheint zugleich das zentrale Element des Post-Computerzeitalters zu sein.

An der Reproduktion dieses freizügig nutzbaren Pools von Wissensbausteinen müssen sich alle Nutzer mit vergleichbarem Aufwand beteiligen oder – genauer – über diese Frage muss fair und ergebnisorientiert verhandelt werden können. Die Bedingungen dafür sind gut, denn einerseits enthält eine gemeinsame Wissensinfrastruktur eine Kommunikationsinfrastruktur als konstituierenden Bestandteil, und andererseits ziehen alle beteiligten Seiten aus dieser Form von Kooperation Vorteil und werden deshalb deren Scheitern nur unter außergewöhnlichen Bedingungen riskieren. Die Parallelen zu Holzkamps berühmter Argumentation zum Verhältnis von Partialinteressen und Allgemeininteresse sind augenfällig.²⁰

Das System »Vorteil durch Kompetenzvorsprung« skaliert im Gegensatz zum Ansatz »Informationsvorteil« sehr gut. Sein einziger Nachteil: Es ist ein dynamisches Vorteilskonzept. Ein Vorsprung heute ist keine Gewähr für den Vorsprung morgen. Dieser Nachteil ist allerdings zugleich ein Vorteil. Dinosaurier bringen diese Flexibilität nicht auf. Es gibt eine (für jedes System spezifische) optimale Größe, jenseits welcher weiteres Wachstum in wachsende Inflexibilität umschlägt. »Vernünftiges« Wachstum endet nach einer Initiierungsphase bei einer systemimmanenten optimalen Korngröße, so dass sich die »gleiche Augenhöhe« mit einem gewissen Reifegrad des Systems praktisch von selbst eingestellt hat.

Auf die Softwarebranche heruntergebrochen landen wir bei modernen komponententechnologischen Ansätzen, dem Verständnis von Software als Prozess und Eric Raymonds »Basar«. Grundlegendes konstituierendes Element ist eine von den Beteiligten ständig zu reproduzierende Infrastruktur aus hochwertigen Softwarebausteinen von allgemeinem Interesse, wie sie heute etwa auf <http://SourceForge.org> oder <http://savannah.gnu.org> verfügbar sind, und wo es auch keinen Grund gibt, Quellen geheim zu halten. Die Parallelen zu weiterführenden Ansätzen wie <http://www.DesignForge.org> oder

<http://www.Open-Craft.org>, welche auf der 3. Oekonux-Konferenz²¹ vorgestellt wurden, sind offensichtlich und einer gesonderten Betrachtung wert, die einer anderen Publikation vorbehalten bleiben soll.

Zur Dynamik kooperativer Netzwerke

Statt dessen möchte ich einige weitere Überlegungen zur Dynamik eines solchen kooperativen Netzwerks kompetenter Akteure entwickeln. Ich hatte bereits begründet, dass dieses aus dem Ansatz des Kompetenzvorteils abgeleitete Modell über verschiedene Korngrößen perfekt skaliert und damit als Struktur auch auf größere gesellschaftliche Zusammenhänge übertragen werden kann. Wie verhält es sich zum Marktkonzept? In den obigen Ausführungen ist deutlich geworden, dass sich dieser Abgleich von Kompetenzen und damit dinglicher Logiken *schon immer* hinter dem Rücken des Marktes abgespielt hat. In diesem Sinne ist es kein neues Phänomen. In der entstehenden Kompetenzinfrastruktur, dieser Kommunikationsinfrastruktur dinglicher Logiken, kann dieser Abgleich allerdings viel zuverlässiger erfolgen als je zuvor und »der Markt wird transparent«. Wird er damit obsolet? Nach meinem Verständnis nein, denn er verliert die Funktion des großen Koordinatensystems (und hat diese Funktion in den letzten Jahrzehnten schon zunehmend verloren, wie die zuerst vom IBM-Betriebsratsvorsitzenden Wilfried Glißmann thematisierte, inzwischen weit verbreitete Devise »Macht, was ihr wollt, aber seid profitabel!« belegt,²² nicht aber die Funktion des Aufwandsabgleichs innerhalb gelingender »Marktkontakte«. Diese Funktion – das zeigen viele Beispiele umfassender Systeme gelingender Kooperation – wird in der einen oder anderen Form bleiben. Allerdings wird diese Aufwandsanalyse ihres entfremdeten Charakters und wohl auch der Geldform entkleidet sein, denn innerhalb des allgemeinen Kommunikationsprozesses kann man sich auch über die Formalien der Aufwandsanalyse viel präziser einigen als dies durch einen Rückzug auf die Geldform als allein selig machendes Prinzip möglich ist. Diese Aufwandsanalyse bildet das zu sammelnde Material, um *bei Bedarf* auch einmal über Gerechtigkeit zu reden und könnte *Teil eines allgemeinen Qualitätssicherungsprozesses* sein, in dem sowieso eine Vielzahl von Metriken eine Rolle spielen und über welchen sich die dinglichen Logiken individueller menschlicher Aktivitäten viel genauer sozialisieren ließen als dies mit heute üblichen Instrumentarien möglich ist.

Es ist generell interessant, die Dynamik solcher kooperativer Strukturen mit den normativen Argumenten, die ich mit dem Übergang von einer Waren- zu einer Wissensgesellschaft verbunden habe,²³ zu vergleichen. Neben der bereits beschriebenen Tendenz zur optimalen Korngröße kann man nach der Dynamik von Konkurrenz im marktwirtschaftlichen Sinne in einer solchen Umgebung fragen. Konkurrenz setzt voraus, dass zwei »Körner« auf sich überlappenden Geschäftsfeldern tätig sind, so dass auf natürliche Weise eine – gesellschaftlich sinnvolle, wenn das Euler-Lagrangesche Minimalitätsprinzip auch hier gilt – Verdrängung des weniger effizienten Akteurs eintritt. Durch die sehr hohe Dimensionalität des Raumes dinglicher Logiken ist der Effekt dieser Verdrängung aber ein ande-

21 Reichtum durch Copyleft – Kreativität im digitalen Zeitalter, 3. Oekonux-Konferenz, Wien 20.-23. Mai 2004, siehe <http://www.oekonux-konferenz.de>.

22 Martina Böhm: »Tut, was ihr wollt, aber seid profitabel!«, Arbeiten ohne Ende – neue Managementformen verändern die Arbeitswelt, http://home.nikocity.de/schmengler/presse/arbeit_ohne_ende.htm, HBV-Forum 11/1999, 1999.

23 Hans-Gert Gräbe, a. a. O.

rer als der heute zu beobachtende Effekt räumlicher Verdrängung: Der Verdrängte hat viel mehr Ausweichdimensionen zur Auswahl als in einem System, welches nur auf die blinde Geldmacht gründet, und kann – und muss – sich eine neue, seinen Neigungen und Fähigkeiten entsprechende »sinnvolle« Tätigkeit suchen und dabei sein Kompetenzprofil entsprechend weiterentwickeln und schärfen. Nach kurzer Zeit wird es keine überlappenden Geschäftsfelder mehr geben – und sie werden dann auch nicht mehr Geschäfts- sondern Kompetenzfelder heißen. Die einer solchen Struktur inhärenten Austarierungsmechanismen führen also nicht nur dazu, dass etwa gleich und optimal große »Körner« entstehen, sondern dass diese auch in der Gesamtheit ihrer Kompetenzen optimal aufgestellt sind. Dynamik gewinnt diese kompetenzbasierte Struktur vor allem durch den Eintritt junger Menschen und den Rückzug alter, also aus der Lebensdynamik der intellektuellen Leistungsfähigkeit der einzelnen Individuen selbst.

Dabei wird sicher noch viel mehr vom Kopf auf die Füße gestellt, denn es werden jahrtausendealte Denktraditionen zu brechen sein, so dass dieses Verdrängen auch nicht mehr wie heute geschieht, sondern jede und jeder sich selbst sehr schnell und freiwillig aus Bereichen zurückzieht, die nur Frust bereiten, weil andere dauernd besser sind. Heute wird man sich mit aller Macht dagegen wehren, weil jenseits des Frusts im ungeliebten Beruf mit ALG II nur noch größerer Frust droht.

Die Macht des Wissens

Kommen wir auf den Titel dieses Aufsatzes zurück, der auf Matthias Käthers Bemerkung am Ende seines Aufsatzes zurückgeht: »Denn, um noch einmal den klugen Bacon zu zitieren: Wissen ist Macht.« Ich möchte in diesem Sinne zum Abschluss einen Blick auf die heutige gesellschaftliche Dynamik werfen, um die Chancen beider Ansätze der »Vorteilsnahme« zu prospektieren und eine Standortbestimmung im Hier und Heute vorzunehmen.

Der »kluge Satz von Bacon« erlaubt eine gewisse Spannbreite von Interpretationen, welche ich zunächst verdeutlichen möchte, um die Gesamtdimension in den Blick zu bekommen. Beim Wort »Macht« etwa gibt es eine subtile semantische Differenz zwischen dem Englischen und dem Deutschen: Die nahe liegende Übersetzung ist »power«, doch der Gruß der Sternenkrieger,²⁴ in deutscher Übersetzung »Die Macht sei mit dir«, lautet im Original »may the force be with you«, und »force« wurde hier nicht als »Kraft«, sondern als »Macht« übersetzt. Der Unterschied ist ähnlich wie zwischen potenzieller und kinetischer Energie. Diese Force-Macht ist gemeint, wenn im Rahmen der marxistischen Theorie behauptet wird, dass die Produktivkräfte die Produktionsverhältnisse bestimmen,²⁵ und auch Matthias Käthers Verweis ist wohl nicht anders zu interpretieren. Christoph Spehr spannt in seinem »Alien-Buch«²⁶ einen ganzen Begriffsfächer auf, der über Kraft, Macht (in beiden Bedeutungen) bis zu Herrschaft und Zivilisation reicht, und den ich den folgenden Ausführungen als Bezugssystem zu Grunde legen möchte. In der heutigen komplizierten Gemengelage von Kräften und Interessen macht Spehr zwei große (in seinem Sinne) zivilisatorische Pole aus, die er

24 Star Wars, USA 1976.
Regie: George Lucas.

25 Siehe Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, a. a. O., S. 192 ff.

26 Christoph Spehr,
a. a. O.

mit »Alienismus« und »Maquis« bezeichnet. Diesen beiden Polen kann man ziemlich genau die oben beschriebenen zwei Arten von Vorteilsnahme zuordnen, so dass sich aus der hier eingenommenen Perspektive die Spehrsche Zustandsbeschreibung wie folgt paraphrasieren lässt: Kompetenz ist eine Gesellschaft strukturierende Macht und steht heute im Wettstreit und zunehmend im Widerspruch zur Gesellschaft strukturierenden Macht des Geldes. Geldmacht ist Alienismus, denn sie ist Definitionsmacht. Sie passt perfekt zum Ansatz »Informationsvorteil«, denn dieser funktioniert nur, wenn man »die Regeln bestimmen« kann. Kompetenzmacht ist Maquis, denn sie ist Gestaltungsmacht, und zentral konstituierendes Element des Kompetenzvorteilsmodells ist das »Leben in fairen Regeln«.

Die heutige Zeit ist aufgeladen mit den widerstreitenden Perspektiven dieser beiden Sozialisierungsformen. Die ursprünglich progressive Regulationsmacht des Marktes (der abstrakten Wertform des Geldes) versagt immer mehr und gerät zunehmend in Widerspruch zu den funktionalen Erfordernissen der Wissensgesellschaft (der Reproduktion der Vielzahl der sich in individuellen Kompetenzen brechenden dinglichen Logiken). Die alienistische Zivilisation droht, mit ihren Rückzugsgefechten die gesamte Menschheit mit in den Abgrund zu reißen. Spehr beschreibt die maquisianische Zivilisation als eine Zivilisation im Verteidigungszustand, als Zivilisation, die *noch nichts* ist für Zivilisten. Ein Noch-Nicht im Blochschen Sinne. Das scheint sich derzeit zu ändern. In diesem Sinne:

May the force be with you.

BRIGITTE STOLZ-WILLIG

Geschlechterdemokratie und Arbeitsmarktreform. Eine neues Leitbild

Zum 1. Januar 2005 haben ca. 500 000 Menschen ihren bisherigen Anspruch auf Sozialleistungen verloren. Betroffen von den Leistungskürzungen in Folge der erweiterten Anrechnung des Partnereinkommens sind vor allem weibliche Arbeitslosenhilfe-Berechtigte. Sie werden in eine verstärkte Abhängigkeit von einem männlichen Familienernährer getrieben. Auf der anderen Seite können in Zukunft auch für bisher nichterwerbstätige Familienmitglieder Eingliederungsvereinbarungen abgeschlossen werden, denn nicht der einzelne Arbeitslose, sondern die sogenannte Bedarfsgemeinschaft ist Adressat der neuen Zumutbarkeit von Arbeit. Der auf die gesamte erwerbsfähige Hausgemeinschaft ausgeübte Erwerbszwang kann auch als ein Beitrag zu einer Veränderung traditioneller geschlechtsspezifischer Erwerbsmuster gedeutet werden. Zwar ließe sich nach dieser Logik auch Kinderarbeit als Beitrag zur Generationengerechtigkeit interpretieren, was hier aber interessiert, sind die unterschiedlichen Sichtweisen auf die geschlechtsspezifischen Folgen der Hartz-Reform. Die Verwirrung, die entsteht, wenn die Frage zu beantworten ist, ob die aktuellen Arbeitsmarktreformen als Verstärkung des männlichen Alleinverdiener-Modells abzulehnen sind oder ob sich hier nicht doch neue Optionen für eine Auflösung desselben auftun, ist Folge eines Tunnelblicks, der Genderanalysen eigen ist, soweit sie das Instrument des Gender Mainstreaming immanent und verfahrenstechnisch anwenden und kaum nach der den Reformen zugrunde liegenden Begründungslogik fragen.

Hier wird die Auffassung vertreten, dass bereits die der Arbeitsmarktreform zugrunde liegende Problemdiagnose und die daraus folgenden institutionellen Lösungsansätze unter genderspezifischen Gesichtspunkten einer Kritik und Neuformulierung bedürfen.

Die Arbeitsmarktreform folgt der Grundannahme, dass im Arbeitsmarkt selbst liegende strukturelle Probleme die Ursache für eine mangelnde Beschäftigungsdynamik seien. Überregulierungen im Beschäftigungssystem, ein Lohnniveau, das sich an den Produktivitätsmargen der in ihrer Bedeutung schwindenden industriellen Arbeit orientiert und ein soziales Sicherungsniveau, das die von Arbeitslosigkeit Betroffenen zur Untätigkeit verleitet, werden für eine mangelnde Dynamik der Dienstleistungsmärkte verantwortlich gemacht. Dem deutschen Arbeitsmarkt- und Sozialmodell gelinge die Transformation des Industriesystems in eine moderne Dienstleistungsökonomie nur schwer. Nach Auffassung der arbeitsmarktpolitischen Berater im Bündnis für Arbeit, Streek und Heinze, liegt das eigentliche Beschäftigungsdefizit

Brigitte Stolz-Willig –
Jg. 1950, Prof. Dr. phil.; nach
Tätigkeit als wiss. Referentin
im Wirtschafts- und Sozial-
wiss. Institut des DGB
(heute der Hans-Böckler-
Stiftung) Professorin an der
Fachhochschule Frankfurt/
Main, Fachbereich Soziale
Arbeit und Gesundheit; Ar-
beitsgebiete: Arbeitsmarkt-
und Sozialpolitik, Arbeit und
Arbeitsbedingungen, Ge-
schlechterverhältnisse; zahl-
reiche Veröffentlichungen,
u. a. als Herausgeberin: Ar-
beit und Demokratie, Solida-
ritätspotentiale im flexiblen
Kapitalismus, Hamburg
2001; als Herausgeberin zu-
sammen mit Mechthild Veil:
Es rettet uns kein höh'eres
Wesen. Feministische
Perspektiven der Arbeits-
gesellschaft, Hamburg 1999.
Vertrauensdozentin der
Hans-Böckler-Stiftung und
der Rosa-Luxemburg-
Stiftung; Mitglied im Bundes-
vorstand des BdWi.

der deutschen Volkswirtschaft nicht im industriellen Sektor und nicht in erster Linie bei den hochqualifizierten Dienstleistungen, sondern im Bereich niedrigproduktiver Dienstleistungsarbeit. »Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie steht außer Zweifel ... Ähnliches gilt für die industrienahen Dienstleistungen. Die wirklichen Schwierigkeiten bestehen dort, wo es um die Expansion geringproduktiver Beschäftigung geht, deren Entlohnung notwendigerweise ebenfalls niedrig sein muss« (Streek, Heinze 2001: 255). Dienstleistungen, so wird gefolgert, brauchen ein anderes Arbeitsregime als industrielle Arbeit, andere Entlohnungsformen, andere Arbeitszeiten und andere Formen der sozialen Sicherung. Qualifizierte Berufsarbeit, Flächentarifvertrag und Kündigungsschutz seien einem industriellen Beschäftigungsmodell zugehörig, das keine universelle Gültigkeit beanspruchen könne.

Beschäftigungspotenziale für einen weitgehend deregulierten Niedriglohnsektor werden bei den personenbezogenen Diensten gesehen, d. h. in den Bereichen Pflege, Gesundheit, Bildung und Freizeit. Die Frage nach der Qualität der Dienstleistungen wird nicht gestellt, berufliche Qualifizierung schlicht als überflüssig bezeichnet. Offensichtlich handelt es sich bei den personennahen Diensten um Jedermann/Jedefrau-Tätigkeiten, die auch denjenigen eine berufliche Perspektive bieten können, deren Qualifizierung »enge begabungs-, milieu- und altersbedingte Grenzen gesetzt sind« (Zukunftsbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung: 253).

In diesen Aussagen sticht sehr deutlich der euphemistische Charakter der dienstleistungsorientierten Beschäftigungsstrategie hervor, da sie lediglich die bestehenden Verteilungsverhältnisse zementiert. Einem wissensbasierten Hoch-Lohn-Sektor der High-tech-Ökonomie wird ein Niedriglohn-Sektor der »flinken Servicekräfte« und »flexiblen Helfer« (Streek, Heinze 1999) entgegengesetzt, dessen geschlechtsspezifische Struktur unschwer zu erkennen ist. Erziehen und Pflegen wie alle hausarbeits- oder körpernahen Tätigkeiten gelten gemeinhin als nur bescheidener Beitrag zur Wertschöpfung. Als reproduktionsnah und daher frauenspezifisch definiert, haftet ihnen seit jeher der Ruf »quasi-natürlicher« Befähigungen an, die mehr zu Gotteslohn zu verrichten sind, als dass sie der Wertbestimmung der Ware Arbeitskraft gemäß entsprechend der gesellschaftlich bestimmten Reproduktionskosten zu entlohnen wären.

Beschäftigungsförderung in den personennahen Diensten setzt nach Auffassung der Niedriglohntheorie die Durchsetzung veränderter kultureller und sozialer Normen voraus, das heißt, einen gesellschaftlichen Wandel, »der ohne Brüche und zum Teil schmerzhaft Übergänge, vor allem aber die Bereitschaft, tief verwurzelte Sicht-, Verhaltens- und Handlungsweisen von Individuen und Institutionen zu ändern, nicht möglich ist« (Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen). Hohe materielle wie immaterielle Ansprüche an Erwerbsarbeit seien ebenso zu überwinden wie das ausgeprägte Sicherheitsstreben der Erwerbstätigen, deren elementares Bedürfnis nach individueller Gestaltbarkeit von Alltag und Lebensbiografien als »Vollkasko-Mentalität« verhöhnt wird. Wis send, dass für eine Ausweitung von Niedriglohnssektoren kulturelle und soziale Akzeptanz nur schwer zu gewinnen ist, plädieren die Au-

toren – wie wir mittlerweile wissen – erfolgreich dafür, einerseits den Zwang zur Arbeitsaufnahme durch verschärfte Zumutbarkeitsregelungen in der Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu verstärken, andererseits den freien Fall nach unten abzufedern, indem niedrige Arbeitslöhne durch staatliche Subventionen bspw. der Sozialversicherungsbeiträge aufgestockt werden. Die Selbstverstärkung einer Tendenz der Prekarisierung von Beschäftigung, indem reguläre Arbeit durch staatlich subventionierte Niedriglohnarbeit substituiert werden kann, ist gewolltes Resultat.

In Kritik einer allein auf die Deregulierung der Arbeit abstellenden Beschäftigungsstrategie positionieren sich Arbeitsmarktanalysen, die den Schlüssel zur Lösung des Problems mangelnder Beschäftigungsdynamik im Dienstleistungssektor eher in einer Deregulierung von Produktmärkten verorten. Insbesondere beschäftigungsintensive Dienstleistungen, etwa bei der Freien Wohlfahrtspflege – und hier besonders im Gesundheitswesen und bei der Alten- und Kinderbetreuung – müssten marktfähig gemacht werden. Bestehende Regulierungen und Qualitätsstandards wie Kartellbildungen im Bereich der Anbieter sozialer Dienstleistungen durch frei-gemeinnützige Träger oder die Regulierung der Produktmärkte beispielweise durch detaillierte Normen und Rechtsvorschriften für soziale Dienste stünden dem aber entgegen (Wagner 2000: 223).

Den hier als richtungweisend zitierten Arbeitsmarktanalysen gemeinsam ist, dass 1. ein mangelndes Wachstum im Dienstleistungssektor für die Beschäftigungskrise verantwortlich gemacht wird, 2. ein grundsätzlich anderer Entwicklungstyp von Arbeit behauptet wird und 3. Regulierungen und Qualitätsstandards von Arbeit bzw. von Produktmärkten zu Beschäftigungsbarrieren erklärt werden. Deswegen werden auch ein Abschied von bisherigen Lebens- und Arbeitseinstellungen und ein Umbau des Sozialstaates gefordert mit einer deutlichen Minderung der Transferleistungen, einer Erhöhung der (Frauen)Erwerbsquote und einer Förderung der Marktfähigkeit sozialer und kultureller Dienstleistungen. Den Analysen ist mithin gemeinsam, dass zwar ein Abschied von einem Modell des männlichen Alleinverdieners propagiert wird, zugleich aber eine Polarisierung und Hierarchisierung der als männlich konnotierten industriellen Wertschöpfung und der als weiblich konnotierten niedrigproduktiven Dienste als ökonomische Strukturnotwendigkeit festgeschrieben werden. Indem die Frage nach Bedeutung, Wert und Organisationsformen bisher unbezahlt verrichteter Arbeit nicht explizit gestellt, sondern als Problem von Angebot und Nachfrage auf zu entwickelnden Dienstleistungsmärkten verhandelt wird, bleiben Fragen der Qualität von Arbeit und Leben ebenso ausgespart wie die Frage nach der Umverteilung von Arbeit und Einkommen zwischen den Geschlechtern.

Arbeitsmarkt und wohlfahrtsstaatliche Politik

Tatsächlich findet der beklagte Mangel der Dienstleistungsintensität des deutschen Arbeitsmarktes seine Ursache nicht in diesem Markt selbst, sondern in der strukturellen Unzulänglichkeit der nach wie vor am Ernährermodell ausgerichteten sozialen Sicherungssysteme. Die geschlechterpolitische Prägung des deutschen Sozialmodells ist auf drei Ebenen nachzuvollziehen:

1. der Konstruktion des deutschen Sozialstaats als transferorientiertes Sozialversicherungssystem, das weder Flexibilisierungen im Arbeitsmarkt noch die Pluralisierung in den privaten Lebensformen sozial gerecht zu gestalten vermag;

2. der prekären Existenz- und sozialen Sicherung der vorwiegend als Nichterwerbstätige oder Zuverdienerinnen gedachten Ehefrauen und Mütter;

3. der bildungs- und arbeitspolitischen Sonderstellung der als hausarbeitsnah geltenden und als solchen weitgehend auch in der Arbeitsforschung ignorierten personennahen Dienste.

Unabweisbar notwendig sind grundlegende Veränderungen des deutschen Wohlfahrtsmodells als Sozialversicherungsstaat mit relativ wenig ausgeprägten sozialen Diensten, Halbtagsschulen und defizitärer Kinderbetreuung. Diese überholte Struktur eines deutschen Sonderweges hat in der Vergangenheit eine insgesamt niedrige Erwerbsbeteiligung der Frauen begünstigt. Die Entscheidung für das traditionelle Modell des männlichen Alleinverdieners wird noch immer durch steuerliche Anreize und abgeleitete soziale Sicherungsansprüche der nicht oder geringfügig beschäftigten Ehefrau gefördert und ist in den Tarifstrukturen fest verankert.

Nun befindet sich das traditionelle Ernährermodell gegenwärtig zweifellos auf dem Rückzug. Sowohl empirisch wie auch ideologisch zeichnen sich Veränderungen ab, wie einzelne verzagte Schritte zum Ausbau der Kinderbetreuung und zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie belegen. Dabei ist aber keinesfalls ausgemacht, wie sich Strategien einer Arbeitsmarktindividualisierung und Individualisierung von sozialen Sicherungsansprüchen (durch den bereits erfolgten oder geplanten Abbau abgeleiteter Sicherungsansprüche von Frauen) bei gleichzeitiger Verstärkung der Familiensubsidarität in den Fürsorgesystemen konkret auf das Geschlechterverhältnis auswirken werden und welche Geschlechterleitbilder hinter den neuen sozialpolitischen Reformen stehen (Leitner, Ostner, Schratzenstaller 2004). Weder folgt aus einer Arbeitsmarktpartizipation aller erwerbsfähigen Erwachsenen, dass damit eine Entlastung erwerbstätiger Frauen von Erziehungs- und Pflegearbeit einhergeht, sei es durch veränderte Arbeitsteilung der Geschlechter, sei es durch öffentliche oder private Dienstleistungen. Noch ist über die Qualität der Beschäftigungsverhältnisse etwas ausgesagt: die Erwerbsintegration von Frauen geht mit einer Verstetigung oder sogar Verstärkung geschlechtsspezifischer Spaltungen auf dem Arbeitsmarkt einher, ungleiche Zugangsmöglichkeiten zu weitgehend privatisierten sozialen und Haushaltsdienstleistungen vertiefen soziale Differenzierungen innerhalb der erwerbstätigen Frauen. Ebenso ist derzeit zu beobachten, dass sich aufgrund eines zunehmenden Rückzuges des Staates aus sozial- und familienpolitischen Aufgaben die Angewiesenheit auf familiäre Unterstützungsleistungen wieder verstärkt.

Angesichts der Begeisterung, die gegenwärtig das Leitbild der individualisierten Erwerbsgesellschaft und ihres Protagonisten, des »Unternehmers der eigenen Arbeitskraft« auslösen, muss zumindest gefragt werden, ob es tatsächlich um die Lebensbedingungen von Frauen und Kindern geht oder nicht eigentlich um die Funktionalisierung erwerbstätiger Mütter für einen deregulierten und unterbezahlten Dienstlei-

stungsarbeitsmarkt. Familienfreundlichkeit avanciert von einem »weichen Weiberthema« (Schröder 2005) zu einer gesellschaftlichen Querschnittsaufgabe, deren Bedeutung sich allein aus der ökonomischen Nutzbarkeit der »Humankapitalreserve« Frau ableiten lässt.

In dem Maße aber, in dem Frauen wie Männer zunehmend als Individuen betrachtet werden, die jeweils auf sich alleine gestellt die eigene Existenz zu sichern angehalten sind, wird ein Modell der allgemeinen Erwerbstätigkeit propagiert, das an der sozialen Realität eines geschlechtsspezifisch strukturierten und zunehmend prekarierten Arbeitsmarktes vorbeigeht und auch insofern kritisch zu betrachten ist, als es die Möglichkeiten von Lebensentwürfen jenseits der (vollzeitigen) Erwerbsarbeit diskriminiert.

Es sind demnach sehr unterschiedliche Varianten einer Ablösung des Ernährermodells denkbar: »welche Varianten eines solchen ›adult worker model‹ sich letztlich herausbilden und politikrelevant werden, wird determiniert durch individuelle und gesellschaftliche Einstellungen einerseits sowie das von wohlfahrtsstaatlicher Seite (...) verfolgte Leitbild zu den Geschlechterbeziehungen ... aber auch durch das Verständnis dessen, was der Wohlfahrtsstaat leisten kann und soll; und nicht zuletzt durch das übergeordnete wirtschaftspolitische und -theoretische Paradigma« (Schatzenstaller 2004: 383).

Arbeitsqualität und Lebensqualität

Gegenwärtig dominiert eine Beschäftigungsphilosophie, nach der das beste Mittel gegen Ausgrenzung die Vermittlung eines Arbeitsplatzes sei. Es ist jedoch daran festzuhalten, dass es auf die Qualität der Arbeit und ihrer Resultate ankommt. Erwerbsarbeit an sich steht weder für gesicherte Teilhabe noch für Anerkennung oder soziale Integration. Eingeschränkte materielle und soziale Existenzsicherung wie auch belastende Merkmale des Arbeitsplatzes und subjektive Abwertungen sind als berufliche Gefährdungen zu werten. Die These, dass jede Arbeit besser sei als keine Arbeit, ist schlichtweg falsch. Gelingende berufliche und soziale Integration sind davon abhängig, ob Erwerbsarbeit Existenzsicherung und Gestaltbarkeit einer Erwerbs- und Lebensbiographie ermöglicht werden und die ausgeübte Tätigkeit Anerkennung, Respekt und Wertschätzung genießt. Das heißt dann z. B. auch, in die Bewertung von Eingliederungsvereinbarungen diese qualitativen Aspekte des Arbeitsplatzes und die damit zusammenhängenden biografischen Verlaufsmuster einzubeziehen und sich nicht auf personale Aspekte und Vermittlungsquoten zu beschränken.

Unter dem Aspekt der »Qualität der Arbeit« sind die in der Praxis der Arbeitsförderung als Niedriglohnbeschäftigungen definierten Beschäftigungsbereiche näher zu betrachten. Es dominiert die Gleichstellung von personenbezogenen Dienstleistungen mit »Tätigkeiten mit relativ geringer formaler Ausbildung«, mit niedrig-produktiver und folglich Niedriglohnstätigkeit. Zuschreibungen, die nicht nur das Vorherrschen geschlechtstypischer Stereotypen in den Köpfen der vorwiegend männlichen Arbeitsmarktexpertokratie belegen, sondern mit denen die zunehmende Verwissenschaftlichung und Verberufflichung in den personenbezogenen Diensten und ihre Bedeutung für die soziale und kulturelle Gestaltung moderner Gesellschaften komplett ignoriert werden (Brückner 2003). In dem Maße, wie sich Lebenslagen

und Lebensformen pluralisieren und individualisieren und dadurch soziale Milieus und soziale Bindungen erodieren und wie andererseits Risiken der Lebensführung steigen, wächst der Bedarf an Qualifizierung und Beratung, sozialer Unterstützung und Versorgung. Da viele dieser Dienstleistungen nur dann in ausreichender Qualität, erforderlichem Umfang und mit demokratisierten Zugangsrechten zur Verfügung gestellt werden, wenn sie nicht privaten Märkten geöffnet, sondern als öffentliche Güter bereitgestellt werden, hat der Sozialstaat deren Produktion, zumindest aber deren Kontrolle unter eigene Regie zu nehmen.

Defizite der Arbeitsforschung

Die Arbeitsforschung hat bisher wenig dazu beigetragen, Professionalisierungsprozesse, Qualifikations- und Arbeitsanforderungen sowie Arbeitsbelastungen und berufliche Gefährdungen in den als personen- und hausarbeitsnah definierten Beschäftigungsbereichen heraus zu arbeiten. Darüber hinaus mangelt es dem traditionellen Arbeitsverständnis an grundlegender ethischer und normativer Fundierung

Die Vorstellung, in der Pflege und Betreuungsarbeit genüge ein »gutes Herz und eine ruhige Hand«, hängt mit einem verkürzten arbeitswissenschaftlichen Begriff von Fachlichkeit zusammen, der auf die tatsächlichen Bedingungen der personenbezogenen Dienstleistungen nicht anwendbar ist. Der herrschende Qualifikationsbegriff unterstellt einen linearen Zusammenhang zwischen einer angestrebten Wirkung und bestimmten Handlungen bzw. Vorgehensweisen. Was die eigentlichen Zielzustände personenbezogener Dienste bspw. in der Pflege sind, auf die hin Qualifikationsanforderungen zu beziehen sind, ist keineswegs eindeutig, sondern hängt letztlich von der Sichtweise der Handelnden, den Konzepten der Institutionen und dem Menschenbild ab. In den personenbezogenen Dienstleistungen hat man es mit dem Ineinandergreifen von scheinbar trivialen Verrichtungen (»Sauber- und Sattpflege«) mit seelischen, geistigen und sozialen Bedürfnissen von Personen zu tun und muss höchst komplexe, ambivalente und emotional fordernde Situationen bewältigen. Schon aus diesem Grunde ist jede arbeitswissenschaftliche Aussage über den Qualifikationsbedarf in der personenbezogenen Dienstleistung fragwürdig, weil sie immer nur für ein definiertes Zielverständnis gelten kann und ihr jeder absolute Maßstab fehlt.

In der Arbeitsforschung richtet sich die Analyse von Arbeit primär auf den Umgang mit materiellen und immateriellen »Objekten«. Die hierzu entwickelten Konzepte von Arbeit weisen einen »blinden Fleck« (Rieder, Dunkel 2003) hinsichtlich personenbezogener, interaktiver Anteile von Arbeit auf. Als professionelle Anforderung gilt die Fähigkeit, die eigenen Gefühle zu steuern, d. h. ein Management der Gefühle zu entwickeln (Hochschild 1990). Dies lässt sich als Gefühlsarbeit beschreiben, deren Inhalte sich geschlechtsspezifisch differenzieren. Zu fragen ist im besonderen, wie im Rahmen personenbezogener Dienstleistungen geschlechtsspezifische Normen reproduziert und auf die Arbeitsergebnisse bezogen werden (Rieder, Dunkel 2003). Weitgehend als ungeklärt kann bisher gelten, wie die Arbeitsforschung einen eigenständigen Zugang zu den Emotionen finden kann. Ein Erkenntnisgewinn über den in der Psychologie erreichten Stand hinaus ist zu erwarten, wenn die Analyse interaktiver (Gefühls)arbeit Bestandteil von Analysen sozialer und kultureller Strukturen wird (Maier, Koppetsch, Burkhard 1996).

Für ein neues Leitbild sozialstaatlicher Politik

Ob Arbeitsmarktpartizipation Arbeits- und Lebensbedingungen für Frauen, aber auch Männer verbessern kann oder ob die Durchsetzung der flexiblen Erwerbsgesellschaft nicht eher einen Rückschritt mit sozialen Verwerfungen und Ausschlussrisiken bedeutet, hängt letztlich davon ab, dass ein Leitbild geschlechterdemokratischer Arbeits(market)-politik um ein neues Leitbild eines demokratischen Sozialstaats erweitert wird. Nach wie vor ist die bundesdeutsche Sozialpolitik nicht universell ausgerichtet, eine Neutralisierung des Erwerbsstatus und der Berufszugehörigkeit findet nicht statt. Aus diesem Grunde ist ein Paradigmenwechsel zu einem Sicherungssystem hin notwendig, welches sich nicht am vorherigen Einkommen oder beruflichen Status orientiert, sondern den konkreten lebensweltlichen Bedarf in den Vordergrund rückt. Im Gegensatz zum bestehenden Sozialstaat sind nicht bestimmte Lebensformen als gesellschaftliche Normalität vorauszusetzen, d. h. Leistungen wie Belastungen sind zu individualisieren und unabhängig vom Familienstand zu verteilen. Gefordert ist ein neues Leitbild eines Sozialstaats, der als Garant der wechselseitigen Anerkennung und gegenseitigen Solidarität einander verpflichteter und sozialpolitisch gleichberechtigter Bürgerinnen und Bürger agiert. (Lessenich, Möhring-Hesse 2004). Eines Sozialstaates, der universalistisch ausgerichtet ist hinsichtlich des Leistungsanspruchs wie auch der Finanzierung, der professionell betriebene und allgemein zugängliche Soziale Dienste bereitstellt und nicht zuletzt das Verhältnis von Arbeit und Leben neu justiert. In welcher Weise unsichere Erwerbsbeteiligung und eine Pluralisierung privater Lebensformen künftig sozialstaatlich flankiert werden, ist eine der großen Entscheidungsfragen der Sozialpolitik.

Sie wird derzeit anhand von normativen Konzepten wie »Flexicurity« und einer zeitgenössischen Definition »Guter Arbeit« verbunden mit neuen »Partizipationsrechten der Beschäftigten« erörtert. Ob diese sozialpolitische Realität werden, ob also die Ausdehnung unsicherer Erwerbsbeteiligung das soziale Netz noch weiter unterhöhlen oder ob sie sozialstaatlich reguliert werden, ist nicht zuletzt unter geschlechterdemokratischen Gesichtspunkten von entscheidender Bedeutung.

Literatur:

- Brückner, Margit: Care. Der gesellschaftliche Umgang mit zwischenmenschlicher Abhängigkeit und Sorgtätigkeit, in: Neue Praxis, Heft 2/2003.
- Dunkel, Wolfgang; Rieder, Kerstin: »Working Gender« – Doing Gender als Dimension interaktiver Arbeit, in: Baatz/Rudolph/Satilmis (Hrsg.), *Hauptsache Arbeit? Feministische Perspektiven auf den Wandel der Arbeit*, Münster 2004.
- Heinze, Rolf G.; Streek, Wolfgang: An Arbeit fehlt es nicht, in: *Der Spiegel* 19/1999.
- Heinze, Rolf G.; Streek, Wolfgang: Institutionelle Modernisierung und Öffnung des Arbeitsmarktes: Für eine neue Beschäftigungspolitik, in: Kocka, Jürgen; Offe, Claus (Hg.), *Geschichte und Zukunft der Arbeit*, Frankfurt/New York 2000.
- Hochschild, Arlie Russel: *Das gekaufte Herz. Zur Kommerzialisierung der Gefühle*, Frankfurt/New York 1990.
- Leitner, Sigrid; Ostner, Ilona; Schratzenstaller, Margit: *Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell?* Wiesbaden 2004.
- Lessenich, Stephan; Möhring-Hesse, Matthias: *Ein neues Leitbild für den Sozialstaat*, Gutachten im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung, 2004.
- Maier, Maja S.; Koppetsch, Cornelia; Burkhard, Günter: *Emotionen in Paarbeziehungen*, in: *Zeitschrift für Frauenforschung*, Heft 4/1996.
- Schratzenstaller, Margit: *Neue Dilemmata – neue Bedarfe*, in: Leitner, Sigrid; Ostner, Ilona; Schratzenstaller, Margit (Hrsg.), *Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell*, Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien, Folge 7/2003, Wiesbaden 2004.
- Schröder, Gerhard: *Kinderangel ist kein Weiberthema*, in: *Frankfurter Rundschau*, 15. April 2005.
- Wagner, Gert G.: *Erwerbsarbeit sollte Zukunft haben*, in: Kocka, Jürgen; Offe, Claus (Hg.), *Geschichte und Zukunft der Arbeit*, Frankfurt/New York 2000.
- Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung: *Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit. Drei Ziele – ein Weg*, Bonn 1998.

MARIO CANDEIAS

Von Hegemonie bis Justiz

Zum Erscheinen des Bandes 6 des
Historisch-Kritischen Wörterbuches des Marxismus

I. Vom Ankommen der Flaschenpost im Hightech-Kapitalismus

Die Vorbereitungen für das historisch-kritische Wörterbuch des Marxismus (HKWM) begannen schon 1984. Nach zehn Jahren erschien 1994 der 1. Band, seither folgte etwa alle 2 Jahre ein neuer Band. 2004 erschien der Band 6/I und nun – ganz frisch – liegt auch der Band 6/II vor. Beide decken die Stichwörter von H bis J ab, von Hegemonie bis Imperialismus und von Imperium bis Justiz.

Doch wozu überhaupt ein solches Wörterbuch? Nach dem Zusammenbruch der Staatssozialismen nebst der alten Weltordnung und der hegemonialen Etablierung des Neoliberalismus drohte der Marxismus sehr schnell aus dem kollektiven Gedächtnis verdrängt zu werden. Zugleich bot sich aber auch die Chance, eine historisch-kritische Bestandsaufnahme zu leisten, jetzt – da die lähmende Entgegensetzung von Ost und West mit ihren unterschiedlichen Unterdrückungs- und Marginalisierungsformen kritischen Denkens auf-gebrochen war. Aber zunächst schien sich kritisches Denken im Moment des Geschichtsbruchs zurück zu ziehen.

Doch ein unerledigtes Projekt wird nicht einfach verschwinden, solange die Existenzprobleme, auf die es zu antworten begonnen hat, nicht gelöst oder bedeutungslos geworden sind. Nachdem die Bewegungen der 68er, dann der Frauen- und der Ökobewegung sich bis zu Beginn der 1990er Jahre nach und nach zersetzten (indem sie sich institutionalisierten und weitgehend im neoliberalen Projekt absorbiert wurden), galt es, das zerklüftete Wissen der unterschiedlichsten marxistischen Traditionen zunächst aufzuarbeiten und zu bewahren – einer Flaschenpost gleich, die an noch unbekannte spätere Empfänger gerichtet war und ist. Ein historisch-kritisches Wörterbuch kann sich dabei auf die besten Traditionen kritischen Denkens stützen, auf die Herätiker im Osten, auf den so genannten »westlichen Marxismus« – beide gehörten zu den härtesten Kritikern staatssozialistischer Kanonisierung des Marxismus-Leninismus (aber auch erstarrter westlicher Traditionsmarxismen) –, und galten jüngeren Marxisten als Referenzpunkte für einer Perspektive, in der »die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«. Nicht zu vergessen sind die Bewegungs-Marxismen, die Marxismen der Sache selbst, die anti-koloniale Erneuerung aus dem Süden, Feminismus etc. Unterschiedlichste plurale Formen von Marxismen oder angelaagerten Richtungen, die sich nicht aufeinander reduzieren lassen.

Nichtsdestoweniger gilt es, auch zur Staatsideologie geronnenen Marxismus zu betrachten, ihn ideologiekritisch aufzuarbeiten, seine

Mario Candeias – Jg. 1969, Politologe, Redakteur der Zeitschrift »Das Argument« sowie beim Historisch-Kritischen Wörterbuch des Marxismus; seine Dissertationsschrift »Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise« ist 2004 im Argument Verlag erschienen; zuletzt in UTOPIE kreativ: Erziehung der Arbeitskräfte. Rekommunifizierung der Arbeit im neoliberalen *Workfare-Staat*, in: Heft 165/166 (Juli/August 2004), S. 589-601.

Zum HKWM siehe in UTOPIE kreativ: Jan Rehmann, Michael Wuttke: »Eine epochale Leistung im Marxismus«. Workshop zur Marxismusrezeption des Historisch-Kritischen Wörterbuches, in: Heft 172 (Februar 2005), S. 172-177.

Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 4, Berlin 1964, S. 482.

Blockaden, Zensurbestrebungen, Verbrechen – aber auch seine Widersprüche, in denen sich hoffnungsvolle Versuche und widerständiges Denken immer wieder herausbildeten. Bei aller Distanz und harten Kritik geht es nicht um eine Abrechnung mit dem Marxismus-Leninismus, um Besserwisserei oder Nachtreten nach seinem Niedergang, sondern im Sinne Benjamins um eine rettende Kritik, die trotz aller Deformationen die rationalen Elemente und emanzipativen Impulse herausdestilliert. Ein solche Form der Kritik ist notwendig, um für zukünftige Gefahren der Ideologisierung emanzipativer Projekte durch Erfahrung gewappnet zu sein und gleichzeitig Errungenschaften des Denkens nicht dem Vergessen einheim zu geben.

Es gilt also, diese Pluralität von Wissensbruchstücken, die der Gefahr der geschichtsvergessenen Desartikulation ausgesetzt sind, vor dem Hintergrund gegenwärtiger Verhältnisse neu zu reartikulieren. Reartikulation meint dabei nicht eine neue/alte geschlossene Weltanschauung zu zimmern, ein kohärentes Ganzes zu präsentieren, sondern das, was der Herausgeber Wolfgang Fritz Haug mit Bezug auf Nietzsches »philosophieren mit dem Hammer« nennt. Die Form des Wörterbuchs liefert über die Struktur des Alphabets eine Ordnung, die selbst Unordnung darstellt, indem Zusammenhänge in unterschiedlichste Stichwörter auseinander gerissen werden und so zahlreiche Brüche und Verbindungen, unterschiedliche Neuansätze und Gegenpositionen ermöglichen, ohne in ein zusammenhangloses pseudo-pluralistisches Ganzes zu zerfallen. Denn alle Autoren sind angehalten, nicht nur ihre Position zu formulieren, als vielmehr auch die gegnerische Position anderer in der Geschichte und Aktualität bedeutsamer Autoren darzustellen und kritisch zu reflektieren. Heraus kommt keine unvermittelte, sondern eine dialogische Pluralität eines lebendigen Marxismus (zumindest im Prinzip).

Mittlerweile kann man vielleicht sagen, dass die ersten Exemplare dieser Flaschenpost an Land driften, auf neue Empfänger treffen. Seit nunmehr zehn Jahren hat sich eine transnationale globalisierungskritische Bewegung in ihren Anfängen herausgebildet. Die gesellschaftliche Auftreffstruktur hat sich angesichts wachsender Ungleichheiten, Unsicherheiten und Repräsentanzprobleme verändert. Gesellschaftliche Konflikte beginnen sich erneut zu verdichten. Nach anfänglichen medialen Erfolgen ist die Euphorie der ersten Phase von Protestbewegung abgeebbt. In den Bewegungen, gerade auch bei Jüngeren, wird das Bedürfnis nach kritisch-analytischen Werkzeugen und Begriffen wieder spürbarer. Das Interesse an erneuerter marxistischer und anderer Theorie wächst. Dafür sprechen nicht nur Kassenknüller wie Hardt/Negris Empire, sondern der Versuch, sich kritisches Wissen jenseits der geräumten Universitäten mühsam anzueignen – bei den Piqueteros, bei Attac, den Sozialforen auf lokaler, nationaler, europäischer oder auf globaler Ebene etc.

Dabei ist ein wesentliches Element der Arbeit am historisch-kritischen Wörterbuch von besonderer Bedeutung. Dieses Element lässt sich vielleicht als gramscianische Konstellation benennen. Antonio Gramsci hat in einem anderen Moment eines Geschichtsbruchs versucht, eine Neu-Begründung des Marxismus zu leisten. Der Hintergrund war zum einen die Niederlage einer zuvor rasant gewachsenen

Linken angesichts der faschistischen Herausforderung. Heute ist es die doppelte oder dreifache Niederlage von real-existierendem Sozialismus und real-existierendem sozialdemokratisch-reformistischem Keynesianismus – und mit ihnen wurden auch die übrigen, stärker kritischen Bewegungen in den Abgrund gerissen. Zum anderen waren Gramsci und die Linke der 20er Jahre mit der Entstehung einer neuen Produktions- und Lebensweise konfrontiert, des Amerikanismus und Fordismus. Heute sind es Hightech-Kapitalismus und Neoliberalismus. Nichts weniger als die Erneuerung marxistischen Denkens, jenseits der alten Gewissheiten ist zu leisten. Das erklärt auch den großen Stellenwert, den Gramsci – neben Marx und unzähligen anderen – einnimmt.

Von Beginn an geht es dem HKWM nicht einfach um die Bewahrung archäologischer Fundstücke des Marxismus. Vielmehr werden in anderen geschichtlichen Konstellationen entwickelte Begrifflichkeiten auf ihre Haltbarkeit und Nützlichkeit für die Klärung gegenwärtiger Verhältnisse geprüft, kritisch hinterfragt, bei Bedarf weiter entwickelt. Dieses Wörterbuch ist keine gelehrte Enzyklopädie, sondern muss sich für die Probleme und Auseinandersetzung heute und morgen als relevant erweisen, eingreifend zur molekularen Veränderung der Verhältnisse beitragen – ansonsten wäre es verzichtbar.

Der innovative Charakter des HKWM liegt auch darin, dass zahlreiche Stichworte, die nicht dem originären Marxismus oder irgendwelchen Traditionen entspringen, aufgenommen wurden. Sie repräsentieren Theoretisierungsversuche neuartiger oder virulent gewordener Problemlagen und Widersprüche, die zuvor nie in einem solchen Rahmen behandelt wurden. Das HKWM versucht, damit einen Impuls für ihre begriffliche Entwicklung zu setzen: ich nenne hier nur einige wenige aus dem Band 6: zuvorderst »hochtechnologische Produktionsweise«, »immaterielle Arbeit«, »Informationsarbeiter«, »Internet«, »Informationsrente«, »Hirnforschung«, »Heimarbeit/Telearbeit«, aber auch »Ich-AG« oder »informelle Wirtschaft« usw. Insgesamt sind es wieder über 170 Stichwörter in Band 6/I und 6/II. Es finden sich auch zahlreiche Stichwörter aus anderen Bereichen, die traditionellerweise nicht dem Marxismus zugerechnet werden, zu denen marxistisches Denken aber relevantes beizutragen hat: etwa aus dem Bereich Ökologie/Naturverhältnisse oder aus dem Bereich Feminismus/Geschlechterverhältnisse. Dieser letzte Bereich hat mittlerweile einen Umfang und eine Qualität erreicht, dass es sinnvoll erschien, ein eigenes *historisch-kritisches Wörterbuch des Feminismus* zu veröffentlichen. Der erste Band, herausgegeben von Frigga Haug, liegt inzwischen vor.

Historisch-kritisches Wörterbuch des Feminismus, Hamburg 2003.

II. Kritik der hochtechnologischen Produktionsweise

Anhand einiger beispielhafter Stichwörter aus dem Bereich Ökonomie und Arbeit soll versucht werden, die Arbeitsweise und Ergebnisse zu erläutern, warum eine marxistische Herangehensweise sich immer noch als mehr als nützlich, ja unverzichtbar erweisen kann, um die Neuartigkeit gegenwärtiger Umbrüche und gesellschaftlicher Konflikte zu greifen:

Das Stichwort *High-Tech-Industrie* beispielsweise widmet sich der Entwicklung von Schlüsseltechnologien und damit verbundener

»Eine Bestimmung der HTI kann an den sektoralen Strukturen fortgeschrittener kapitalistischer Ökonomien festmachen, aus marxistischer Sicht also an den Veränderungen des Gesamtprozesses der kapitalistischen Reproduktion und ihrer einzelnen Abteilungen.« HKWM, Bd. 6/I, S. 239.

»Zu Beginn des 21. Jh. ist die iA zunehmend durch flexibel integrierte transnationale Produktionsnetzwerke bestimmt, die die Vorteile einer konkurrenzziellen und zugleich komplementären Differenzierung von Produktions- und Arbeitsformen kombinieren.« Ebenda, Bd. 6/II, S. 1367.

neuer industrieller Branchen – dass es dabei um *Industrien* geht, die auch heute noch an der Spitze der Wertschöpfungskette stehen, zeigt schon einmal, dass von einem Ende der Industriegesellschaften und der mit ihr verbundenen Konflikte oder dem Ende von Ausbeutung und des Gegensatzes von Kapital und Arbeit etc. keine Rede sein kann. Allerdings haben sich die konkreten Formen von Arbeit, Konkurrenz und internationaler Arbeitsteilung verändert. Die High-tech-Unternehmen integrieren nicht mehr die gesamte Produktionskette unter einem Dach, sondern spezialisieren sich auf die entscheidenden Kernbereiche und verbinden dies mit neuen Formen der internen und externen Arbeitsorganisation. Produktionsentwicklung und Produktion werden dabei entkoppelt, letztere weitgehend an formal selbständige *contract manufacturer* übertragen, häufig sind das selbst transnationale Konzerne erheblichen Ausmaßes. Paradigmatisch steht dafür das Silicon Valley: als Prototyp intraregionaler Netzwerk- und Clusterbildung ist es gleichzeitig Zentrum globaler Produktionssysteme, in denen Spitzenunternehmen wie Intel, Hewlett-Packard, Cisco und Sun Microsystems technologische Schlüsselstandards setzen und auf diese Weise eine strikte Kontrolle fragmentierter Produktionsprozesse gewährleisten – bei relativer Autonomie der jeweiligen Standorte. Dies ermöglicht ihnen die Realisierung sog. technologischer Extraprofite. Das Stichwort *internationale Arbeitsteilung* zeigt, wie darüber hinaus gegenüber alten Formen der Arbeitsteilung das Lohnverhältnis global ausdehnt wird und Arbeitsformen des Hightech und Lowtech, von neuen und alten Arbeitsformen, von Autonomie und Hyperausbeutung transnational rekombiniert und verkoppelt werden. Während Netzwerk-Theoretiker wie Castells die neuen Technologien als exogenen Faktor bestimmen, der quasi von außen auf die Gesellschaft einwirkt, sie prägt, verortet eine marxistische Herangehensweise Technik selbst als soziales Verhältnis, Technik im engeren Sinne, Produktivkräfte, Produktions-, Verkehrs- und Kommunikationsverhältnisse werden durch gesellschaftliche Praxis vermittelt, erlangen in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ihre konkrete Form. Nicht die Entwicklung von Netzwerktechnologien hat zur Entstehung globaler Produktionsnetze geführt, vielmehr haben die bereits in den 50er und 60er Jahren betriebene Internationalisierung der Produktion, der Versuch, sinkende Profitraten durch räumliche Ausdehnung und dann Zersetzung nationaler Kompromisse zu stabilisieren – und nicht zuletzt militär-strategische Überlegungen –, entsprechende Impulse und Investitionen zur Entwicklung neuer Technologien freigesetzt. Technologische Entwicklung, Produktionsstrukturen und gesellschaftliche Auseinandersetzungen stehen also in enger Wechselwirkung.

Doch die gegenwärtigen Veränderungen gehen über den Bereich der Hightech-Industrien natürlich weit hinaus. Die neuen Technologien durchdringen die gesamte Gesellschaft. Eine neue Produktionsweise als Verhältnis von Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen setzt sich durch, verbindet sich mit einer spezifischen Lebensweise. Doch wie soll man diese gesellschaftliche Form nennen? Postfordismus ist ein weit verbreiteter Hilfsbegriff, der aber das Neue eigentlich unbenannt lässt, indem er es einfach dem For-

dismus begrifflich nachordnet, als dessen Verfalls- oder Krisenform fasst, ohne die eigene Qualität des Neuen zu begreifen. Das HKWM hat dafür keine fertige Lösung parat, versucht aber mit der Neuschöpfung von Begriffen wie *hochtechnologische oder informationstechnologische Produktionsweise* Schneisen in die Unübersichtlichkeiten des Übergangs zu schlagen. Im Zentrum dieser Produktionsweise steht nicht nur eine in Artefakten, etwa Chips, verkörperte Technologie, als vielmehr die Repositionierung des Wissens der unmittelbaren Produzenten, der Beschäftigten also, im gesellschaftlichen Produktionsprozess. Diese Repositionierung ist verbunden mit veränderten Subjektivitäten der Einzelnen, mit staatlichen Politiken der Requalifizierung und Vermarktlichung, mit veränderten Geschlechterverhältnissen etc. Die Verwissenschaftlichung und Subjektivierung der Produktion betrifft nicht nur die *high potentials*, die Hochqualifizierten, sondern dringt als Anforderung bis in die Bereiche des Niedriglohns vor. Das Kapital beansprucht die Subjekte nicht nur während der Arbeitszeit, begrenzt auf bestimmte funktionale Aspekte, sondern zunehmend total, ihre manuellen Fähigkeiten, wie ihre intellektuellen, einschließlich ihres Charakters, ihrer Psyche und Empathie. Selbstvermarktung, Beschäftigungsfähigkeit, unternehmerisches Denken werden auf das eigenverantwortliche handelnde gesellschaftliche Individuum übertragen. Die Ausbeutung abhängiger Arbeit durch zentrale Kontrolle wird dabei durch Delegation auf das arbeitende Subjekt in Richtung ›Selbstaussbeutung‹ verschoben. Diskursiv überhöht bündelt sich das Leitbild zukunftsfähiger Arbeitskraft im Bild der *Ich-AG*. Das entsprechende Stichwort fasst diese anvisierte Individualitätsform mit Begriffen wie Selbstregulierung der Arbeitskraft, Ökonomisierung des Arbeitsvermögens und Verbetrieblichung der alltäglichen Lebensführung. Die Grade der Selbstaussbeutung und Autonomie sind allerdings umkämpft und werden durch Zuschreibungen entlang Qualifikation, Klasse, Geschlecht und ethnisch/nationaler Zugehörigkeit überdeterminiert. Das Stichwort *Heimarbeit/Telearbeit* zeigt, wie darin ganz alte Formen hochtechnologisch reartikuliert werden. Mit der Computerisierung und Vernetzung werden Arbeitsformen, die mit der Entstehung des Fabriksystems als überkommen galten, frühkapitalistische Ausbeutung symbolisieren, nämlich Heimarbeit, als Telearbeit wiedergeboren und mit höchst widersprüchlichen Folgen von partieller Emanzipation und vertiefter Unterwerfung für die Einzelnen verbunden.

Sofern nicht einfach der Zerfall fordistischer Arbeits- und Lebensverhältnisse beklagt wird, steht in der gängigen Diskussion um das Neue ein Begriff besonders im Zentrum, der die Qualität der veränderten Formen der Arbeit zu fassen versucht: *immaterielle Arbeit*. Von neoliberaler Seite wurde die New Economy als Immaterialisierung der Ökonomie gefeiert: damit verbunden das Ende der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus, die Irrelevanz oder gar das Ende industrieller Arbeit und mit ihr gesellschaftlicher Gegensätze, sogar die Lösung der ökologischen Krise. Bereiche wie Finanzspekulation oder Werbung schaffen dabei angeblich die größten Werte. – Von linker Seite wird versucht, mit dem Begriff immaterieller Arbeit den Übergang vom alten Massenarbeiter zur Massenintellektualität zu

»Dabei wird der Arbeitsbegriff nicht nur über die Grenzen formeller gesellschaftlicher Arbeit ausgedehnt, sondern zudem auf alle möglichen intellektuellen, kommunikativen und emotionalen Tätigkeitsaspekte erstreckt, von der Finanzspekulation bis zum Kindergebären.« Ebenda, Bd. 6/1, S. 820.

fassen. Darunter fallen nicht nur die hochqualifizierten Tätigkeiten der so genannten Wissensarbeiter aus den Hightech-Industrien, sondern auch alle Dienstleistungstätigkeit, von den Call-Center-Agents bis zur Verkäuferin oder zum Putzmann, auch »affektive Arbeit« wie Zuwendung oder Pflege fällt darunter, bis hin zum Gebären von Kindern. Unterschiedslos werden alle neueren Formen von Tätigkeiten darunter subsumiert, alles ist »produktive Arbeit«. Hardt und Negri, die diesen Ansatz maßgeblich entwickelt haben – und zwar unter explizitem Rückgriff auf Marx, der in den Grundrissen den Prozess der Verwissenschaftlichung der Produktion in Ansätzen bereits gegen Ende des 19. Jh. zu fassen suchte – sehen durch die veränderte Stellung immaterieller Arbeit bereits die Kontrolle der Produktion in den Händen der unmittelbaren Produzenten – es fehle quasi nur noch an einem gemeinsamen Bewusstsein. Das Kapital habe seine produktive Funktion verloren und reproduziert sich nur noch parasitär. Da alle Arbeit produktiv ist und nicht mehr in Arbeitszeit gemessen werden könne, sei auch die marxische Werttheorie obsolet bzw. der Begriff des Werts wird *verrückt* verallgemeinert und damit sinnentleert – alles schafft Wert. Damit geht allerdings auch die kapitalistische Formbestimmung von Arbeit verloren, wird eine entscheidende Grundlage zum Verständnis von Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnissen preisgegeben.

Spätestens hier wird deutlich, warum eine historisch-kritische Herangehensweise unverzichtbar ist. Es geht nicht einfach um die Intellektualisierung von Arbeit oder die vermeintlich gleichwertige Anerkennung aller gesellschaftlichen Arbeiten, sondern um die genaue Analyse der gesellschaftlichen Organisationsformen der unterschiedlichen Arbeiten. Was unter dem Begriff immateriell gefasst wird, sind zumeist veränderte Formen der Lohnarbeit, ein gesellschaftliches Verhältnis von Arbeitskraftanbieter und kapitalistischem Arbeitnehmer, also Unternehmer. Letzterer wiederum kann aufgrund der erweiterten Produktivkräfte – und tendenziell stagnierender bis sinkender Löhne – sogar einen höheren Mehrwert daraus ziehen. Da es bei immaterieller Arbeit um intellektuelle Produkte oder Dienstleistungen geht, die man anders als die Produkte industrieller Arbeit, etwa Autos oder Waschmaschinen, nicht *anfassen* kann, glauben viele, das Neue als »immateriell« kennzeichnen zu können. Sehen wir mal davon ab, dass ich meinen Computer immer noch anfassen kann und die Dienstleistung eines Verkäufers auch keine Erfindung des neuen Zeitalters ist, bleibt eine schlichte Verwechslung der stofflichen Seite mit der gesellschaftlichen Formbestimmtheit von Arbeit. Gesellschaftliche Verhältnisse, haben wir gelernt, sind materielle Verhältnisse, warum also sollte die als Lohnarbeit organisierte intellektuelle Arbeit oder Dienstleistungstätigkeit nun nicht mehr materiell sein, nur weil ich sie nicht anfassen kann? Das wäre gut gemeinter Vulgärmaterialismus, dem es nicht mehr gelingt, die Verhältnisse kritisch zu durchdringen und die tatsächlich veränderten Ausbeutungsformen zu analysieren.

Eng mit der These von der Entmaterialisierung, die nicht einmal eine Entstofflichung ist, wenn wir den wachsenden Naturverbrauch bedenken, ist die Idee einer Wissens- oder Informationsgesellschaft verbunden. Ulrich Klotz, einer ihrer Vertreter, schreibt: »In einer In-

formationsökonomie wird Wert vor allem durch die Anwendung von Wissen vermehrt. Eine Wertschöpfung, in der Mehrwert nicht über Volumen geschaffen wird, unterscheidet sich in zentralen Aspekten von materieller – er meint stofflicher – Produktion, bei der sich die Produktionsfaktoren – (manuelle) Arbeit, Rohstoffe und Kapital – im Prozess verbrauchen. Im Gegensatz dazu ist Wissen eine Ressource, die sich nicht erschöpft, sondern durch ihren Gebrauch sogar noch vermehrt.« Erneut finden wir hier die Verwechslung von stofflicher Beschaffenheit der vermeintlichen Ressource und der gesellschaftlichen Organisationsform ihrer Produktion. Im Stichwort *Informationsrente* wird versucht zu zeigen, wie im Neoliberalismus Wissen als neuer Produktionsfaktor – als ob in früheren Zeiten kein Wissen im Produktionsprozess angewandt wurde – neben Kapital, Arbeit und Boden proklamiert wird. Einträchtig stehen die vier Faktoren nebeneinander, jeder trägt im Sinne der Neoklassik zur Wertschöpfung bei und wird gemäß seines Beitrages entlohnt – das Wissen etwas mehr, das Kapital noch etwas mehr, die Arbeit eben weniger (da Arbeit auf manuelle Arbeit reduziert wird). Abgesehen davon, dass solche Auffassungen der Mystifikation des Kapitals aufsitzen, die Marx in der trinitarischen Formel verspottet hat – zu »Monsieur le Capital und Madame la Terre« –, tritt nun das von der Arbeit abgetrennte Wissen als wertproduzierender Faktor, solche Auffassungen verdrängen, dass Wissen nicht wie Kohle im Boden schlummert, sondern durch Arbeit eingesetzt werden muss, bzw. die Produktion von Wissen selbst auf Arbeit – meist Lohnarbeit – beruht. In der Wissensgesellschaft steht Wissen also keineswegs frei zur Verfügung, charakteristisch ist vielmehr, dass die Produktion des Wissens nicht mehr nur vorwiegend in Wissenschafts- und Bildungsinstitutionen stattfindet, sondern zunehmend in Form von Lohnarbeit in privatkapitalistischen Unternehmen organisiert wird, die sich deren Ergebnisse aneignen. Die daraus erwachsenden technologischen Vorsprünge sichern nicht nur einen Extraprofit gegenüber der Konkurrenz, die Monopolisierung des Wissens ermöglicht zudem noch die Abschöpfung andernorts produzierten Mehrwertes durch so genannte Informationsrenten. Die Verwissenschaftlichung der Produktion vertieft darüber hinaus den Widerspruch zwischen dem zunehmend gesellschaftlichen Charakter der Produktion und ihrer privatkapitalistischen Aneignung. Während verwertungsrelevantes Wissen immer stärker in komplexen gesellschaftlichen Systemen erzeugt wird, wächst zugleich das Bestreben zu dessen Privatisierung und Monopolisierung in der Hand einzelner Unternehmen.

Mit dem Stichwort *Inwertsetzung* wird versucht, einen Begriff zu entwickeln, der diese Prozesse der Verwandlung der Ergebnisse allgemeiner Arbeit in Ware, ihre private Aneignung fasst. Dies schließt die Durchsetzung intellektueller Eigentumsrechte auf transnationaler staatlicher Ebene mit ein. Inwertsetzung betrifft dabei nicht nur neues Wissen, sondern beispielsweise auch traditionelles indigenes oder bäuerliches Wissen, das *zur Ware werden* von Bildung und Kultur, die Kommodifizierung natürlicher Ressourcen wie Wasser, Biodiversität oder Gene, bis hin zu Körper, Psyche und Charakter.

Ulrich Klotz: Die Herausforderung der Neuen Ökonomie, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 50 (1999) 10, S. 590-608.

Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band, in: MEW, Bd. 25, S. 838.

»Ob ein allumfassendes Imperium Epoche machen wird, oder ob imperialistische Rivalitäten sich erneut durchsetzen, ist eine ebenso entscheidende wie offene Frage für die Zukunft der Menschheit.« HKWM, Bd. 6/1, S. 863.

Damit sind nicht nur hochtechnologische Formen kapitalistischer Aneignung verbunden, es geht auch immer noch und wieder vermehrt um alte imperialistische Praktiken der Aneignung von Ressourcen, Territorien und Arbeit. Doch auch der *Imperialismus* ist nicht mehr der alte, wie das entsprechende Stichwort zu diskutieren sucht. Die alte interimperialistische Rivalität hat sich transformiert in eine Art transnationalen, kollektiven Imperialismus, der von zahlreichen inneren Widersprüchen durchzogen ist. Dabei ist das klare Bild vom kapitalistischen Zentrum und Peripherie verschwunden, die Peripherien sind bis weit in die Zentren vorgedrungen, in die Hinterhöfe und auf die Straßen der Global Citys, während Teile der Peripherien sich zu neuen Zentren der Kapitalakkumulation entwickelt haben. Hightech und Hyperausbeutung, neue Freiheiten und Refeudalisierung gehen vielfältige Verschränkungen ein, wie zum Beispiel das Stichwort *informelle Wirtschaft* zeigt.

III. Kein Ende des Marxismus nach seinem Verschwinden

Vom Ende des Marxismus kann also meiner Ansicht nach keine Rede sein. Ein solches im besten Sinne akademisches Projekt wie das HKWM muss notwendig über den akademischen Bereich hinaus die Verbindung zu sozialen Bewegungen halten und erneuern, im Prozess wechselseitiger Veränderung entwickeln – dann kann es für die nächsten 10 vielleicht 20 Jahre, die das Projekt wohl noch benötigen wird, gute Bestands- und Erfolgsaussichten realisieren. Die Chancen stehen nicht schlecht.

Sie sind noch zu verbessern, wenn weitere Unterstützung gefunden wird. Dabei sind Sie, liebe Leserin und lieber Leser, gefragt. Es gibt unterschiedlichste, mehr oder weniger intensive Formen der Unterstützung. Sie reichen von:

- der mündlichen und medialen Verbreitung über die Existenz dieses Projektes;
- über die Initiative, das HKWM lokal vor Ort an der Bibliothek zu etablieren, diese zu Subskription zu bewegen;
- die eigene Subskription der Bände, oder das Überzeugen anderer;
- die Finanzierung einer Druckseite des nächsten, in Arbeit befindlichen Bandes, mit einer Spende in Höhe von 100 € – der Name des Spenders erscheint dann vorn auf der Sponsoreseite des nächsten Bandes (natürlich werden auch alle geringeren Spenden gern akzeptiert);
- bis zu einem Abonnement oder dem Kauf der Zeitschrift »Das Argument« oder dem Kauf der Bücher aus dem Argument-Verlag, womit Sie das Projekt indirekt unterstützen können.

Für jene, die sich in den verwinkelten Ecken der Theorie auskennen und angesichts permanenter Problemverschiebungen am Ball bleiben wollen, bietet sich an, über eine direkte Beteiligung an der Arbeit zum HKWM zum Gelingen des Ganzen beizutragen. Die geringste Eintrittschwelle, um nicht gleich mit Arbeit erschlagen zu werden, bietet die virtuelle Werkstatt, in der alle Artikel wieder und wieder diskutiert werden – bis sich ein fertiges Produkt in einer Art kollektivem Prozess herausschält.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30 000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,
ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,
JÖRN SCHÜTRUMPF, MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE,
DIETMAR WITTICH (V.i.S.d.P.)

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Tel.: 030- 44 310-157/130/123, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 134:	je	1 €
Heft 135 bis 158	je	2,50 €